

LANDESVERBAND NIEDERSACHSEN



**Zur Ideologie und Strategie der AfD**

# RECHTSUM LAUERT DER ABGRUND...

Beiträge aus der Zeitschrift „Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen“  
Hannover, Oktober 2023

# INHALT

---

---

## Zur ideologischen und strategischen Ausrichtung

Reichenförderung anstatt Armuts- bekämpfung	04
„Wer Ungleichheit hasst, hasst Gott“	06
Der rechte Rand der AfD	08
Antifeminismus	10
Wegbereiter der Gewalt	12

---

## Schule, Bildung und Co

„Zurück in die Zeit vor 1968...“	14
Mit Beutelsbach gegen „Linksextremismus“	16
Völkische Jugend in Niedersachsen	18
Vielfältiger Rassismus: Harm Rykena	20
Für alle Bildungsbereiche gilt: Nazis raus!	22
Privatsache Bildung?	24
Der vergoldete Saum des rechten Randes	26
Desiderius-Erasmus-Stiftung	28

---

## Stichwort Selbstverharmlosung

Handlungsanleitung: „Kreide fressen“	30
Kornblumen züchtende Geschichts- revisionisten	32

---

## Die soziale Frage

„Sozialistisch“ ohne rot zu werden	34
Moral allein reicht nicht	36
Deprivation und arbeitsweltliche Zuspitzungen	38
„Das machen die Herren selbst...“	40

---

## Aktuelle Affinitäten

AfD und Reichsbürger	42
Brand-Anstifter und Putin-Freunde	44

---

## Rezensionen

Heinrich Deterding: Was heißt hier „wir“?	46
Heike Kleffner: Extreme Sicherheit	47
Wilhelm Heitmeyer: Rechte Bedrohungs- allianzen	48
Matthias Quent: Klimarassismus	49
Julia Ebner: Massenradikalisierung	50

# VORWORT

---

Die AfD, im Frühjahr 2013 gegründet, erhielt in der öffentlichen Wahrnehmung zunächst das Label rechtskonservative „eurokritische Professorenpartei“. Doch bereits in der Anfangsphase organisierten sich in ihr Mitglieder extrem rechter Gruppierungen und Parteien, wie z.B. des Deutschen Bundes, der islamophoben Partei „Die Freiheit“, extrem rechter Burschenschaften, völkischer Sekten und vereinzelt auch der NPD. Während Parteigründer Bernd Lucke das Ziel eines „marktförmigen Extremismus“ (Andreas Zick), also der unbeschränkten Profitinteressen des Kapitals und der Schicht der Superreichen propagierte, strebte der sich immer besser vernetzende rechte Rand der Partei eine explizit rassistische, christlich-fundamentalistische, nationalistische und völkische Bewegungspartei an. Die von Björn Höcke 2015 initiierte „Erfurter Erklärung“, die den Kampf zweier Linien eröffnete, führte zum Parteiaustritt Luckes und machte den Weg frei für einen stetig fortschreitenden Radikalisierungsprozess. Darauf weist auch die Tatsache hin, dass von den ursprünglich 18 Gründer\*innen der AfD nur noch der extrem rechte Emil Sänze Mitglied der Partei ist. Alle anderen haben erklärtermaßen wegen der massiven Radikalisierung nach rechts die AfD verlassen. Das ehemalige Gründungsmitglied Hans-Olaf Henkel stellte rückblickend fest, dass er mitgeholfen habe, „ein Monster zu schaffen.“

Der Radikalisierungsprozess zeigt sich an der personellen Abfolge an der Parteispitze (Petry- Meuthen- Chrupalla/Weidel), mehr noch aber an der Tatsache, dass die Strömung um den Faschisten Höcke ideologisch und machtpolitisch die Führung in der Partei übernommen hat. Die Beschlüsse der letzten Parteitage, insbesondere des Europa-Parteitags in Magdeburg, aber auch die personelle Zusammensetzung des Bundesvorstan-

des sowie die unverhohlenen vorgetragene hasserfüllte Agitation und Propaganda sind ein Spiegelbild der parteipolitischen Ausrichtung. Es lässt sich ohne Übertreibung feststellen, dass wir es mit der von Höcke geführten Partei erstmalig nach 1945 in Deutschland mit einer faschistischen Massenpartei zu tun haben. Zwar existierten z.B. mit der im Oktober 1949 gegründeten Sozialistischen Reichspartei (SRP), die bereits im Oktober 1952 wieder verboten wurde, sowie mit der 1964 gegründeten NPD, Bestrebungen, eine faschistische Bewegungspartei wieder aufleben zu lassen. Doch Verbot bzw. Niedergang beendeten

diese Versuche. Ganz anders dagegen die aktuelle Entwicklung der AfD! Zwar stagniert die Mitgliederzahl seit Jahren bei etwa 30.000. Doch der erhebliche Zuspruch bei Wahlen bzw. bei Wahlprognosen sowie die Verankerung in den Kommunen verbunden mit einer verbreiteten Unzufriedenheit mit der aktuellen Regierungspolitik vor dem Hintergrund multipler Krisen lassen die in weiten Teilen faschistische AfD zu einer ernststen Gefahr werden. Ohne Zweifel steht die AfD im krassen Gegensatz zu elementaren Prinzipien des Grundgesetzes. Die sich verbreitenden Debatten und Forderungen nach einem Verbot der Partei sind deshalb angemessen. Doch ein Verbotsverfahren, sollte es denn eingeleitet werden, wird sich hinziehen. Und die Erfolgsaussichten sind nicht garantiert. Deshalb kommt es aktuell darauf an, auf allen Ebenen und bei allen Gelegenheiten die „Nazis in Nadelstreifen“ (Andrea Röpke) argumentativ zu demaskieren. Dafür ist möglichst fundiertes Wissen über die Partei unabdingbar. Die in der vorliegenden Broschüre abgedruckten Artikel aus dem Magazin „Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen“ der Jahre 2016-2023 sollen einen Beitrag dazu leisten. Ebenso die Buchempfehlungen am Ende der Broschüre. ■

Zur Programmatik der „Alternative für Deutschland“

# REICHENFÖRDERUNG ANSTATT ARMUTSBEKÄMPFUNG

RALF BEDUHN

*In unserer medienüberfluteten Kultur gilt der Grundsatz: „No news are bad news!“. Auf der Klaviatur des Erregungsjournalismus gelingt es der AfD virtuos, die öffentliche Debatte zum Tanzen zu bringen. Beatrix von Storchs Einlassung, dass es nötig sei, an der deutschen Grenze gegenüber asylsuchenden Frauen und Kindern von der Schusswaffe Gebrauch zu machen, war keineswegs ein Ausrutscher auf der Computermouse, sondern eine taktisch bewusst gesetzte Provokation. .*

In der fast pflichtschuldig folgenden Welle der moralischen Empörung ging weitgehend unter, dass immerhin 29 % der deutschen Bevölkerung den ‚Ausrutscher‘ von Storchs durchaus für praktikabel halten<sup>1</sup>. Das wirft ein Schlaglicht auf den krassen Mangel an Empathie und Humanität in der Mentalitätsstruktur eines erheblichen Teils der sich zivilisatorisch überlegen dünkenden bundesdeutschen Bevölkerung. Doch anstatt seriöse Studien über die „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (Prof. Heitmeyer), die in diesen Orientierungen zum Ausdruck kommt, zu einem medialen Schwerpunkt zu machen und qualifiziert über Gegenstrategien zu debattieren, wird AfD-PropagandistInnen wieder und wieder eine Talkshow-Bühne zur Verfügung gestellt. Und die herrschende Politik meldet sich mit Überlegungen zu Wort, ob man die AfD vielleicht vom Verfassungsschutz überwachen sollte. Ausgerechnet der Verfassungsschutz...

Weder eine auf Einschaltquoten schielende Medienstrategie, die der AfD einen Resonanzraum nach dem Reiz-Reaktions-Schema einräumt, noch die Oberflächlichkeit in der Charakterisierung der AfD als „rechtspopulistisch“ oder „nationalkonservativ“ oder „NPD-light“ etc. pp. helfen aktuell weiter. Eine deutlich intensivere Auseinandersetzung mit der gesamten Programmatik der AfD sowie der in dieser Partei dominanten Strömungen ist überfällig. Doch „darauf sind die anderen Parteien schlecht vorbereitet“<sup>2</sup>. Man möchte hinzufügen: und

die große Mehrheit der Talkshow-Gäste und ZeitungskommentatorInnen ebensowenig.

Der Soziologe Andreas Kemper, einer der profundesten Kritiker der AfD, identifiziert in der Partei aktuell drei wesentliche Strömungen:

- 1) Ein marktradikaler Flügel, von Prof. Andreas Zick auch als „marktförmiger Extremismus“ charakterisiert,
- 2) ein antisäkularer Flügel, der im Sinne einer Re-Christianisierung u.a. zu einer Geschlechterpolitik der 50er Jahre zurück will,
- 3) ein neurechter bzw. neofaschistischer Flügel, der insbesondere durch die Auftritte des thüringischen Parteiführers Björn Höcke mediale Aufmerksamkeit erfahren hat.

Allen drei Flügeln gemeinsam ist das Prinzip der Ungleichheit, und das bezieht sich keineswegs nur auf die Unterscheidung „Deutsches Volk“ versus „Fremde“, sondern durchaus auch auf die soziale Architektur der bundesdeutschen Gesellschaft. Um es konkreter zu sagen: die AfD tritt in ihrer Programmatik für eine weitere massive soziale Spaltung der Bevölkerung und eine Privilegierung der Besserverdienenden und Superreichen ein.

## Reichenförderung anstatt Armutsbekämpfung

Nach einer kürzlich veröffentlichten, allerdings mangelhaften Studie des Bundesarbeitsministeriums besitzen die reichsten 10 % der Bundesdeutschen ca. 52 % des gesamten gesellschaftlichen Reichtums<sup>3</sup>. Andere Schätzungen gehen sogar von einem Anteil von Zweidrittel bis Dreiviertel des Gesamtvermögens aus<sup>4</sup>. Doch das reicht der AfD nicht! Denn sie propagiert unter dem populistischen Deckmantel der radikalen „Steuervereinfachung“ die Einführung der sogenannten Kirchhofsteuer, benannt nach dem Ex-Verfassungsrichter und ehemaligen Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank und des Allianz-Konzerns, Paul Kirchhof. Kirchhofs Steuerreform sieht im Wesentlichen vor: „Alle Einkommensarten sollen nach dem gleichen Tarif versteuert werden – egal ob Löhne, Unternehmensgewinne oder Kapitalerträge. ...Im Gegenzug würden sämtliche Ausnahmen und Privilegien gestrichen“<sup>5</sup>. Der Höchststeuersatz soll bei diesem Modell von aktuell 42 % bzw. 45 % auf 25 % gesenkt werden. Der Volkswirtschaftler Prof. Rudolf Hickel von der Uni Bremen hat errechnet, dass es bei einer Einführung des Kirchhof-Modells Steuer ausfälle von 42 Mrd. Euro im

ersten Jahr und bis zu 20 Mrd. Euro in den Folgejahren geben würde. Gleichzeitig würden Einkommensmillionäre ca. 160.000 Euro pro Jahr weniger Steuern zu zahlen haben! Doch damit nicht genug: für NormalverdienerInnen würde die Abschaffung der niedrigeren Besteuerung der Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschläge sowie die Streichung der Entfernungspauschale eine nicht unerhebliche Steuererhöhung bedeuten<sup>6</sup>. Der Vorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, Thomas Eigenthaler, hält die Kirchhof-Pläne deshalb für „absolut unbezahlbar und zutiefst ungerecht“<sup>7</sup>.

Auch in anderen steuerpolitischen Fragen tritt die AfD radikal für die materiellen Interessen der gesellschaftlichen Oberschicht ein. So z.B. bei der Diskussion um die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die in anderen Industrienationen eine Selbstverständlichkeit ist und die u.a. auch vom DGB gefordert wird. 1996 wurde letztmalig in Deutschland eine Vermögenssteuer erhoben, die damals (umgerechnet) ca. 4,5 Mrd. Euro in die Staatskasse fließen ließ. Nachdem das Bundesverfassungsgericht die Berechnungsgrundlage moniert hatte, wurde ab 1997, anstatt den BVG-Vorgaben zu folgen, von den verschiedenen Regierungskoalitionen diese Steuer einfach ausgesetzt. Eine Folge davon war, dass die verbliebenen vermögensbezogenen Steuern (v.a. Grundsteuer und Erbschaftssteuer) in Deutschland im OECD-Vergleich stark unterdurchschnittlich sind; sie betragen nur knapp die Hälfte des Durchschnitts der wichtigsten Industriestaaten<sup>8</sup>.

Die AfD als Lobbypartei der Besserverdienenden tritt dafür ein, dass sehr hohes Vermögen in Deutschland weiterhin nicht besteuert wird.

Auf derselben Linie liegt die Haltung der AfD-Führungsgremien zur Reform der Erbschaftssteuer. Bis Juni 2016 ist die Bundesregierung aufgrund von BVG-Vorgaben gefordert, hierzu ein neues Gesetz zu beschließen. Von Alice Weidel, Mitglied im Bundesvorstand und der Programmkommission der AfD, wurde kürzlich propagiert, „diese historische Chance zu nutzen und im Sinne unserer Gesellschaft und des Wirtschaftsstandortes Deutschland zu handeln und die Erbschaftssteuer abzuschaffen.“<sup>9</sup> Das würde bedeuten, die ca. 250 Mrd. Euro, die jedes Jahr in Deutschland vererbt werden, gänzlich steuerfrei zu stellen. Verlust für die Staatskasse: ca. 4,2 Mrd. Euro (2013).

## Wohlstand für alle?

In ihrem um die Jahreswende in Niedersachsen z.T. auch als Hauswurfsendung verteilten Flyer mit dem Titel: „Zeit, die Karten auf den Tisch zu legen“, operiert die AfD mit Parolen wie „Wohlstand für alle“ und tritt angeblich dafür ein, dass „Geringverdiener nicht auf der Strecke bleiben“<sup>10</sup>. Allerdings sind die Karten, die auf den Tisch gelegt werden, gezinkt. Denn was die AfD in dem Flyer wohlweislich verschweigt, ist, dass sich die Partei gegen Min-

destlöhne positioniert, die Rente mit 63 nach 45 Jahren Berufstätigkeit und die (geringfügigen) Zuschläge bei der Altersrente für Frauen (wg. Kindererziehungszeiten vor 1972) ablehnt. In einem 20-Punkte-Katalog der AfD-internen Strömung „Libertäre Alternative“ wird sogar die vollständige „Abwicklung des staatlichen Rentensystems“<sup>11</sup> propagiert.

Führen wir uns vor Augen: bereits jetzt grassiert die Altersarmut, ist jedes fünfte Kind unter 15 Jahren armutsgefährdet, wächst also unterhalb der Armutsgrenze auf. Knapp die Hälfte dieser 2,1 Mio. Kinder lebt in Hartz-IV-Haushalten. In dieser Situation tritt die AfD dafür ein, eine Steuerpolitik durchzuführen, die dem Staatshaushalt massive Einnahmeverluste beschert und dem sozial abgehängten Teil der Bevölkerung kaum eine Chance lässt. Die Strategie, die dahinter steht, liest sich bei der „Libertären Alternative“ wie folgt: „Wir streben auf lange Sicht den reinen Minimalstaat an“. Mit anderen Worten: Steuergelder allenfalls für Polizei, Militär, Justiz und bestimmte Infrastrukturmaßnahmen, ansonsten die „vollständige Privatisierung aller, auch teilweise im Staatsbesitz befindlichen Unternehmen“ und der Rückzug des Staates aus zentralen Bereichen der sozialen Sicherung und Fürsorge.

Eine derartig strukturierte Gesellschaft wird massive soziale Spannungen und Konflikte hervorrufen. Aber auch dafür hat die „Libertäre Alternative“ eine Lösung: „Wir fordern ein liberales Waffenrecht. Jeder volljährige Bürger sollte in der Lage sein, Waffen käuflich zu erwerben“.

<sup>1</sup> Vgl. die Umfrageergebnisse bei [www.yougov.de/news/2016/02/09/schiessbefehl-und-verfassungstreue-der-afd-informa](http://www.yougov.de/news/2016/02/09/schiessbefehl-und-verfassungstreue-der-afd-informa)

<sup>2</sup> So die zweifellos zutreffende Wertung von David Begrich vom Verein „Miteinander“ in Magdeburg. *Z.n. taz*, 27.02.2016.

<sup>3</sup> Ulrike Herrmann: Parallelwelt der Reichen. *taz*, 16.01.2016. In der Studie wurden keine Haushalte befragt, die über ein monatliches Nettoeinkommen von mehr als 18.000 Euro verfügen.

<sup>4</sup> Da keine Vermögenssteuer erhoben wird, gibt es nur ungenaue Schätzungen.

<sup>5</sup> [www.lobbypedia.de/wiki/Paul\\_Kirchhof](http://www.lobbypedia.de/wiki/Paul_Kirchhof)

<sup>6</sup> Rudolf Hickel: Kirchhofs konservativ-neoliberales Steuereinkommens. [www.memo.uni-bremen.de/docs/m3205.pdf](http://www.memo.uni-bremen.de/docs/m3205.pdf)

<sup>7</sup> z.n. [www.lobbypedia.de](http://www.lobbypedia.de), ebd.

<sup>8</sup> Vgl. S. Bach/M. Beznoska/A.Thiemann: Aufkommen und Verteilungswirkung einer Wiedereinführung der Vermögenssteuer in Deutschland. *WISO-Diskurs* 2/2016. Aktuell geht man bei einer Wiedereinführung der Vermögenssteuer von Einnahmen von bis zu 20 Mrd. Euro aus, die den Ländern zugutekommen würden.

<sup>9</sup> Weidel: Reform der Erbschaftssteuer- Eine historische Chance für eine Abschaffung. [www.alternativefuer.de/2016/02/16/weidel](http://www.alternativefuer.de/2016/02/16/weidel)

<sup>10</sup> Herbstoffensive 2015. *Zeit, die Karten auf den Tisch zu legen*. AfD KV Nienburg-Schaumburg

<sup>11</sup> Dieses und nachfolgende Zitate abgedruckt

## Zur Programmatik der Alternative für Deutschland

# „WER UNGLEICHHEIT HASST, HASST GOTT“

RALF BEDUHN

*Überraschung! Die AfD ist für eine strikte Quotierung der Geschlechter. Und jetzt gleich die Einschränkung: das gilt nur für deutsche Betten! Außerhalb der Schlafzimmer sieht die AfD nämlich überall die „Homolobby“, den „Gender-Wahn“ und die staatliche Benachteiligung der traditionellen Familie am Werk. Und das habe Folgen.*

Mit 1,4 Kindern pro deutscher Frau habe „Deutschland die niedrigste Geburtenrate in ganz Europa“<sup>1</sup>, wird im Programmentwurf zu einem Bundesprogramm beklagt. Und weiter: „Jede fünfte Frau bleibt heute kinderlos, unter Akademikerinnen war es 2012 sogar jede dritte.“ Für die Zukunft könnte das bedeuten, dass nach Prognosen des Statistischen Bundesamtes im Jahre 2060 nur noch 65-70 Millionen Menschen in Deutschland leben. Die eigentliche Dramatik dieser Entwicklung liegt für die AfD aber insbesondere darin, dass „die Geburtenrate unter Migrantinnen mit >1,8 deutlich höher liegt als unter deutschstämmigen Frauen“<sup>2</sup>. Und diese Differenz „verstärkt den ethnisch-kulturellen Wandel der Bevölkerungsstruktur“<sup>3</sup>. Was der NPD-Fraktionschef in Mecklenburg-Vorpommern, Udo Pastörs, als Bedrohung durch islamische „Samenkanonen“ charakterisierte – und ihm prompt eine Anklage wegen Volksverhetzung einbrachte – umschreibt die AfD-Programmkommission weniger strafanfällig als Gefahr „weiterer Parallelgesellschaften“, „einer konfliktträchtigen Multi-Minoritätengesellschaft“ und eines weiter sinkenden Bildungsstandes<sup>4</sup>. Auf den ersten Blick erscheint diese Argumentation ganz banal als Rassismus im kulturalistischen Mäntelchen daherzukommen, doch sie speist sich auch aus der Quelle des christlichen Fundamentalismus. Denn führende Vertreterinnen und Vertreter der AfD stammen aus der evangelikalen Bewegung bzw. dem rechtskatholischen Spektrum. „Diese vermeintlichen ‚Retter des Abendlandes‘ bekämpfen den Islamismus nicht, um die offene Gesellschaft gegen ihre Feinde zu verteidigen, sondern um den erreaktionären illiberalen Normen der christlichen Rechten zum Durchbruch zu verhelfen“ (5). Da jedoch eine offensichtliche christlich-fundamentalistische Partei in Deutschland kaum Wäh-

lerstimmen bekommen würde, wie die Misserfolge der „Partei bibeltreuer Christen“ belegen, tragen die Netzwerke und Kampagnen der christlichen Fundamentalisten Namen, die ihre ideologische Herkunft auf den ersten Blick nicht sofort verraten, wie z.B. „Zivile Koalition e.V.“, „Initiative Familienschutz“, „Demo für alle“ oder „Christen in der AfD“.

Insbesondere über die Europa-Abgeordnete Beatrix von Storch verfügt die AfD über „beste Kontakte zu extrem konservativen katholischen und evangelikalen Netzwerken. Bemerkenswert ist dabei, wie reibungslos die Zusammenarbeit...über alle Konfessionsgrenzen hinweg funktioniert“<sup>6</sup>.

Als zentrales Kampagnen-Netzwerk fungiert in diesem Zusammenhang die 2005 von Sven von Storch und seiner Gattin (vor ihrer Heirat: Beatrix Herzogin von Oldenburg) gegründete „Zivile Koalition“. Beispielsweise werden die „Demos für alle“, die sich gegen die angebliche „Frühsexualisierung“ in den Schulen richten, von der „Zivilen Koalition“ mitorganisiert. So auch die Demonstration am 22.11.2014 in Hannover. In ihrer Kundgebungsrede behauptete Anette Schultner, Beisitzerin im Landesvorstand der AfD Niedersachsen u.a., dass „Rotgrün...besonders auf Grund eines entsprechenden Drucks aus der Homolobby die Gender-Agenda massiv in die Schulen drücken“<sup>7</sup> wolle. Warnend hob sie zudem hervor: „Es wird an der Schule Gehirnwäsche für ihre Kinder sein“<sup>8</sup>. Beatrix von Storch, die ja ohnehin in letzter Zeit medial durch besonders krasse und provokante Äußerungen durch den Blätterwald rauschte, warnte im Zusammenhang mit der Bildungsplandebatte zum Sexualkundeunterricht auch schon mal vor einer „Sexualausbildung ab der Grundschule“ oder „Masturbationslernerheiten für Null- bis Vierjährige“<sup>9</sup>.

Auffällig bei der Demonstration im November 2014 in Hannover war, wie wenig Mühe man sich gab, die Nähe der angeblichen „Demo für alle“ zur AfD zu kaschieren. Es wurden z.B. in größerer Zahl Wahlplakate der AfD mitgetragen, auf denen lediglich das Parteilogo abgeklebt war. Und natürlich war mit Paul Hampel, dem Landesvorsitzenden der AfD, auch Parteiprominenz anwesend. Um insbesondere den anwesenden Kindern eine ganz klare Orientierung zu geben, verteilte man Luftballons, und zwar – wen wundert es – blaue und rosafarbene!

In Brüssel, dem Sitz des Europaparlaments, agiert neben Beatrix von Storch auch ihr Cousin, Paul von Oldenburg.

Er vertritt dort mehrere Organisationen, die der „Gesellschaft zum Schutze von Tradition, Familie und Privateigentum“ (TFP) nahestehen. Die TFP wurde in Brasilien als Gegenbewegung gegen die Theologie der Befreiung gegründet; sie setzt sich für die gesellschaftliche Rückkehr zur „katholischen Hierarchie“ ein und stellt sich radikal gegen die „Gleichheitsideologie“. „Die erstrebte Ungleichheit ist dabei durchaus als eine hierarchische Ungleichheit zu verstehen, die sich durch alle Lebensbereiche ziehen soll: der Mann als Oberhaupt der Familie, das Volk als ‚Untertanen‘ der Regierung, die Vorherrschaft der geistigen über die körperliche Arbeit, die Anerkennung überlegener erblicher Aristokratie“<sup>10</sup>. Auf eine Kurzformel gebracht lautet das Dogma der TFP: „Wer Ungleichheit hasst, hasst Gott“<sup>11</sup>. Heruntergefahren auf politisches Erdniveau enthält der Programmentwurf der AfD deshalb auch die Ablehnung von Quoten, da sie „kein geeignetes Mittel zur Gleichberechtigung von Mann und Frau“ seien. Ebenso abgelehnt werden sowohl eine staatliche Gleichstellungspolitik sowie „staatlich geförderte Um-erziehungsprogramme in Kindergärten und Schulen“, mit deren Hilfe „das klassische Rollenverständnis von Mann und Frau...systematisch ‚korrigiert‘ werden“ solle<sup>12</sup>.

Weltweit ist die TFP an der Organisation von „Märschen für das Leben“ beteiligt, auf denen gegen Schwanger-

schaftsabbrüche, Sterbehilfe und Präimplantationsdiagnostik demonstriert wird. Auch diese Aktivitäten werden von Beatrix von Storch unterstützt, so trat sie beispielsweise 2014 auf einer klerikalen Vorveranstaltung zum „Marsch für das Leben“ in Berlin auf und trug auf der Demonstration das Fronttransparent<sup>13</sup>.

Doch bei allen Aktivitäten für den „Lebensschutz“ gerät bei den fundamentalistischen Christinnen und Christen der religiöse Hauptfeind nicht aus dem Blick. So rief im Dezember der AfD-nahe „Pforzheimer Kreis“, der personell eng mit den „Christen in der AfD“ verbandelt ist, dazu auf, dass „Christen aller Konfessionen bei PEGIDA mitmachen“ müssten<sup>14</sup>. Das liegt vollkommen auf der Linie, die auch Hartmut Steeb, der Generalsekretär der evangelikalen „Deutschen Evangelischen Allianz“ (DEA) vertritt. Warnend wies er darauf hin, dass „wertungebundene Toleranz ...Deutschland zum gefundenen Fressen einer auf Expansion und Aufrichtung einer islamischen ‚Gottes-Staat-Ideologie‘ ausgerichteten islamischen Weltsicht“ mache<sup>15</sup>.

Als „Alternative“ lieber einen christlich-fundamentalistischen Gottesstaat im Rahmen einer vordemokratischen Gesellschaftshierarchie? Nein danke! ■

<sup>12 3 4</sup> Die Zitate sind aus dem Entwurf für ein Bundesparteiprogramm, den die Bundesprogrammkommission der AfD im März 2016 vorlegte.

<sup>5 6</sup> Michael Schmidt-Salomon: Die AfD ist die Speerspitze des christlichen Fundamentalismus. Siehe [www.giordano-bruno-stiftung.de](http://www.giordano-bruno-stiftung.de), 11.02.2016.

<sup>7</sup> Rede in voller Länge auf You tube, Demo für Alle Hannover, 24.11.2014.

<sup>8 9</sup> Z.n. Tagesspiegel, 24.04.2014.

<sup>10</sup> Andreas Kemper: Keimzelle der Nation – Teil 2. Wie sich in Europa Parteien und Bewegungen für konservative Familienwerte, gegen Toleranz und Vielfalt und gegen eine progressive Geschlechterpolitik radikalisieren. 2014, S.20.

<sup>11</sup> Z.n. Andreas Kemper: Klerikal-aristokratische Vernetzung in der Alternative für Deutschland (AfD); [www.miz-online.de](http://www.miz-online.de).

<sup>12</sup> Alle Zitate: Programmentwurf, S.59.

<sup>13</sup> Ebd. sowie [www.de.wikipedia.org/wiki/Märsche\\_für\\_das\\_Leben](http://www.de.wikipedia.org/wiki/M%C3%A4rsche_f%C3%BCr_das_Leben).

<sup>14</sup> Liane Bednarz: Die Radikalen. Konservative Katholiken und Evangelikale haben endlich eine politische Kraft gefunden, die zu ihnen passt: die AfD. FAZ, 01.02.2016.

<sup>15</sup> Z.n. [www.wikipedia.org](http://www.wikipedia.org)

„Von der NPD unterscheiden wir uns ... nicht so sehr durch Inhalte“

## DER RECHTE RAND DER AFD

RALF BEDUHN

*„Wir sind nicht rechts und nicht links, sondern orientieren uns an der Vernunft statt an Ideologien. Wir kommen aus der Mitte der Gesellschaft und fühlen uns dem gesunden Menschenverstand verpflichtet<sup>1</sup>.“*

Bei dieser Selbstbeschreibung aus einem Flyer der AfD Niedersachsen fällt es nicht leicht, zu entscheiden, ob es sich eher um Selbstbetrug oder eine bewusste Irreführung der Öffentlichkeit handelt. Richtig ist allenfalls, dass die ProtagonistInnen der Partei mehrheitlich aus dem besser situierten Bürgertum stammen und eines sicherlich nicht sind, nämlich links. Dass man sich politisch rechts positioniert, dürfte durch die vorangegangenen Artikel zum marktförmigen Extremismus und zum christlichen Fundamentalismus innerhalb der AfD deutlich geworden sein<sup>2</sup>.

Überdeutlich wird diese Tatsache jedoch, wenn man den extrem rechten Flügel der AfD mit seinen unverkennbaren Bezügen zur Ideologie der „Neuen Rechten“ bzw. zum Neofaschismus in den Blick nimmt. Mit dem Begriff „Neue Rechte“ wird diejenige Strömung des rechten Lagers bezeichnet, die ab Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre aus den organisatorischen Zusammenhängen des „alten Rechtsextremismus“ (v.a. NPD) ausgebrochen ist, um unter Rückgriff auf Ideologie-Elemente der „Konservativen Revolution“ der Weimarer Republik eine Erneuerung der ideologischen Grundlagen des extrem rechten Lagers in Deutschland vorzunehmen<sup>3</sup>. Unter dem Sammelbegriff „Konservative Revolution“ wird ein Netzwerk von Intellektuellen zusammengefasst, die – in unterschiedlicher Akzentuierung – antidemokratische, anti-egalitäre, völkisch-nationalistische, militaristische und antisemitische Konzepte und Strategien propagierten. Somit standen die Protagonisten der „Konservativen Revolution“ dem parlamentarischen System der Weimarer Republik in schroffer Feindschaft gegenüber. Unter ihnen z.B. Arthur Moeller van den Bruck („Das Dritte Reich“), Carl Schmitt („Wer Menschheit sagt, der will betrügen“) und Edgar Julius Jung (Demokratie ist „Herrschaft der Minderwertigen“).

Aktuell gilt Götz Kubitschek als einer der führenden Köpfe der Neuen Rechten in Deutschland. Von seinem Ritter-

gut Schnellroda in Sachsen-Anhalt betreibt er das „Institut für Staatspolitik“ (IfS), die von ihm herausgegebene Zweimonatsschrift „Sezession“ fungiert als Theorieorgan und sein Verlag „Antaios“ bedient die radikale Rechte mit entsprechender Literatur. Lange Zeit war der Ansatz der Neuen Rechten metapolitisch ausgerichtet, d.h. man versuchte, außerhalb der Parteien, in Aneignung der Strategie des italienischen Marxisten Antonio Gramsci und dessen Konzept der „kulturellen Hegemonie“, den „Kampf um die Köpfe“ zu führen. Oder, um es mit den Worten des Mitbegründers des IfS, des Northeimer Geschichtslehrers Karl-Heinz Weißmann zu sagen, es gehe „um geistigen Einfluss; nicht die intellektuelle Lufthoheit über Stammtischen, sondern über Hörsälen und Seminarräumen interessiert uns, es geht um Einfluss auf die Köpfe, und wenn die Köpfe auf den Schultern von Macht- und Mandatsträgern sitzen, um so besser“<sup>4</sup>.

Einer dieser Mandatsträger ist der thüringische Fraktionsvorsitzende der AfD, Björn Höcke. Der ehemalige Oberstudienrat Höcke, der im hessischen Bad Sooden-Allendorf bis 2013 Geschichte und Sport unterrichtete, ist ein Duzfreund Kubitscheks und nach eigenen Angaben seit zwanzig Jahren mit ihm befreundet<sup>5</sup>. Von Kubitscheks Institut für Staatspolitik in Schnellroda schwärmt Höcke in höchsten Tönen; es sei ein „Ort der geistigen Regeneration“, an dem er sein „geistiges Manna“ empfangen<sup>6</sup>. Von welcher Qualität die geistige Nahrung Höckes ist, hat er u.a. im November 2015 bewiesen, als er als Referent auf einer Tagung des IfS auftrat und im biologistisch-rassistischen Duktus der Neuen Rechten vom platzhaltenden Reproduktionstyp des Europäers im Gegensatz zum Ausbreitungstyp des Afrikaners fabulierte. Seinen Hass auf die Flüchtlings- und Einwanderungspolitik der Kanzlerin brachte er bereits einige Zeit vorher auf einer PEGIDA-ähnlichen Kundgebung in Erfurt zum Ausdruck mit den Worten: „Merkel hat den Verstand verloren, sie muss ... in einer Zwangsjacke aus dem Kanzleramt abgeführt werden“<sup>7</sup>.

Kundgebungen, Massendemonstrationen (bis zu 5.000 TeilnehmerInnen in Erfurt), Initiativen zum Volksentscheid gegen Moscheebauten; Höcke setzt, ganz im Sinne der Neuen Rechten, zunehmend auf außerparlamentarische Aktionsformen, um politisch Druck zu erzeugen und eine „Widerstandsbewegung gegen die weitere Aushöhlung der Souveränität und der Identität Deutschlands“<sup>8</sup> zu fördern. In diesem Zusammenhang verwundert es nicht, dass er die Orientierung ausgegeben hat,

die Arbeit im Parlament einzuschränken und sich mehr auf der Straße zu engagieren. Auch für Kubitschek sind die Wahlerfolge der AfD lediglich die Öffnung eines „zusätzlichen Resonanzraumes“, ein Transmissionsriemen, um neurechte Themen und Begriffe in die Mitte der Gesellschaft einzuspeisen<sup>9</sup>.

Bei den Protestaktionen der AfD, z.B. in Thüringen und Sachsen-Anhalt, arbeitet man in zunehmendem Maße mit den zumeist jugendlichen Rassisten der „Identitären Bewegung“ sowie mit (Ex-) Mitgliedern der NPD zusammen<sup>10</sup>. Eine derartige Zusammenarbeit ist offensichtlich für Höcke kein Problem, hatte er doch schon 2014 geäußert, dass für ihn keineswegs jedes NPD-Mitglied rechts-extrem sei. Doch es gibt fundierte Hinweise darauf, dass Höcke vor seiner Karriere in der AfD noch deutlich enger mit der NPD zusammengearbeitet hat. Wie der versierte AfD-Kritiker Andreas Kemper anhand akribischer Textanalysen und -vergleiche herausgefunden hat<sup>11</sup>, ist es sehr wahrscheinlich, dass Björn Höcke unter dem Pseudonym „Landolf Ladig“ in den Jahren 2011 und 2012 Artikel in der Postille „Volk in Bewegung“ veröffentlicht hat. Die Publikation wird von Torsten Heise, einem zwölfmal verurteilten Nazi-Kameradschaftsführer (Kameradschaft Northeim) und NPD-Funktionär herausgegeben. In einem von „Landolf Ladig“ verfassten Beitrag mit dem Titel „Krisen, Chancen und Auftrag“ (ViB 5/2011) heißt es

in geschichtsrevisionistischer Manier, „dass eben nicht die Aggressivität der Deutschen ursächlich für zwei Weltkriege war, sondern letztlich ihr Fleiß, ihre Formliebe und ihr Ideenreichtum. Das europäische Kraftzentrum entwickelte sich so prächtig, dass die etablierten Machtzentren sich gezwungen sahen, zwei ökonomische Präventivkriege gegen das Deutsche Reich zu führen. Der Zweite Weltkrieg war allerdings nicht nur ökonomisch motiviert, sondern darf auch als ideologischer Präventivkrieg angesprochen werden, hatte sich im national-sozialistischen Deutschland doch eine erste Antiglobalisierungsbewegung staatlich etabliert, die, wären ihr mehr Friedensjahre zur Erprobung vergönnt gewesen, wahrscheinlich allerorten Nachahmer gefunden hätte“<sup>12</sup>.

Vor diesem Hintergrund bekommt die Forderung des Geschichtslehrers Björn Höcke, dass es möglich sein müsse, auch über das Dritte Reich unorthodoxe Meinungen zu äußern, eine ganz spezielle Bedeutung. Und nicht nur in diesem Zusammenhang sollte die Analyse von Dubravko Mandić, Mitglied der Schiedskommission der AfD in Baden-Württemberg, in einer internen Facebook-Gruppe der Jungen Alternative vom März 2014 beachtet werden: „Von der NPD unterscheiden wir uns vornehmlich durch unser bürgerliches Unterstützerumfeld, nicht so sehr durch Inhalte“<sup>13</sup>. ■

<sup>1</sup> AfD KV Nienburg-Schaumburg: Herbstoffensive 2015. Zeit, die Karten auf den Tisch zu legen.

<sup>2</sup> Vgl. E&W Niedersachsen, 5/2016 und 6/2016.

<sup>3</sup> Immer noch empfehlenswert ist das 1987 erschienene Buch von Margret Feit: Die „Neue Rechte“ in der Bundesrepublik. Organisation – Ideologie – Strategie. Frankfurt/M./New York. Antiquarisch erhältlich.

<sup>4</sup> Z.n. Richard Gebhardt: AfD und Neue Rechte. In: AIB 111, 2/2016, S.36.

<sup>5</sup> Vgl. Erik Peter: Der neue Rechte. taz 23.11.2015.

<sup>6</sup> Vgl. Justus Bender/Reinhard Bingener: Die rechten Fäden in der Hand. FAZnet 16.04.16. Auch der Landes- und Fraktionsvorsitzende der AfD in Sachsen-Anhalt, André Poggenburg, ist in Schnellroda ein oft und gern gesehener Gast. Kubitschek nennt ihn kumpelhaft „Pogge“ (Vgl. ebd.)

<sup>7</sup> Z.n. www.mdr.de/thueringen/mitte-west-thueringen/fluechtlinge-demo-afd100.html.

<sup>8</sup> So der Wortlaut der von Höcke initiierten „Erfurter Erklärung“ vom März 2015, die sich explizit gegen den Lucke-Kurs richtete und die u.a. auch von Poggenburg und Gauland unterzeichnet wurde.

<sup>9</sup> Bender/Bingener, ebd.

<sup>10</sup> Vgl. z.B. die Kundgebung Anfang April in Wernigerode. Ebenfalls im April 2016 wurde bekannt, dass der AfD-Landtagsabgeordnete Jan Wenzel Schmidt den Ex-NPD-Kader Stefan Träger als Referenten eingestellt hat. Vgl. Der Rechte Rand 160/2016, S.15.

<sup>11</sup> Z.n. Andreas Kemper: Warum Aufklärung über Höcke wichtig ist. www.andreaskemper.wordpress.com/2016/02/18. Der damalige Parteivorsitzende Lucke forderte Höcke auf, eidesstattlich zu erklären, dass er nicht „Landolf Ladig“ sei. Höcke lehnte ab. Daraufhin forderte Kemper Höcke auf, gegen ihn wegen angeblich falscher Beschuldigung Anklage zu erheben. Auch dies lehnte Höcke ab. Mittlerweile hat Kemper in einen „Offenen Brief“ den hessischen Kultusminister aufgefordert, die Causa „Ladig/Höcke“ gegen den im damaligen hessischen Schuldienst beschäftigten Höcke zu untersuchen.

<sup>12</sup> Z.n. Kemper, ebd.

<sup>13</sup> Z.n. Justus Bender/Rüdiger Soldt: Eine Krähe der anderen. FAZ 14.07.2016.

## Antifeminismus

# „...DASS DEUTSCHSTÄMMIGE FAMILIEN MEHR NACHWUCHS PRODUZIEREN.“

RALF BEDUHN UND IRENE MEYER-HERBST

*Antifeminismus und Rassismus sind zwei tragende Säulen in der Programmatik der AfD sowie in dem Ideologiekonstrukt der sogenannten Neuen Rechten. Das verbindende Element dabei ist das von ihnen behauptete Prinzip der Ungleichheit von Menschen, ergänzt durch die herbeiphantasierte Bedrohung durch „Umvolkung“ und den „großen Austausch“.*

Folgerichtig interpretiert beispielsweise die AfD Familienpolitik explizit als Bevölkerungspolitik. „Ziel der Politik soll es sein, dass deutschstämmige Familien mehr Nachwuchs produzieren.“<sup>1</sup> Für die Sorge- und Erziehungsarbeit sind dann vor allem die Frauen zuständig, die ihre beruflichen Ziele zurückstecken müssen. Auch richtet sich die Familienpolitik der AfD gegen Einelternfamilien, die ja vor allem Frauen betreffen. Weiterhin möchte die AfD bei Ehescheidungen das Schuldprinzip wieder einführen und richtet sich mit ihrer Haltung gegen Schwangerschaftsabbrüche gegen die körperliche Selbstbestimmung und Reproduktionsrechte von Frauen.<sup>2</sup>

## Zwei Wellen

Der Antifeminismus jüngerer Prägung hat sich laut der Genderforscherin Juliane Lang und dem Journalisten Ulrich Peters in zwei Wellen entwickelt. Die erste begann demnach 2006, ausgelöst durch einen Beitrag in der FAZ (Gender Mainstreaming = „Politische Geschlechtsumwandlung“), in der Folgezeit verstärkt durch zahlreiche Artikel in der neurechten Zeitung „Junge Freiheit“.<sup>3</sup> Die zweite Welle setzte 2014 mit den Protesten gegen die Thematisierung sexueller Vielfalt in den Bildungsplänen und Richtlinien zur Sexualerziehung in mehreren Bundesländern ein. Ausgangspunkt war dabei die Petition gegen den Bildungsplan in Baden-Württemberg, in dem sexuelle Vielfalt als Querschnittsthema implementiert werden sollte. Unterfüttert und öffentlichkeitswirksam verstärkt wurden die Ziele der Petition durch Demonstrationen von zwei neugegründeten Organisationen: der Initiative „Besorgte Eltern“, die „mit der Kampfvokabel ‚Frühsexua-

lisierung‘ agitierte“<sup>4</sup>, sowie der Protestbewegung „Demo für alle“, die gegen die Gleichstellung homosexueller und heterosexueller Partnerschaften auf die Straße ging.<sup>5</sup>

Getragen wird diese Bewegung gegen Feminismus, Antidiskriminierung und sexuelle Vielfalt von einem Mix verschiedenster Spektren und Milieus, wie zum Beispiel der Männerrechtsbewegung, konservativen Journalistinnen und Journalisten<sup>6</sup>, christlich-fundamentalistischen Gruppierungen sowie rechtspopulistischen und extrem rechten Parteien.

## „Weltverschwörung“

In deren Kampagnen werden heterosexuelle Familien und Männer „zu Opfern der Feminist\*innen und der ‚Homolobby‘ stilisiert“.<sup>7</sup> Genderpolitik ist dabei „für diese Leute eine Weltverschwörung zur Abschaffung der Geschlechter, letztlich zur Zerstörung der Menschheit, weil die ja nur in den sogenannten traditionellen Familien gedeihen könne.“<sup>8</sup> Geschlecht, so Birgit Sauer, „dient in dieser Vorstellung vor allem dazu, soziale Ungleichheit als notwendig und ‚natürlich‘ zu präsentieren. Anhand der als natürlich angenommenen Geschlechterungleichheit lässt sich die Vorstellung einer ‚prinzipiellen Ungleichheit von Menschen‘ und daraus sich ergebende Unter- und Überordnungen legitimieren.“<sup>9</sup>

Um diese im Kern reaktionäre Argumentation zu kaschieren, bezieht man sich allerdings aus strategischen Gründen zuweilen auch positiv auf Frauenrechte, wenn „dadurch die Überlegenheit gegenüber ‚vormodernen‘, ‚kulturell rückständigen‘ zugewanderten Gruppen behauptet werden kann.“<sup>10</sup> Denn es ist auffällig, dass PEGIDA, AfD und andere rechte Akteure „sich nur dann gegen Sexismus oder sexualisierte Gewalt richten, wenn Migranten beschuldigt werden.“<sup>11</sup>

Weißer Deutsche als Täter werden nicht thematisiert. So nannte Lisa Lehmann, Mitglied des Landesvorstands der AfD in Sachsen-Anhalt, die #MeToo-Debatte gegenüber dem Compact-Magazin ein „Ablenkungsmanöver von den eigentlichen Problemen, die besonders Frauen als Ergebnis naiver Multi-Kulti-Politik betreffen und bedrohen“.<sup>12</sup> Beatrix von Storch machte auf Twitter die Implementierung des Grundsatzes „Nein heißt Nein“ im Sexualstrafrecht lächerlich und hielt folgerichtig auch das Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt für überflüssig und damit ablehnenswert.<sup>13</sup>

## Forschung wird abgelehnt

Im Übrigen ist die Forschung zu Frauen- und Genderfragen der AfD ein Dorn im Auge und sie möchte Gender

Studies abschaffen, da diese Steuerverschwendung seien. So wird behauptet: „Die Gender-Ideologie widerspricht sowohl den wissenschaftlichen Erkenntnissen der Biologie und der Entwicklungspsychologie als auch der lebenspraktischen Alltagserfahrung vieler Generationen.“<sup>14</sup> Ebenso werden die Kampagne „Equal Pay Day“, die gegen das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen aktiv ist, sowie die Forderung nach gendersensibler Sprache abgetan. Da nimmt es nicht Wunder, dass die Institution der Gleichstellungsbeauftragten zum „Instrument zur systematischen Männerbenachteiligung“ wird.

### Drei wesentliche Gründe

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Frauen-, Geschlechter- und Familienpolitik wesentlicher Bezugspunkt rechtspopulistischer Verlautbarungen sind. Sie werden instrumentalisiert und sollen gleichzeitig unterminiert und abgeschafft werden.<sup>15</sup>

Für den neuen Antifeminismus als zentralen Bestandteil rechtspopulistischer Bewegungen in Europa lassen sich laut Schmincke drei wesentliche Gründe anführen. „Erstens, kulturelle Hegemonie: In Gefahr ist nicht, wie

ihre Gegnerinnen permanent beschwören, die Familie, sondern die kulturelle Hegemonie konservativer Werte durch eine Liberalisierung der Gesellschaft. Diejenigen, die diese Werte vertreten und durch diese Privilegien genießen, fürchten um den Verlust der Privilegien und ihrer Deutungsmacht. Zweitens, strategische Bündnisse: Der Antigenderismus eignet sich als ‚Scharnier‘ offenbar gut (eventuell besser als stark rechtsextrem konnotierte Themen), um breite Bündnisse für eine autoritäre und rassistische Politik zu schmieden. Drittens, sozialer Wandel: Die antifeministischen Mobilisierungen gegen Gender und sexuelle Vielfalt funktionieren auch deshalb, weil sie zu Vehikeln grundsätzlicher Ängste und Verunsicherungen werden können. Die Angst vor einem sozialen Wandel, vor der Globalisierung und Neoliberalismus, vor Veränderungen, ist häufig Voraussetzung für Ängste, die sich an Fragen zu Geschlecht und Sexualität manifestieren.“<sup>16</sup>

So gesehen könnte die Frage aufgeworfen werden, ob das A im Parteinamen AfD nicht auch anders gedeutet werden könnte. Vielleicht Angstmacher? Oder Angsthasen... ■

<sup>1</sup> Imke Schmincke: Frauenfeindlich, sexistisch, antifeministisch? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 17/2018, S.33.

<sup>2</sup> Vgl. auch: Elisa Gutsche: Triumph der Frauen? The Female Face of the Far Right in Europe. Bonn 2018, S.27f.

<sup>3</sup> Vgl. Juliane Lang/Ulrich Peters (Hrsg.) Antifeminismus in Bewegung. Hamburg 2018, S.21ff.

<sup>4</sup> Schmincke, ebd.

<sup>5</sup> Als Vorbild gilt dabei die Bewegung „Manif pour tous“ in Frankreich, die 2012/13 landesweite Großdemonstrationen organisierte.

<sup>6</sup> Zum Beispiel Birgit Kelle, Gabriele Kuby, Jan Fleischhauer, Matthias Matussek.

<sup>7</sup> Interview mit Andreas Kemper: „Ein hochideologischer und verzerrter Diskurs“. In: taz, 18.8.17

<sup>8</sup> Ebd.

<sup>9</sup> Birgit Sauer: Gesellschaftstheoretische Überlegungen zum europäischen Rechtspopulismus. In: PVS 1/2017, o. S.

<sup>10</sup> Schmincke, ebd. Vgl. in diesem Zusammenhang vor allem die AfD-Propagandistin Leyla Bilge. (10) Franziska Schutzbach/Katharina Pühl/ Henning v. Barga: Gender raus. Zwölf Richtigstellungen zu Antifeminismus und Gender-Kritik. Berlin 2017, S.9. Zum Thema Femonationalismus vgl. auch.: Juliane Lang: Feminismus von rechts ? Hamburg 2018, S. 18f.

<sup>11</sup> Schmincke, ebd.

<sup>12</sup> Z. n. Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen (Hrsg.), Antifeminismus als Demokratiegefährdung? Gleichstellung in Zeiten von Rechtspopulismus, Berlin 2018, S.12

<sup>13</sup> Ebd.

<sup>14</sup> Z. n. Gutsche, ebd., S.30.

<sup>15</sup> Ebd.

<sup>16</sup> Schmincke, ebd.

## „Wohltemperierte Grausamkeiten“ der AfD

# WEGBEREITER DER GEWALT

---

RALF BEDUHN

*Die Maus war schuld. Als die AfD-Spitzenfunktionärin Beatrix von Storch im Netz gefragt wurde, ob sie an der deutschen Grenze auf flüchtende Frauen und Kinder schießen lassen würde, antwortete sie mit „Ja“. Nachdem von Storchs Gewaltphantasien einer breiten Öffentlichkeit bekannt wurden, verblüffte sie mit einer erstaunlichen Erklärung: ihre Zustimmung zur Waffengewalt sei versehentlich erfolgt, da sie auf ihrer Computermaus ausgerutscht sei.*

Die Taktik, die hinter derartigen kommunikativen Slalomläufen steckt, ist ebenso durchsichtig wie dreist. Gezielt werden menschenfeindliche und gewalttätige Statements abgegeben, und wenn der öffentliche Gegendruck zu stark wird, wird zurückgerudert, zugleich aber über ein angebliches gesellschaftliches Meinungsverbot lamentiert.

„Dire e disdire“ wird im Italienischen diese insbesondere von Silvio Berlusconi zur Meisterschaft entwickelte Taktik bezeichnet. Auf Kritik an einer verbalen Aggression erfolgt ein Dementi. Wird die Authentizität der Aussage nachgewiesen, kommt es zum Teilrückzug: man habe es ganz anders gemeint oder einen Witz gemacht. Als teutonische Ausgabe Berlusconis erweist sich unverkennbar der AfD-Co-Vorsitzende Alexander Gauland. Nachdem er öffentlich kundgab, dass er Jerome Boateng nicht als Nachbarn haben wolle, erwiderte er seinen Kritikern, dass er Boateng gar nicht kennen würde. Und als sein Parteifreund Björn Höcke das Holocaust-Denkmal in Berlin als „Denkmal der Schande“ verunglimpfte, gab er Höcke recht, da das Denkmal ja auf die Schande des millionenfachen Mordes an den Jüdinnen und Juden hinweisen würde. Schließlich Gaulands Kennzeichnung der Nazidiktatur als ein „Vogelschiss“. Seinen Geschichtsrevisionismus versuchte er mit der Bemerkung zu rechtfertigen, dass ein Vogelschiss auf der Kleidung ja bekanntlich etwas Negatives sei.

## Geistige Brandstifter

Nach dem Mord an Walter Lübcke stellten das Präsidium und der Parteivorstand der CDU in einer gemeinsamen Erklärung fest: „Die geistigen und sprachlichen Propagandisten von Hass und Ausgrenzung haben den Weg zur Gewalt bereitet. Führende Repräsentanten der AfD beteiligen sich bewusst daran.“ (1) Beispiele, die diesen Vorwurf belegen, gibt es in großer Zahl. So etwa, wenn der AfD-Landesvorsitzende aus Rheinland-Pfalz, Uwe Junge, ankündigte: „Der Tag wird kommen, an dem wir alle Ignoranten, Unterstützer, Beschwichtiger, Befürworter und Aktivisten der Willkommenskultur ... zur Rechenschaft ziehen werden.“<sup>2</sup> Oder Björn Höcke in seiner Rede am 28. Januar 2018 in Eisleben: „Diese Republik und das sie beherrschende medial-politische Establishment sind zu einem politischen Augiasstall geworden. Wir... müssen diesen Augiasstall ausmisten. Dieses Land braucht eine politische Grundreinigung.“ An Zynismus und Hass nicht mehr zu steigern sind allerdings die Gewalt- und Vernichtungsfantasien aus den Reihen der AfD gegenüber Flüchtlingen. So forderte Emil Sänze, MdL aus Baden-Württemberg, im Jahre 2016: „FRONTEX sofort beenden! Je mehr Migranten ersaufen, desto eher begreifen selbst afrikanische Ziegenhirten, dass es sich nicht lohnt, nach Europa aufzubrechen.“ (3) Und in der Hochphase der Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte äußerte der (ehemalige) niedersächsische AfD-Landesvorsitzende Armin-Paul Hampel, dass es für ihn klar sei, „dass ein Gutteil dieser angeblichen Brandanschläge von den Flüchtlingen selbst“ ausgeführt worden seien. „Mal ehrlich, viele von denen dürften es gewohnt sein, in ihren Heimatländern Feuer zu machen.“<sup>4</sup> Sogar das Thema Massenmord an Migranten scheint nicht mehr Tabu zu sein. Der parlamentarische Mitarbeiter der baden-württembergischen Landtagsabgeordneten Heinz Merz und Christina Baum, Marcel Grauf, postete: „Immerhin haben wir jetzt so viele Ausländer im Land, dass sich ein Holocaust mal wieder lohnen würde.“<sup>5</sup>

Auffällig oft wird in letzter Zeit von Repräsentanten der AfD das Thema eines drohenden Bürgerkrieges in öffentlichen Stellungnahmen angedeutet. Beispielsweise wenn der Landesvorsitzende aus Brandenburg, Andreas Kalbitz, der übrigens auch als Kandidat für den Posten des zukünftigen Bundesvorsitzenden gehandelt wird, mit drohendem Unterton feststellte: „Die AfD ist die letzte evolutionäre Chance für dieses Land. Danach kommt nur noch Helm auf.“<sup>6</sup> In seinem 2018 erschienenen Interviewband „Nicht zweimal in denselben Fluss“ konkretisiert

Höcke seine Vorstellungen eines Bürgerkriegsszenarios im Zusammenhang der von ihm angestrebten ethnischen Säuberung. Euphemistisch betitelt er dies als „großangelegtes Remi-grations-Projekt“, bei dem allerdings „wohltemperierte Grausamkeit“ angewendet werden müsse und „menschliche Härte und unschöne Szenen sich nicht immer vermeiden“ ließen. Im Rahmen dieser gewalttätigen Maßnahmen und Auseinandersetzungen würden „wir leider ein paar (germanische) Volksteile verlieren, die zu schwach oder nicht willens sind, sich der fortschreitenden Afrikanisierung, Orientalisierung und Islamisierung zu widersetzen.“ Ziel dieser notwendigerweise gewaltsamen Politik sei es, den Islam aus Europa zu verdrängen, den „Menschenrechtsextremismus“ zu überwinden und den „Gendermainstream (zu) vertreiben“, um den „bevorstehenden Volkstod durch den Bevölkerungsaustausch“ zu verhindern. Angeleitet werden soll die von Höcke herbeiphantasierte Politik von einer „fordernden und fördernden Elite“, die als gesellschaftlicher „Zuchtmeister“ fungiert. Die von Höcke in dem Interviewband formulierten politischen Visionen gehen somit an Radikalität sogar noch über das hinaus, was die NPD sich öffentlich zu äußern traute.<sup>7</sup>

### „Der Flügel“ in Niedersachsen

Ebenso wie in anderen AfD-Landesverbänden versucht auch in Niedersachsen der Höcke-Flügel an Einfluss zu gewinnen und neben den offiziellen Parteistrukturen Parallelstrukturen aufzubauen. Vorangetrieben wird dieses Projekt der erstrebten Machtübernahme von der partei-internen Strömung „Pegasus Germanus“ unter maßgeblicher Leitung von Dietmar Friedhoff, MdB aus Neustadt am Rübenberge, und Andreas Iloff, Kreisvorsitzender im Landkreis Diepholz. Iloff ist seit Jahrzehnten in der extrem rechten Szene aktiv, bereits im Jahre 1999 und 2000 wurden die beiden von ihm initiierten beziehungsweise geleiteten Vereine „Freundeskreis Deutschland e.V.“ und „Gemeinschaftswerk Auehof e.V.“ im niedersächsischen Verfassungsschutzbericht wegen Kontakten zur NPD, der DVU,

den Republikanern erwähnt. „Der Freundeskreis Deutschland sieht die Zukunft des deutschen Volkes bedroht durch die ‚Entfremdung von der eigenen Eigenart‘ und – in letzter Konsequenz – durch einen ‚geplanten Ethnozid, die kulturelle Auslöschung‘“, heißt es unter anderem dazu im VS-Bericht. Dieses Weltbild Iloffs lässt sich unmittelbar übertragen auf die von ihm rund 15 Jahre später geleitete faschistische Geheimsekte „Deutscher Bund“, die er auch noch konspirativ betrieb, als er schon Mitglied der AfD war. Friedhoff, der Führer der Pegasus-Strömung, stellt seine Organisationsbestrebungen als basisdemokratische Antwort auf die seiner Meinung nach zu zahme Politik der Landesvorsitzenden Dana Guth und der nicht ganz so extremen Strömung „Alternative Mitte“ in der Niedersachsen-AfD dar.

„Nicht weich sein, harte Kante zeigen. Wir wollen in Regierungsverantwortung kommen. Und das geht nicht, indem ich nun anfangs, weich zu spülen.“ (Friedhoff) (8) Stattdessen wolle man sich an der Radikalität des Faschisten Höcke orientieren, dem „besten Denker unserer Partei“, wie es auf der Pegasus-Webseite heißt. Doch die Kontakte Friedhoff enden nicht bei Höcke und seiner „Flügel“-Fraktion. Auffällig oft taucht Friedhoff mit Interviews und Grußbotschaften auch auf den Seiten der Internet Blogs „Politically Incorrect“ (PI-News) auf. Bereits 2007 urteilte der FAZ-Journalist Stefan Niggemeier: „Es ist ein unverhohlenen rassistischer Mob, der sich im Kommentarbereich von Politically Incorrect versammelt.“ (9) Seitdem hat sich an dieser Einschätzung nichts geändert, im Gegenteil. Zum Beispiel wurden Videoausschnitte aus der Rede Walter Lübckes auf PI-News präsentiert sowie seine Privatadresse mehrfach mitgeteilt. „Darunter posteten in den Folgewochen Hunderte deutsche und nichtdeutsche Kommentatoren Gewaltfantasien und Mordaufrufe.“ (10) Am 2. Juni wurde Walter Lübcke ermordet. Genau einen Monat später, am 2. Juli 2019, sendete Friedhoff unter der Überschrift „Dietmar Friedhoff wünscht allen PI-NEWS-Lesern schöne Ferien!“ in einem kurzen Video-Clip „sonnige Grüße aus Berlin“ und wünschte allen PI-Nutzern „Kraft und Ausdauer für das, was kommen mag.“<sup>11</sup> ■

<sup>1</sup> Z.n. taz, 25. Juni 2019.

<sup>2</sup> Z.n. Die Harke, 27. Januar 2019

<sup>3</sup> Z.n. KONTEXT, 24. Dezember 2016.

<sup>4</sup> Z.n. Weser Kurier, 25. April 2016.

<sup>5</sup> Z.n. KONTEXT, 16. Februar 2019.

<sup>6</sup> Z.n. taz, 31. Dezember 2018.

<sup>7</sup> Im zweiten Verbotverfahren gegen die NPD konstatierten die Richter\*innen des Bundesverfassungsgerichts zwar die Verfassungsfeindlichkeit der NPD, verzichteten aber auf ein Verbot, da die Partei ihrer Ansicht nach zu unbedeutend sei. Das kann man von der AfD nicht behaupten.

<sup>8</sup> Z.n. www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen, 2. September 2018.

<sup>9</sup> Stefan Niggemann: Freier Hass für freie Bürger. In: FAZ, 25. Oktober 2007. www.wikipedia.org/wiki/Politically\_Incorrect

<sup>10</sup> www.pi-news.net/2019/07/dietmar-friedhoff-wuenscht-allen-pi-news-lesern-schoene-ferien

<sup>11</sup> „Was vor fünf Jahren noch unvorstellbar war, ist heute akzeptierte Normalität. Faschist\*innen in den Parlamenten aller Ebenen – teils mit Ergebnissen von mehr als einem Viertel der Wähler\*innen auf Landesebene. Völkische Hetze in den Talkshows. Während die AfD Stück für Stück nach der Macht greift ... gilt weiterhin für die Mehrheit der Gesellschaft: Ruhe bewahren, noch regiert die AfD ja nicht.“ (Ernst Kovahl; in: DRR 179/2019, S. 3)

## Zur Bildungsprogrammatische der AfD

„ZURÜCK IN DIE ZEIT VOR 1968...“

RALF BEDUHN

*Kurz nach der Jahrtausendwende entwickelte sich eine neue Pilgerbewegung. Nicht auf dem Jakobsweg nach Santiago de Compostela; die gab es schon länger. Sondern in den hohen Norden, nach Finnland.*

Die Ergebnisse der ersten PISA-Tests waren veröffentlicht worden, und eine Vielzahl an Bildungspolitikern und -bürokraten machte sich auf, das Bildungswunder am Polarkreis zu bestaunen. Und Staunenswertes gab es tatsächlich zu besichtigen. Wobei das finnische Erfolgsmodell keineswegs vom Himmel gefallen war, sondern Resultat einer bewussten politischen Entscheidung. Denn seit Ende der 60er Jahre begann man in Finnland, konsequent Gemeinschaftsschulen einzurichten, in denen die Schülerinnen und Schüler zusammen bis zur neunten Klasse unterrichtet werden. Auf das in Deutschland immer noch übliche „Grundschüler-Lotto“ verzichtete man also ganz bewusst und etablierte stattdessen ein differenziertes und individualisiertes schulisches Förder- und Nachhilfesystem. „Keiner darf zurückbleiben!“, lautet der bildungspolitisch anerkannte Slogan im hohen Norden.

„Heute sind sich in Finnland alle einig, dass diese Entscheidung damals die beste war“, resümiert Jorna Kauppinen aus dem Bildungsministerium rückblickend. Und die internationalen Vergleichsstudien geben ihr Recht. Nicht nur Spitzenplätze bei den PISA-Studien, sondern auch verblüffende 95 Prozent der finnischen Schülerinnen und Schüler schaffen, über das Abitur oder andere Qualifizierungsprogramme, eine Hochschulberechtigung. Konsequente Inklusion und Förderung verbunden mit einer großzügigen personellen und materiellen Ausstattung ermöglichen diese herausragenden Ergebnisse.

**Bildungspolitisches Schnecken tempo**

Von einem derartigen Niveau ist die bundesdeutsche Bildungslandschaft noch immer weit entfernt. Denn trotz einer steigenden Zahl an Gesamtschulen, dem Ausbau des Ganztagsunterrichts und einer (eher langsam) voranschreitenden – wenngleich personell und räumlich notleidenden – Inklusion<sup>1</sup> ist „der Bildungserfolg in Deutschland wie in kaum einem anderen Staat von Einkommen und Bildungsstand der Eltern abhängig“<sup>2</sup>. Das nach wie vor gegliederte Schulsystem „lädt dazu ein, Schüler abzuschieben, anstatt

sie zu fördern.“<sup>3</sup> Der damit einhergehende Selektions- und Leistungsdruck führt einerseits zu Schulversagen<sup>4</sup> und andererseits zu einer ausufernden Nachhilfeindustrie.

Eine nach wie vor skandalös hohe Quote an Schulabgänger\*innen ohne Hauptschulabschluss (zirka 50.000 pro Jahr), darunter überdurchschnittlich viele Jugendliche mit ausländischen Wurzeln<sup>5</sup> auf der einen Seite, private Investitionen in Höhe von jährlich vier Milliarden Euro für diejenigen Gesellschaftsschichten, die sich die Nachhilfekosten für ihre Kinder leisten können<sup>6</sup>, auf der anderen Seite, sind die Folgen einer Bildungsstruktur, die im Kern immer noch im 19. Jahrhundert wurzelt.

**AfD gegen „Gleichmacherei“**

Doch selbst die zögerlichen Reformen in Hinblick auf größere Durchlässigkeit und Inklusion nach PISA-Schock und UN-Mahn schreiben in den zurückliegenden Jahren gehen der „Alternative für Deutschland“ (AfD) entschieden zu weit. In ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017 warnt die Partei vor der „schleichenden Abschaffung verschiedener Schulformen und der Entwicklung hin zur nivellierenden Einheitsschule.“ Stattdessen tritt sie mit der Forderung an, das „mehrgliedrige Schulsystem (zu) erhalten“, da angeblich „Bildungsgerechtigkeit“ nur durch „Differenzierung“ und nicht durch „Gleichmacherei“ erreicht werden könne. In seiner unnachahmlichen Art ergänzt dazu der niedersächsische AfD-Landesvorsitzende Armin-Paul Hampel: „Das von Rotgrün betriebene Schulkonzept entspricht dem Trabi der DDR. Wie bei diesem fährt niemand gut damit. Ganz im Sinne des Sozialismus sind davon alle gleichermaßen betroffen.“ Denn, so Hampel, die von der Kultusministerin Heiligenstadt betriebene Schulpolitik folge nicht der „Vernunft, sondern dem sozialistischen Traum von der bevormundenden Gleichmacherei.“<sup>7</sup> Vernunftleitend sei dagegen nach AfD-Ansicht der biologistische Begriff der „Begabung“. Dessen klassen- und rassenbezogene Erbtelligenztheorie ihrer Protagonisten Ottmar von Verschuer und Karl Valentin Müller war bis in die späten 60er Jahre verbreitet und wurde zum Teil von Gymnasiallehrer-Verbänden unterstützt.<sup>8</sup> Ein in diese Richtung weisendes Erbtelligenzparadigma popularisierte in den Jahren vor der Gründung der AfD auch das SPD-Mitglied Thilo Sarrazin mit seinem Millionenbestseller „Deutschland schafft sich ab.“

**„Klassische preußische Tugenden“**

„Wir wollen zurück in die Zeit vor 1968“ äußerte programmatisch der sachsen-anhaltinische AfD-Landesvorsitzende André Poggenburg. Und diese Leitlinie bezieht sich offen-

sichtlich nicht nur auf einen Begabungsbegriff aus der bildungspolitischen Mottenkiste, sondern auch auf die konkrete Erziehungspraxis im Schulalltag. Im Landtagswahlprogramm der AfD Sachsen-Anhalt wird dazu unter anderem ausgeführt: „Neben grundlegenden Kulturtechniken müssen [...] ebenso die klassisch preußischen Tugenden Geradlinigkeit, Gerechtigkeitssinn, Ehrlichkeit, Disziplin, Pünktlichkeit, Ordnungssinn, Fleiß und Pflichtbewusstsein vermittelt werden. Um solche Tugenden zu vermitteln, bedarf es Autorität, weshalb die Stellung des Lehrers auch und gerade schulrechtlich zu stärken ist.“<sup>9</sup>

Im Hintergrund vermeint man angesichts derartiger Formulierungen schon den Peitschenknall der Autorität zu vernehmen, und tatsächlich gibt es in den Reihen der AfD durchaus Sympathien für die Wiedereinführung der Prügelstrafe. Volker Olenicak, Landtagsabgeordneter der AfD aus Bitterfeld, kommentierte im Oktober 2014 ein Video, das einen Lehrer zeigt, der Schüler mit dem Stock auf die Hand schlägt (Komma- und Grammatikfehler im Original): „Sieht hart aus aber ermöglicht in Zukunft sicher ein erträglichen Schulalltag. P.S.: intelligenten Schülern passiert das nicht jeden Tag.“<sup>10</sup> Und auch einer der Chefideologen der AfD und der „Identitären Bewegung“, Götz Kubitschek, Leiter des „Instituts für Staatspolitik“ in Schnellroda, favorisiert rüde Erziehungsmethoden. Wie ein FAZ-Journalist, der bei Kubitschek und seiner Frau Ellen Kositzka zu Besuch war, berichtet, ist es bei dem Paar üblich, ihre insgesamt sieben Kinder zu zwingen, ihre Mäuler mit Kernseife auszuwaschen, wenn sie „böse Wörter“ benutzen.<sup>11</sup>

### Förderschule = „Inklusion“!

Im übertragenen Sinne ein „böses Wort“ ist in den Reihen der AfD auch der Begriff der Inklusion. Zwar kommt man nicht umhin zu realisieren, dass die Bundesrepublik im Jahre 2009 die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert hat, andererseits tritt man im aktuellen Bundestagswahlprogramm jedoch weiterhin für den „Erhalt der Förder- und Sonderschulen“ ein. Den sich daraus ergebenden offensichtlichen Widerspruch meint man durch einen perfiden rhetorischen Trick lösen zu können. Im Wahlprogramm wird nämlich argumentiert: „Die Forderung der Vereinten Nationen, behinderten Kindern Teilhabe am Bildungssystem zu garantieren, ist in Deutschland bereits erfüllt. Kinder mit besonderem Förderbedarf erhalten in der Förderschule eine umfassende Unterstützung, die die Regelschule nicht leisten kann.“ Ganz auf dieser Argumentationslinie heißt es in einer Stellungnahme des AfD-Landesverbandes Niedersachsen:

„Die traditionelle, bewährte Inklusion muss unterstützt werden. Der Zugang zur Regelschule muss wieder an Eignung und Verhalten geknüpft werden.“<sup>12</sup> Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass die AfD auch auf kommunaler Ebene Forderungen nach dem Erhalt von Förderschulen unterstützt, so zum Beispiel geschehen im Januar 2015 in Northeim.<sup>13</sup>

### Lehrpläne gegen den „Trend zur Selbstabschaffung“

Eine Schreckensvision ist für die AfD die angeblich von der herrschenden Politik betriebene „Umvolkung“. Gemeint ist damit, wie es im Bundestagswahlprogramm heißt, der „Trend zur Selbstabschaffung ... unserer angestammten Bevölkerung“. Warnend und mahnend wird deshalb an gleicher Stelle ausgeführt: „Wir wollen das Land unserer Väter und Mütter nicht irgendjemanden hinterlassen, der dieses Erbe verschleudert oder ausplündert, sondern unseren Nachkommen“. Ein „Paradigmenwechsel zu einer nationalen Bevölkerungspolitik... (durch) Maßnahmen zur Erhöhung der Geburtenzahl“ sei deshalb notwendig. Zu dieser nationalen Aufgabe habe auch die Schule beizutragen. So sollen beispielsweise „Ehe, Familie, Haushaltsführung und Kindererziehung ... in den Lehrplänen und Schulbüchern aller allgemeinbildenden Schulen (wieder) eine positive Berücksichtigung finden.“ Zudem sollen ein „Baby-Begrüßungsgeld“ sowie die Streichung der BAföG-Rückzahlung bei Paaren, „die während des Studiums oder kurz danach Eltern werden“, eingeführt werden.

Demgegenüber wird unter der Überschrift „Gender-Ideologie raus aus den Schulen – Frühsexualisierung stoppen“, eine klare Feindbildbestimmung vorgenommen. Herbeiphantasiert wird nämlich „eine einseitige Hervorhebung der Homo- und Transsexualität im Unterricht, wie sie die sogenannte ‚Sexualpädagogik der Vielfalt‘ praktiziert“. Dadurch würden „Kinder und Jugendliche – oft von schulfremden Personen und meist gegen den Willen der Eltern – in Bezug auf ihre sexuelle Identität verunsichert.“ Und als Folge davon, so möchte man ironisch hinzufügen, kann es natürlich auch nicht klappen mit dem „Erhalt des Staatsvolkes (als) vorrangige Aufgabe.“ (Bundestagswahlprogramm). Der AfD-Landesvorsitzende André Poggenburg und andere aus seinem ideologischen Dunstkreis wollen erklärtermaßen zurück in eine Zeit vor 1968. Man könnte meinen, dass es noch erheblich weiter zurückgehen soll... ■

<sup>1</sup> „Auch nach sieben Jahren ist Deutschland weit davon entfernt, das Inklusionsziel der UN-Konvention zu erfüllen.“ (Klaus Klemm: Mammutaufgabe Inklusion. In: E&W 05/17, S.2).

<sup>2</sup> „Gute Bildung für alle! Appell für mehr Geld in der Bildung!“ Siehe ebd., Beihefter.

<sup>3</sup> Andreas Schleicher, PISA-Koordinator. Z.n. SPIEGEL online, 19.02.2005.

<sup>4</sup> „Wenn das Kind Angst hat, lernt es nicht.“ (Eija Kortovaara vom finnischen Bildungsministerium)

<sup>5</sup> Einen Spitzenwert nimmt hier Sachsen ein mit 27,2 % SchülerInnen mit Migrationshintergrund ohne Abschluss. (Vgl. WELT/N24 online, 01.03.2017)

<sup>6</sup> Vgl. E&W 06/17, S.35. Die größten Anbieter, die Studienkreis-Gruppe und die ZGS-Bildungs-GmbH sind im Besitz von Finanzinvestoren. Defizite im Bildungssystem können also durchaus lukrativ sein...

<sup>7</sup> Z.n. [www.afd-goslar.de/afd-unterstuetzt-resolution-der-stadt-northeim](http://www.afd-goslar.de/afd-unterstuetzt-resolution-der-stadt-northeim).21.01.2015.

<sup>8</sup> Vgl. [www.andreaskemper.org/2013/09/20/zur-bildungspolitik-der-afd](http://www.andreaskemper.org/2013/09/20/zur-bildungspolitik-der-afd)

<sup>9</sup> Landtagswahlprogramm der AfD Sachsen-Anhalt, S.1.

<sup>10</sup> [www.news4teachers.de/2016/03/wie-die-afd-auch-mit-der-bildungspolitik-stimmung-macht](http://www.news4teachers.de/2016/03/wie-die-afd-auch-mit-der-bildungspolitik-stimmung-macht)

<sup>11</sup> Vgl. [www.faz.net/aktuell/politik/inland/zu-besuch-bei-goetz-kubitschek-14180792.html](http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/zu-besuch-bei-goetz-kubitschek-14180792.html)

<sup>12</sup> [www.news4teacher.de](http://www.news4teacher.de), ebd.

<sup>13</sup> Vgl. [www.afd-goslar.de...](http://www.afd-goslar.de...)

Keineswegs harmlos

# MIT BEUTELSBACH GEGEN „LINKSEXTREMISMUS“

RALF BEDUHN

*Harm Rykena, der schulpolitische Sprecher der AfD im Landtag, war schwer empört. Oder war es nur eine durchsichtige Propagandashow? Was war passiert?*

Die vielfach preisgekrönte Fachjournalistin Andrea Röpke war vom katholischen Hildegard-von-Bingen-Gymnasium in Twistringern eingeladen worden, um über die extrem rechte Szene zu referieren. Die Schule war wenige Wochen vorher als „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ ausgezeichnet worden und, so Schulleiter Peter Schwarze, „eine Steuergruppe aus Lehrer-, Schüler- und Elternvertretern“ hatte vor diesem Hintergrund für die Einladung Röpkes plädiert. Rykena brauchte immerhin eine Aufwärmphase von über zwei Wochen, bis er in einer Presseerklärung vollkommen überhitzt beklagte: „Die linksextremistische Agitationsveranstaltung war für alle Schüler des 10. und 11. Jahrgangs verpflichtend.“ Nach diesem Vorfall müsse „die Schulbehörde alle niedersächsischen Schulen dringend darüber informieren, dass Linksextremisten wie Andrea Röpke nicht geeignet sind, Vorträge an Schulen zu halten.“ Und Klaus Wichmann, der Sprecher der AfD-Fraktion „für Fragen des Verfassungsschutzes“ (!) wird in der Pressemitteilung mit den Worten zitiert: „Ist das der neue Ansatz, dass Linksextremisten über Rechtsextremisten aufklären?“<sup>1</sup>

Beide Herren kennen sich mit Extremisten aus. Hatte doch beispielsweise Wichmann in der Vergangenheit den extrem rechten Vorsitzenden der (inzwischen aufgelösten) Jungen Alternative Niedersachsen, Lars Steinke, als Praktikanten in der Landtagsfraktion beschäftigt.<sup>2</sup> Und Harm Rykena war am 1. September 2018 bei dem berüchtigten Aufmarsch in Chemnitz zusammen mit gewaltbereiten Neonazis und dem AfD-Rechtsaußen Björn Höcke marschiert.<sup>3</sup>

Natürlich nutzte Rykena in seiner Presseerklärung auch die Möglichkeit, mit lobenden Worten auf das AfD-Portal „Neutrale Lehrer Niedersachsen“ hinzuweisen. Denn ein Schüler des Twistringer Gymnasiums hatte einen illegalen Audiomitschnitt des Vortrages angefertigt und an

das Denunziationsportal geschickt. Somit verfügte die AfD über authentisches Material dieser nach ihrer Auffassung „Vergewaltigung des Neutralitätsgebots“.<sup>4</sup> Gewissermaßen als Wiedergutmachung verlangte der Pressesprecher des AfD-Kreisverbandes Diepholz da-raufhin, dass seine Partei „nach der manipulativen Propagandashow der Frau Röpke nun auch die Gelegenheit erhält, sich den Schülern des Hildegard-von-Bingen-Gymnasiums vorzustellen und die Bedeutung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit positiv darzustellen“.<sup>5</sup>

An diesem Vorfall wird deutlich, dass das Insistieren der AfD auf den Beutelsbacher Konsens die Funktion hat, schulinterne Kritik an ihrer Partei zu verhindern, und wenn das nicht gelingt, mit der Forderung in die Offensive zu kommen, ebenfalls eine Bühne für ihre fake news und Hassparolen eingeräumt zu bekommen.

Der Schulleiter des Twistringer Gymnasiums reagierte übrigens ausgesprochen cool auf die Anwürfe der AfD. Er erklärte „Auch künftig behält sich die Schule vor, welche Referenten sie für ihre Bildungsveranstaltungen einlädt.“ ■

<sup>1</sup> Pressemitteilung Harm Rykena vom 7. Juli 2019; „Hildegard-von-Bingen-Gymnasium: Schüler müssen Vortrag von Linksextremisten besuchen.“

<sup>2</sup> Lars Steinke wurde im August 2018 als JA-Vorsitzender abgesetzt und im Juni 2019 aus der AfD ausgeschlossen, nachdem er den Hitler-Attentäter Claus Schenk Graf von Stauffenberg als „Volksverräter“ diffamiert hatte. Der JA Landesverband wurde im November 2018 aufgelöst.

<sup>3</sup> Vgl. „Wut und Hass scheinen grenzenlos“. Interview mit Andrea Röpke. In: taz nord, 11. Juli 2019.

<sup>4</sup> Pressemitteilung Harald Wiese vom 24. Juni 2019. Wiese ist Pressesprecher des AfD-KV Diepholz. Er war früher Mitglied der verfassungsfeindlichen REPUBLIKANER und Schatzmeister von zwei Vereinen, die im Verfassungsschutzbericht Niedersachsen erwähnt wurden.

<sup>5</sup> Ebd.

## Völkische Jugend in Niedersachsen

## MIT DIRNDL UND YOUTUBE

ANDREA RÖPKE

*Sie werden wegen ihrer antimodernen Lebensweise auf dem Land oft als „Ökos“ angesehen, tatsächlich aber siedeln weitverzweigte „Sippen“ seit Jahrzehnten in abgelegenen Gegenden, um gemäß ihrer völkisch-nationalistischen Ideologie ein Leben nach eigenen Regeln zu führen.*

Der Nachwuchs wächst mit einem gefestigten rechten Weltbild und dem Glauben daran auf, zu einer deutschen Avantgarde zu gehören. Das politische Ziel von Eltern und rechten Jugendbünden ist ein „arteigenes“ Leben in einer homogenen „Volksgemeinschaft“. Die Szene sieht sich vor allem durch die politischen Erfolge der Alternative für Deutschland (AfD) im Aufwind. Längst haben die Vordenker der Neuen Rechten das völkische Potenzial erkannt.

Almuth und Wolfhard führen den nationalen Jugendbund an, der so gerne im Verborgenen agiert. Bei Almuth schien es vorbestimmt, dass sie einmal die Bundesführung des „Sturmvolgel – Deutscher Jugendbund“ mit seinen altmodisch anmutenden Uniformen, den Zeltlagern und Großen Fahrten übernehmen würde. Ihre Familie gilt in diesen Reihen als einflussreich. Wolfhard, der neue männliche Bundesführer des Sturmvolgel, entstammt ebenfalls einer alteingesessenen „Sippe“, die sich nahe Lüneburg niedergelassen hat. Sein Großvater schulte vor Jahrzehnten bereits den politischen Nachwuchs im neonazistischen Schulungszentrum „Hetendorf Nr. 13“, das 1998 vom Innenministerium in Hannover verboten wurde. Cousinen und Cousins engagieren sich bei der extrem rechten „Identitären Bewegung“. Noch heute ziert den Stammsitz seiner Familie, eine ehemalige Apotheke im Zentrum eines kleinen Touristenortes, die eingeritzte Wolfsangel im Gebälk. Eine Rune, die bereits die Hitlerjugend nutzte.

In Deutschland wachsen nach 1945 tausende Kinder heran, deren nationalgesinnte Eltern den Ehrgeiz haben, den Nachwuchs frühzeitig massiv politisch zu indoktrinieren. Für sie stellt eine Liedzeile wie „Deutschland, Deutschland über alles“ keine Floskel dar, sondern ist politischer Lebensgrundsatz. Das Leben der betroffenen Mädchen und Jungen ist von Kindesbeinen an dazu bestimmt das „kulturelle Erbe“ deutschen Volkstums zu wahren. Aus

der Sicht der Rechten bilden „mehrere Sippen und Volksstämme, die ihre Gemeinsamkeiten erkannt haben, eine Schicksalsgemeinschaft“, diese hat den „Widerstand gegen das System“ verinnerlicht. „Sitte, Brauchtum und Kultur unseres Volkes“ sollen geachtet werden, heißt es in den einschlägigen Schriften. Keinesfalls ausgeklammert aus dem propagierten Vermächtnis der Ahnen werden das „Deutsche Reich“ und die nationalsozialistische Terrorherrschaft. Dessen Heldenkult wird ebenso wie die Lieder von NS-Dichtern wie Hans Baumann an die Kindeskinde weitergegeben. Die rechte Szene unserer Tage ist heterogen in ihren Strukturen, doch sie eint der Glaube, zur wahren deutschen Elite zu gehören. Deren Anhänger, gleich ob sie sich zur Neuen Rechten oder zur NPD bekennen, fühlen sich bestärkt. Nach 70 Jahren wächst in den Köpfen die Hoffnung auf eine „Zeitenwende“. Bestärkt wird diese Zuversicht durch AfD-Politiker wie Björn Höcke, der bereits 2015 am Kyffhäuser forderte: „Wir haben 70 Jahre Mahnmale gebaut, es ist hohe Zeit, dass wir endlich wieder Denkmäler errichten!“

Dörfliche Anwesen in der weitläufigen Lüneburger Heide, auf denen Kinder wie Almuth und Wolfhard aufwachsen, gelten als versteckte Zentren völkisch-nationalistischer Netzwerke. Dort sind Gemeinschaften „abseits des Mainstreams“ entstanden, die die Demokratie als schwächlich erachten. Sie fordern wieder ein starkes Mannestum und eine schlagkräftige Kampfgemeinschaft. Deren Mitglieder werden oft aufgrund von Kleidung, antimoderner Lebensweise sowie dem Betreiben von Viehzucht, Forst- oder Landwirtschaft als „Ökos“ angesehen. Eine „Revolt gegen die moderne Welt“ propagierte bereits der 1974 verstorbene italienische Philosoph Julius Evola, dessen Schriften rechte Vordenker aufgriffen. Ihnen aber geht es um die Sicherung von „biologischer Existenz“ und die „Verteidigung unseres geistlich-sittlichen Kerns“, so umschrieb es die neonazistische Erziehungsorganisation „Heimattreue Deutsche Jugend“ (HDJ) vor ihrem Verbot im Jahr 2009 durch die damalige Bundesregierung. Die Gleichheit aller Menschen, wie sie im Grundgesetz steht, wurde von deren Anhängern, von denen viele zu den Völkischen zählen, als „lebenswidrige Utopie“ abgelehnt. Es sind 150-Prozentige, überzeugt von einer gefährlichen Ideologie. Scharf rechnet die Szene-Aussteigerin Heidrun Benneckenstein in ihrem Buch „Ein deutsches Mädchen“ mit der Familie ab, in der sie aufwuchs. Benneckenstein, geborene Redeker, wurde in der HDJ radikalisiert. Ihre Kindheit und Jugend sei von nationalsozialistischem Denken und Fanatismus geprägt gewesen. Wichtiger Bestandteil elterlicher Pädagogik, so „Heidi“ Benneckenstein, seien Feindbilder

gewesen, dazu zählten Juden, das „Großkapital“, Linke und Ausländer. Hass und Angst bestimmten einen Großteil ihres Heranwachsens. Der Sturmvogel – Deutscher Jugendbund hat die HDJ zum Teil beerbt.

Die Einflussnahme völkisch rechter Familien und deren Jugendorganisationen beginnt bereits mit der Namenswahl eines Neugeborenen. „Der Name kündigt an, was ein Kind sein wird, indem es ihm die moralische Pflicht auferlegt, es zu werden“, wird der französische Philosoph Jean Haudry auf der Homepage der „ario-germanischen“ Organisation Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-gemeinschaft zitiert, einer rassistischen Organisation, die bis 1998 ihren Hauptsitz im Schulungszentrum der Neonazis in „Hetendorf Nr. 13“ bei Celle hatte und noch heute aktiv ist. Die konspirative Artgemeinschaft ist eine Art pseudoreligiöses Sammelbecken – wer in diesen verschlossenen Kreis aufgenommen werden will, hat sich einem „Artbekenntnis“ und dem „Sittengesetz unterer Art“ zu verpflichten. Dort tragen die Mädchen altdeutsche Namen wie Irmlind, Gerhild, Edda, Hildburg, Frauke oder Runa. Die Frauen verstehen sich als Hüterinnen „der nordischen Seele“. Während der Mann der „Wegbereiter“ sei, trete die Frau als „Hüterin, Walterin des nie versiegenden Bornes deutschen Volksgutes“ auf. Mit der Namenswahl bei den Jungen wird Stärke und Mut verbunden, sie werden Siegfried, Reinhard, Nordulf oder Sigurd genannt. Die Geburt wird mit einer sogenannten heidnischen Lebensleite begangen, ein nach nordischem Vorbild zelebriertes Ritual, bei dem die Kleinen in die Gemeinschaft aufgenommen werden. Später folgen „Jugendleite“ und die „Eheleite“. Nach dem Motto von der Wiege bis zur Bahre werden jung und alt in ein politisches und gesellschaftliches Leben, konträr des Mainstreams, eingebunden.

Jungen Menschen wie den Sturmvogel-Anführern Almuth und Wolfhard wird ein Spagat abverlangt: Weitgehend bedingungsloses Einordnen in die völkische Lebenswelt der Eltern und zugleich Funktionieren in der modernen, als feindlich angesehenen Gesellschaft. In der Praxis sieht es so aus, dass sie öffentliche oder private Kindergärten und Schulen besuchen, oft studieren, ihre Freizeit und Ferien aber in rechten Bündeln und nationalistischen Organisationen auf „großer Fahrt“, bei Brauchtumsfeiern oder Zeltlagern verbringen. Unter Gleichgesinnten sollen sie Stärkung finden. Kinder reifen, als Betroffene, zu Mitverschwörern heran.

Die junge Studentin Almuth ist Sprössling einer Familie, deren Mitglieder seit mindestens drei Generationen im braunen Sumpf agieren. Ihre „Sippe“ genießt in den bundesweiten Strukturen hohes Ansehen. Während ihre Urgroßeltern mütterlicherseits im Dritten Reich beim Bund Deutscher Mädel und der verbrecherischen Schutzstaffel (SS) von Heinrich Himmler aktiv waren, führte die Großmutter die 1952 gegründete neonazistische Wiking-Jugend zeitweilig mit an. Wegen interner Streitigkeiten spaltete sich eine norddeutsche Gruppe ab und bildete die bis heute unauffällig agierende Erziehungsorganisation „Sturm-

vogel – Deutscher Jugendbund“. Während die Wiking-Jugend jahrelang bis zum Verbot 1994 den Nachwuchs vor allem militärisch drillte, fokussiert sich der Sturmvogel auf bündisches Erleben, deutsches Kulturgut und Brauchtum. Ob Schnee, Regen oder Sonnenschein, die Kinder gehen auf „Fahrten“, das sind Märsche in Uniform mit wenig Ausrüstung, angeleitet von jungen Anführern. „Mädel“ und Jungen getrennt. Kaum ein Kind aus diesem politischen Spektrum, das noch nicht am Erinnerungsstein für den „Heidedichter“ Hermann Löns stramm stand. Löns und sein Roman „Der Wehrwolf“ sind Pflichtlektüre. Vorrangiges, außerdeutsches Reiseziel sind die ehemaligen Reichsgebiete. Eines der letzten großen Zeltlager des Sturmvogel führte nach Südtirol.

Bereits Almuths Mutter und Tante wuchsen in den 1990er Jahren in einem neugestalteten „Sturmvogel“-Verbund heran, der sich nicht nur auf die verbandelten Familien fokussierte, sondern auch Anhänger von außerhalb suchte, wie es in deren Schrift „Der Sturmbote“ 2005/2006 hieß. Almuths Eltern sind nicht offen politisch. Die Mutter singt im Chor, der Vater ist Studienrat. Er ist beliebt, wurde aber bereits 2014 von seinen Schülern als „Nazi“ bezeichnet.

Weitaus auffälliger agiert die Familie Kubitschek. Sie steht dem „Freibund“ nahe. Dieser Bund ging – wie die weitaus radikalere HDJ – aus dem „Bund heimattreuer Jugend“ (BHJ) hervor. Götz Kubitschek ist einer der wichtigsten Strategen der Neuen Rechten. Seine Kinder sind mit der Politik der Eltern von klein auf aufgewachsen. Der Freibund übernahm weitere Aufgaben. Sie sei „widerständig“ erzogen worden, sagte die 20-jährige Stieftochter in einem Interview während einer Demonstration der extrem rechten Identitären Bewegung in Berlin 2017. Bei YouTube ist das Mädchen 2013 bei einem bündischen Singerwettbewerb in „Freibund“-Uniform zu sehen. Die Kinder der Großfamilie besuchen ein Internat in Sachsen-Anhalt und werden sehr musikalisch erzogen. Kubitschek betreibt gemeinsam mit seiner Ehefrau Ellen Kositzka unweit von Halle die neu-rechte Denkfabrik „Institut für Staatspolitik“, von dort werden auch die Identitären ideologisch gesteuert. Diese Szene strebt Experten zufolge eine nationale Revolte an, deren Ziel eine autoritäre Gesellschaft ist. Historische Vorbilder dieser Politik der Neuen Rechten sind Intellektuelle wie Carl Schmitt oder Oswald Spengler, die zum großen Teil keine Nationalsozialisten waren, aber Hitlers Herrschaft den Boden ebneten. „Antisemitismus war eine der Ursprungsquellen“ völkischen Denkens vor 1933, hebt der Historiker Uwe Puschner von der Freien Universität Berlin hervor. Ab 1900 etablierte sich der „Völkische“-Begriff im deutschen Sprachgebrauch, so Puschner. Er stand für einen heterogenen Nationalismus in Deutschland mit einer spezifischen Weltanschauung. Zur Sammelbewegung zählten zum Beispiel Alldeutsche, Neuheiden, Ariosophen, Esoteriker, Eugeniker, Deutsch-Christen, Freikörper- und Runengymnastik. Puschner schätzt die Gesamtzahl damals auf rund 10.000 Anhänger, darunter viele Akademiker, auch Pädagogen und Hochschullehrer. Bis zur Mitte der 1920er Jahre nahmen sie starken Einfluss auf die Weimarer Re-

publik, dann griffen die Nationalsozialisten die Ideen auf und verdrängten sie. Verfolgt wurden die völkischen Vordenker nicht. Im Gewand von Neuer Rechter, Identitärer Bewegung und zum Teil auch der Alternative für Deutschland wirken die Theorien bis heute. Wenn es um Fremdenfeindlichkeit oder Anti-Asylpolitik geht, ist Kubitschek häufig verbaler Einheber bei Demonstrationen. Seine Kinder begleiten ihn hie und da zu Aufmärschen nach Dresden oder Bautzen. Die Älteren zeigen sich mit den Aktionisten der Identitären Bewegung, dort treffen sie auch auf „ihresgleichen“: Jugendliche, sozialisiert in rechten Bündeln.

Dem Radiosender Deutschlandfunk Kultur berichteten die Kubitscheks 2016, sie seien 2002 bewusst in den Osten nach Sachsen-Anhalt gezogen, weil es dort kaum Ausländer gebe und noch ein deutscher Geist herrsche. Andere Sympathisanten zogen nach Mecklenburg, Sachsen oder in den Thüringer Wald. Die Töchter müssen „immer Röcke“ tragen, „Fernsehen ist für alle tabu“, heißt es bei Deutschlandfunk Kultur. Wer sich den Regeln widersetze, werde mit häuslichen Arbeiten bestraft. Der ausgewiesene Experte David Begrich von der Magdeburger Bildungs- und Beratungsstelle Miteinander e.V. erklärt, politisches Ziel dieser Neuen Rechten sei „ein ethnisch homogener autoritärer Ständestaat, in dem es klare Hierarchien gibt. Wo nicht ein demokratischer Diskurs darüber bestimmt, was im Land geschieht, sondern eine berufene Elite trifft Entscheidungen. Was die Zukunft des Landes angeht, was die Erziehung der Kinder angeht und die Frage der Ausgestaltung des kulturellen Zusammenlebens.“

Die völkische Lebenswelt spielt eine gewichtige Rolle im Leben der Jugendlichen. „Datt du mien leevsten büst, datt du wohl weest“ singen einige junge Leute in einem Videoclip, sie tanzen dazu im Reigen, die Röcke der jungen Frauen wiegen sanft. Musikalisch wird das niederdeutsche Volkslied von drei jungen Frauen in Dirndl begleitet, die hingebungsvoll Geige und Akkordeon spielen. Passanten sind zu sehen, die neugierig stehen bleiben und den heimatisch anmutenden Klängen am Jungfernstieg in Hamburg lauschen. Doch der Auftritt ist kein Privatvergnügen, sondern rechter Aktionismus. Die Identitäre Bewegung (IB) Hamburg und Niedersachsen postete das kurze Video Ende 2016. Im Januar 2017 hielten die norddeutschen Sektionen der Identitären Bewegung zudem ihr erstes „Volkstanzwochenende“ an einem geheimen Ort in der Lüneburger Heide ab. Wo einst die Wiking-Jugend ihr Zentrum hatte, liegt heute wieder ein Schwerpunkt extrem rechter Jugendaktivität. Dort, wo es ein kaum überschaubares Geflecht völkischer Familienverbände gibt, deren Kontakte bis in die AfD und NPD reichen, wird Brauchtum mit Sonnenwenden, Erntedankfesten oder Volkstanz gepflegt. Feierlichkeiten dienen nicht der geselligen Zusammenkunft zum Zweck des „Fröhlich-Seins“, sondern des Volksschutzes. Die neonazistische „Heimattreue Deutsche Jugend“ beschrieb es so: „Wir treten während dieser Feiern aus der lebensfeindlichen Wirklichkeit des gegenwärtigen politischen Systems in einen Raum und eine Zeit, welche unsere Vorstellung vom Leben widerspiegeln.“ Auch die „Identitäre Bewegung“ lockt als

„Gemeinschaft abseits des Mainstreams“. Bei der selbsternannten „Jugend ohne Migrationshintergrund“ findet der früh ideologisierte Nachwuchs die passende politische Heimat. Als nationalistische Aktionsgruppen arbeiten die IB provokativ, sie besetzen Parteizentralen, klettern auf das Brandenburger Tor oder stören Anti-Rechts-Veranstaltungen. Wichtig ist der Überraschungsmoment und die mediale Aufarbeitung per Video. Identitäre Idee und Inszenierung funktionieren allein über die Sozialen Netzwerke. Per YouTube-Clip und Twitter-Meldung folgt ihnen eine junge Fangemeinde. Zur Festigung der Gruppen nach innen dient unter dem Schlagwort „Heimatliebe“ deutsches Brauchtum. Die Jugendlichen aus den völkischen „Sippen“ der Heide spielen dabei eine wichtige Rolle. In dem Buch „Kontrakultur“ der Identitären Bewegung wird das „versippte“ Gemeinschaftswesen verehrt: „Am Ende ist die Familie die engste Bande, die treueste Gang und das vertrauteste Widerstandsnest.“

Birkhild Theißen stammt aus so einer national gesinnten Großfamilie am Rande der Lüneburger Heide. 2010 berichtete die „Tageszeitung (taz)“ kritisch über die Erzieherin aus Mecklenburg, die an einer Kindertagesstätte in Lüneburg arbeitete. Ihr Fall wurde deutschlandweit publik. Die mehrfache Mutter wurde unfreiwillig mit ihrem politischen Background konfrontiert, Verantwortung dafür übernahm sie nicht. Theißen war früh in der Wiking-Jugend aktiv und verheiratet mit einem als gewaltbereit geltenden Anführer der NPD. Ihr Vater, der ein Antiquariat betreibt, bezeichnete die Familie als seinen „Lebensborn“. Die Stadt Lüneburg als Arbeitgeber stellte sie frei, sie sei bis heute nicht wieder in ihrem Beruf tätig. Im Februar 2018 veröffentlichte der bei YouTube als „Der Volkslehrer“ bekannte, in Berlin suspendierte, Grundschullehrer Nikolai Nerling ein Interview mit Theißen. Nerlings Videos werden zum Teil über 100.000 Mal angeklickt. Theißen sieht sich im Interview als unschuldiges Opfer einer Medienkampagne, gibt aber zu, sich bei der nationalsozialistisch orientierten Wiking-Jugend „sehr wohl gefühlt“ zu haben. Ihre Eltern hätten sie „bewusst zu der Gruppe gebracht“. Es sei nur darum gegangen „die Kultur zu erhalten“. „Ich habe Lieder gelernt, Volkstanz, Kompass und Karte, Kräuterkunde“. Die wegen ihrer aggressiv kämpferischen Grundeinstellung verbotene Jugendtruppe beschreibt sie wie eine harmlose Pfadfindergruppe. ■

## Mehr zum Thema

Kein Raum für Rechts (für die Prävention an Schulen, vom Niedersächsischen Sozialministerium gefördert):

[www.kein-raum-für-rechts.de](http://www.kein-raum-für-rechts.de)

Informationsdienst Blick nach Rechts:

[www.bnr.de](http://www.bnr.de)

## National-völkische Positionen in der AfD-Programmatik

# VIELFÄLTIGER RASSISMUS

RALF BEDUHN

*Der sportliche Startversuch entpuppte sich als krachender Fehlstart. Als Harm Rykena, der bildungspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, sich nach seiner Wahl in den Landtag im Jahr 2017 darum bewarb, in die Fußballmannschaft des Landtages aufgenommen zu werden, wurde ihm demonstrativ die Rote Karte gezeigt.*

Rykena weigerte sich nämlich, im Gegensatz zu den Kickern aus den anderen Fraktionen, eine Ehrenerklärung abzugeben, in der – angelehnt an den Ehrenkodex des DFB – versichert wurde, „man dulde keine Diskriminierungen, Belästigungen oder Beleidigungen aufgrund von Geschlecht, ethnischer Herkunft, Hautfarbe, Religion oder sexueller Orientierung und wolle Vielfalt auf und abseits des Platzes achten und fördern.“<sup>41</sup> Als Grund für seine Weigerung behauptete er: „Vielfalt ist im Alltag oft eine Belastung“, eine Belastung, die das „Zusammenleben erschwert“. In einem Interview im Magazin „Stern“ versuchte er nachfolgend, seine rassistische Haltung zu rechtfertigen. Rykena, der aus Ahlhorn im Landkreis Oldenburg stammt, führte zum Beispiel aus: „In meiner Gemeinde ist ein Ort besonders vielfältig, was die Menschen angeht. Dieser Ort kostet die Gemeinde die meisten Sozialgelder und verursacht die meisten sozialen Probleme.“ Somit lautete seine Schlussfolgerung: „Das Problem ist der Multikulturalismus. Dabei ist Multikulti schon lange gescheitert.“ Folgerichtig sei seiner Auffassung nach, den „Zuzug von weiteren kulturfremden Menschen erst einmal zu unterbinden, ... denn bei ganz vielen Punkten – ob Bildungspolitik, Kriminalität oder den Mietpreisen – hängen die Probleme mit der starken Zunahme von Vielfalt zusammen.“ Unter explizit positiver Bezugnahme auf Thilo Sarrazin, der beispielsweise in seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ der türkischen Bevölkerung pauschal einen geringeren Intelligenzquotienten unterstellt hatte, behauptete Rykena: „Je vielfältiger eine Schule ist, desto größer sind die Probleme, was das Unterrichtsniveau betrifft. Wenn man sich dann vor allem die Problemschulen anschaut, die sich gerade dadurch auszeichnen, dass sie einen unglaublich hohen Migrantanteil haben, liegt das Problem doch auf der Hand.“

## Wiederholungstäter

Knapp zwei Jahre später legte Rykena in einem Interview in der Nordwestzeitung (NWZ) zum Thema Mobbing noch einmal nach. Auf die Interviewfrage: „Woran liegt es, dass Mobbing (im Schulalltag) eher zu- als abgenommen hat?“, antwortete er: „Das liegt an der zunehmend heterogenen Schülerschaft. ... Unterschiede in der Herkunft, in der Sprache, im Sozialverhalten sind eben auch Anlass für Konflikte. Je vielfältiger unsere Klassen werden, desto mehr nehmen Konfliktsituationen zu und desto mehr Mobbingfälle wird es geben.“<sup>42</sup> Während er im Stern-Interview als Konsequenz noch eine Ausländer-Stopp-Strategie propagierte mit der Mahnung: „Deshalb sollten wir es nicht fördern, dass noch mehr Menschen aus bildungsfernen Schichten an unsere Schulen und in unsere Sozialsysteme kommen“<sup>43</sup>, forderte er nunmehr als Rezept für den Schulalltag: „Alle Lehrer sollten an verpflichtenden schulinternen Fortbildungen teilnehmen, die alle vier Jahre aufgefrischt werden müssen. Ähnlich, wie es bei den Erste-Hilfe-Kursen vorgeschrieben ist.“<sup>44</sup>

## Heftige Proteste

Es ist nicht erstaunlich, dass Rykena, der ehemalige Konrektor der Grundschule Ahlhorn, nicht nur in seiner Heimatregion, sondern weit darüber hinaus mit seinen kruden Aussagen heftige Gegenreaktionen provozierte. Eine (Ex-)Kollegin von Rykena schrieb zum Beispiel in einem Brief an die NWZ: „Immer wieder wird die Grundschule Ahlhorn mit Herrn Rykena und seinen Äußerungen in Verbindung gebracht. Davon möchte ich mich deutlich distanzieren. An unserer Schule wird Vielfalt, anders als Harm Rykena dies darstellt, als etwas Positives wahrgenommen. Die verschiedenen Kulturen sind in vielerlei Hinsicht eine Bereicherung für das Schulleben. Natürlich stellt es uns oftmals vor Herausforderungen, doch welche Art Lehrer wären wir, wenn wir Herausforderungen als etwas Negatives wahrnehmen und dies den Kindern auch noch vorleben, oder schlimmer, sie dies spüren lassen würden.“<sup>45</sup> Eine Sozialarbeiterin, die zudem in Osnabrück Migrationsforschung studierte, warf Rykena eine „emotionsgetriebene und komplexitätsreduzierte Argumentation“ vor und betonte: „Je größer die Vielfalt an Schulen ist, desto besser können die Schülerinnen und Schüler auf eine globalisierte und weltoffene Welt vorbereitet werden.“<sup>46</sup> Sogar Kultusminister Grant Hendrik Tonne nahm zu dem Konflikt Stellung und nannte Rykenas Einlassungen „blanken Rassismus“. Seine Äußerungen seien „schlicht Unsinn, weil durch nichts zu belegen“.

Stattdessen versuche Rykena, „simpelste Antworten auf schwierigste Sachverhalte“<sup>7</sup> zu geben.

## An der Seite von Faschisten

Manchmal sagen Bilder mehr als tausend Worte. Beispielsweise das Foto, das Rykena auf dem „Trauermarsch“ der extrem rechten Szene am 1. September 2018 in Chemnitz zeigt. Dort war wenige Tage vorher der 35-jährige Daniel Hiller nach einem Streit mit einem Syrer und einem Iraker ums Leben gekommen. Daraufhin rief der AfD-Fraktionsvorsitzende Björn Höcke zu einem „Trauermarsch“ auf, der sich mit etwa 8.500 Teilnehmer\*innen aus dem gesamten Bundesgebiet zu einem der größten extrem rechten Aufmärsche seit 1945 entwickelte. Ein Journalist beschrieb die Szenerie vor Ort wie folgt: „Die rechte Demonstration war durchsetzt mit unterschiedlichen Akteuren der extremen Rechten: Hooligans, NPD-Kader, Identitäre Bewegung, Pegida-Prominenz, eine Gruppe nannte sich ‚Adolf Hitler Hooligans‘. Einschlägige Nazi-Klamotten prägten das Äußere der Demonstrierenden. Nazi-Tattoos und Hitlergrüße waren keine Seltenheit.“<sup>8</sup> In der ersten Reihe dieses Aufmarsches, zusammen mit dem Faschisten Björn Höcke, den Pegida-Organisatoren Lutz Bachmann und Siegfried Däbritz sowie dem extrem rechten (Ex-)AfD-Kader Andreas Kalbitz sieht man – Harm Rykena. Auf diesen Umstand angesprochen, übte sich Rykena in der von der AfD-Führung verordneten Strategie der „Selbstverharmlosung“. Gegenüber der NWZ fabulierte er: „Ich sehe nicht, was das mit Radikalisierung zu tun hat. Ich habe nur ruhige, ausgeglichene Menschen gesehen“. Ärgerlich sei nur gewesen, dass sie „in zweieinhalb Stunden nur 500 Meter weit gekommen“ seien.<sup>9</sup> Was er dabei wohlweislich verschweigt, ist die Tatsache, dass es nach dem Stopp des Aufmarsches heftige gewalttätige Übergriffe auf Polizist\*innen, Journalist\*innen und Passant\*innen mit zahlreichen Verletzten gab. „Angesichts der Bilder kann niemand mehr ernsthaft behaupten, es handele sich bei der AfD lediglich um eine besonders konservative bürgerliche Partei“<sup>10</sup>, resümierte nach den Chemnitzer Vorfällen der Landtagsabgeordnete Deniz Kurku (SPD) aus Delmenhorst. Damit widersprach er explizit der von Rykena nach seiner Rückkehr aus

Chemnitz getroffenen Behauptung: „Ich bezeichne die Partei nach wie vor als konservative Partei.“<sup>11</sup>

## Mit Beamtenstatus

Angesichts der fortschreitenden politischen Radikalisierung der AfD stellt sich zunehmend die Frage, welche Folgen das für ihre verbeamteten Mitglieder haben kann. Hierzu hat kürzlich der Jurist Dr. Hendrik Cremer für das Deutsche Institut für Menschenrechte eine umfangreiche Studie vorgelegt.<sup>12</sup> Ausgangspunkt der Analyse sind für Cremer dabei die „unabdingbaren Grundlagen der Menschenrechte“, insbesondere der Artikel 1 Absatz 1 Grundgesetz: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Zur Gewährleistung dieses Grundsatzes ist das Diskriminierungsverbot zentral, wie es in Artikel 3 Absatz 3 GG verankert ist. Zweck des Diskriminierungsverbotes ist es, Angehörige strukturell diskriminierungsgefährdeter Gruppen vor Benachteiligung zu schützen. Es umfasst unter anderen das Verbot rassistischer Diskriminierung, was bedeutet, dass Menschen nicht in Anknüpfung an physische Merkmale wie Hautfarbe und Herkunft, aber auch Religionszugehörigkeit, benachteiligt werden dürfen. Angesichts dieser elementaren verfassungsrechtlichen Grundlagen stellt Cremer in seiner Studie fest: „In der AfD sind rassistische, national-völkische Positionen Bestandteil ihrer Programmatik sowie von Positionierungen durch Führungspersonen und Mandatsträger\*innen bis hin zur ausdrücklichen Befürwortung und der Ankündigung von Gewalt zur Erreichung ihrer Ziele.“<sup>13</sup> Sein Fazit: „Personen, die sich gegen den Grundsatz der gleichen Menschenwürde und der Rechtsgleichheit eines jeden Individuums wenden, dürfen nicht verbeamtet werden oder verbeamtet bleiben ... Andernfalls würde der Rechtsstaat nicht nur unglaubwürdig, er riskiert vielmehr – möglicherweise schleichend – seine eigene Existenz.“<sup>14</sup>

Nachtrag: Rykena landete bei dem Listenaufstellungs-Parteitag am 2. und 3. Juli in Brettorf (Landkreis Oldenburg) auf Platz 9. Sollte die AfD bei der Landtagswahl im Oktober weniger als 6 Prozent bekommen, wird er vermutlich nicht mehr im Landtag vertreten sein. ■

<sup>1</sup> „Dieses und nachfolgende Zitate in: [www.stern.de/neon/wilde-welt/politik/afd-politiker-harm-rykena](http://www.stern.de/neon/wilde-welt/politik/afd-politiker-harm-rykena)

<sup>2</sup> NWZ 21. Januar 2020.

<sup>3</sup> <https://stern.de>, ebd.

<sup>4</sup> NWZ ebd.

<sup>5</sup> NWZ 25. Januar 2020.

<sup>6</sup> Ebd.

<sup>7</sup> Z.n. ebd.

<sup>8</sup> [www.freitag.de/autoren/jakob-reimann-justicenow/hier-wird-deutsch-gesprochen](http://www.freitag.de/autoren/jakob-reimann-justicenow/hier-wird-deutsch-gesprochen)

<sup>9</sup> NWZ 6. September 2018.

<sup>10</sup> Ebd.

<sup>11</sup> Ebd.

<sup>12</sup> Hendrik Cremer: Rassistische und rechtsextreme Positionierungen im Dienste des Staates? Warum ein Eintreten für die AfD mit der verfassungsrechtlichen Treuepflicht nicht vereinbar ist. Berlin, Februar 2022.

<sup>13</sup> Ebd., S. 29.

<sup>14</sup> Ebd., S. 47.

Aktuell nötiger denn je

# FÜR ALLE BILDUNGSBEREICHE GILT: NAZIS RAUS!

RALF BEDUHN

*Eine Frage drängt sich zunehmend auf: Wie kann verhindert werden, dass mehr und mehr extrem rechte Aktivist\*innen in den Schul- beziehungsweise Staatsdienst einsickern? Und wie ist mit Personen umzugehen, die schon im Amt sind und außerhalb ihrer unmittelbaren dienstlichen Tätigkeit immer wieder mit antidemokratischen, rassistischen, antisemitischen oder sogar explizit faschistischen Statements auffällig werden?*

Eine eindeutige Haltung zu dieser Frage bezieht der Jurist und wissenschaftliche Mitarbeiter des renommierten Deutschen Instituts für Menschenrechte, Dr. Hendrik Cremer. In seiner im Februar 2022 veröffentlichten Studie<sup>1</sup> zieht er ein klares Fazit: „Personen, die sich gegen den Grundsatz der gleichen Menschenwürde und Rechtsgleichheit eines jeden Individuums wenden, dürfen nicht verbeamtet werden oder verbeamtet bleiben, gleiches gilt für Richter\*innen und Soldat\*innen bei der Bundeswehr. Das gilt auch, wenn sie sich dabei Positionen nicht verbotener Parteien anschließen.“<sup>2</sup> In seiner Analyse beschäftigt sich Cremer ausführlich mit der Programmatik, öffentlichen Äußerungen führender Funktionär\*innen sowie dem unverkennbaren Radikalisierungsprozess der AfD und gleicht seine Erkenntnisse mit den Kernelementen des Grundgesetzes ab. Sein Resümee: Die Partei „vertritt rassistische Positionen, die mit Artikel 1 Absatz 1 und Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz unvereinbar sind und richtet sich damit gegen fundamentale Normen der Menschenrechte, die für die freiheitlich demokratische Grundordnung des Grundgesetzes konstituierend sind. Darüber hinaus hat sich die AfD zu einer rechtsextremen Partei entwickelt, in der Führungspersonen und Mandatsträger\*innen explizit Gewalt zur Erreichung ihrer Ziele propagieren.“<sup>3</sup>

## „Berufsverbote“-Revival?

Erheblich an Fahrt aufgenommen hat die Debatte zum Umgang mit extrem rechten Aktivist\*innen seit dem Auf-

fliegen der Reichsbürger-Terrortruppe, aber auch, nachdem im August 2022 in Brandenburg die „Kenia“-Koalition einem Gesetzentwurf von Innenminister Michael Stübgen (CDU) zugestimmt hatte, der vorsieht, Bewerber\*innen für den öffentlichen Dienst vor ihrer Einstellung vom Verfassungsschutz überprüfen zu lassen. Bei Beamt\*innen, die bereits im Dienst sind, soll es bei Auffälligkeiten eine Anfrage geben.<sup>4</sup> Der DGB Berlin-Brandenburg hat zu der Gesetzesinitiative eine ausführliche Stellungnahme vorgelegt<sup>5</sup>, in der berechtigte Bedenken und Kritik, zum Teil aber ebenfalls problematische Einschätzungen vorgetragen werden.

Auch der Bundesausschuss der Initiativen gegen Berufsverbote hat eine Stellungnahme vorgelegt. In ihr werden, mit Bezug auf die Berufsverbotepraxis zwischen 1972 und 1985, generell Berufsverbote abgelehnt.<sup>6</sup> Das kann aufgrund der traumatischen persönlichen Erfahrungen der damaligen Opfer zwar nachvollzogen werden, ist aber angesichts der fortschreitenden massiven Bedrohungslage durch extrem rechte Kreise politisch fatal. Denn diese Haltung hat zur Folge, dass man meint, die Demokratie zu schützen, indem man im Endeffekt auch Faschist\*innen Gestaltungsräume für ihre menschenfeindlichen Aktivitäten einräumt. Der Fachjournalist Andreas Speit merkte dazu jüngst an: „Die Demokratie‘ müsse das aushalten, wird gerne souverän erklärt. Die Erklärenden scheinen aber selten jene zu sein, die nichts aushalten müssen. Sie werden nicht alltäglich auf der Straße bedroht, weil sie eben nicht ‚Deutschland. Aber normal‘ sind [...]“<sup>7</sup>

## Prüfinstanz Verfassungsschutz?

Dem DGB Berlin-Brandenburg ist ausdrücklich zuzustimmen, wenn er sich skeptisch dazu äußert, ausgerechnet den Verfassungsschutz (VS) zur zentralen Prüfinstanz für einen Verfassungstreue-Check zu machen. Nach dem Auffliegen des NSU-Mordtrios und den Verwicklungen des Inlandsgeheimdienstes wurde zurecht die Forderung nach Abschaffung dieser skandalträchtigen Behörde erhoben<sup>8</sup>. Andererseits observierte die niedersächsische Behörde verfassungswidrig Journalist\*innen (zum Beispiel Andrea Röpke) und den linken Anwalt Sven Adam. Der VS hat somit „im Kampf gegen rechts oft genug bewiesen, Teil des Problems zu sein.“<sup>9</sup>

## Rassist im Schuldienst

„Wenn ich aus meinem Büro auf den Pausenhof schaue, dann sehe ich dort unsere Schüler spielen. Und ich denke

mir jedes Mal, verdammt noch mal, es darf nicht sein, dass wir unsere Jugend in die Hölle der multikulturellen Gesellschaft schicken.“<sup>10</sup> Dieses Statement stammt vom niedersächsischen AfD-Funktionär Thorsten Althaus im Rahmen seiner Bewerbungsrede für den AfD-Landesvorstand im September 2020.

Althaus ist Geschichtslehrer am Hölty-Gymnasium und am Kaiserin-Auguste-Viktoria-Gymnasium in Celle. Als das Video mit seiner rassistischen Äußerung an der Schule bekannt wurde, fürchteten Schüler\*innen mit Migrationshintergrund, von Althaus unfair beurteilt zu werden, und Eltern legten Beschwerde ein. Doch die Landesschulbehörde wertete die Äußerungen von Althaus offenbar als „unproblematisch“<sup>11</sup> und verwies „auf das Grundrecht der freien Meinungsäußerung.“ In der Schule „scheint er nach jetziger Erkenntnis nicht zu agitieren“, erklärte die Sprecherin der Landesschulbehörde gegenüber dem NDR. Auch die Schulleiterin des Hölty-Gymnasiums erklärte verharmlosend, Althaus sei einer der Dienstältesten und habe sich immer korrekt verhalten. Diese Bewertungen verdeutlichen exemplarisch das leider nicht gerade seltene Versagen von Vorgesetzten gegenüber extrem rechts orientierten Beamt\*innen. Im Gegensatz dazu betont Hendrik Cremer in seiner Studie: „Für Beamt\*innen besteht die Pflicht, sich durch ihr gesamtes Verhalten – das heißt inner- und außerdienstlich – zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu bekennen. Darüber hinaus haben Beamt\*innen bei politischer Betätigung die Grundsätze der Mäßigung und Zurückhaltung zu wahren.“<sup>12</sup> Doch Althaus belässt es nicht bei rassistischen Äußerungen. Er ist vielmehr ein umtriebiger Unterstützer Björn Höckes und des (schein)aufgelösten „Flügels“. So war er zum Beispiel an der Organisation

eines Auftritts Höckes am 15. April 2020, dem Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen, in Bissendorf/Wedemark beteiligt. Aktiver Unterstützer war Althaus auch bei dem konspirativen Treffen am 20. Februar 2021 in Verden, bei dem niedersächsische AfD-Funktionäre die Reaktivierung des (schein-)aufgelösten Höcke-Flügels anstrebten und geheime Parallelstrukturen zum AfD-Landesvorstand sowie den Kreisvorständen aufbauen wollten.<sup>13</sup> Während der Corona-Pandemie war Althaus in die Desinformationskampagne der AfD zum Thema Corona involviert, sei es im Rahmen einer Plakataktion, bei der auf einem Foto gezeigt wird, wie er sich eine Maske vom Gesicht zieht und fordert: „Die Corona-Diktatur muss beendet werden!“ Treffend kommentierte der ehemalige Leiter der KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen, Jens-Christian Wagner: „Mit der Gleichsetzung der Corona-Schutzmaßnahmen mit einer Diktatur hat Herr Althaus bewiesen, dass er ganz offensichtlich weder über Geschichtsbewusstsein noch über historisches Urteilsvermögen verfügt und damit nicht über die Grundvoraussetzungen, die ein Geschichtslehrer mitbringen sollte.“<sup>14</sup> Doch was ist zu tun, um extrem rechte Führungskader aus dem öffentlichen Dienst herauszuhalten, wenn der Verfassungsschutz keine verlässliche Institution ist und Dienst-vorgesetzte beispielsweise im Schuldienst verharmlosend reagieren? Dann bleibt nur noch der öffentliche Druck über eine hartnäckige Zivilgesellschaft, die extrem rechte Aktivitäten aufdeckt und konsequentes Handeln einfordert. Denn als Warnung sollte über allem stehen, was Joseph Goebbels in seinem Tagebuch vermerkte: „Es wird immer einer der besten Witze der Demokratie bleiben, dass sie ihren Todfeinden die Mittel selbst stellte, durch die sie vernichtet wurde.“<sup>15</sup> ■

<sup>1</sup> Hendrik Cremer: Rassistische und rechtsextreme Positionierungen im Dienste des Staates? Berlin 2022.

<sup>2</sup> Ebd. S. 47.

<sup>3</sup> Ebd., S. 46.

<sup>4</sup> Vgl. Tagesspiegel, 1. Dezember 2022, S. 14.

<sup>5</sup> Schriftliche Stellungnahme des DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg. (Pressemitteilung vom 30. November 2022).

<sup>6</sup> Es drohe „ein Dammbbruch und eine neue Welle von Berufsverboten“ (Pressemitteilung vom 1. September 2022).

<sup>7</sup> Andreas Speit: Feinde der Demokratie. In: Der Rechte Rand, Nr. 199/2022.

<sup>8</sup> Zur Skandalgeschichte des Niedersächsischen Verfassungsschutzes vgl.: Kai Budler: Geschichte einer Skandalbehörde. In: Der Rechte Rand Nr.146/2014.

<sup>9</sup> Nathalie Meyer: Nationale Rechtspflege. In: Der Rechte Rand, Nr. 199/2022.

<sup>10</sup> Z. n. [www.mopo.de/im-norden/aufregung-an-schule-afd-lehrer-poebelt-gegen-corona-diktatur-und-multi-kulti-hoelle-3763918](http://www.mopo.de/im-norden/aufregung-an-schule-afd-lehrer-poebelt-gegen-corona-diktatur-und-multi-kulti-hoelle-3763918)

<sup>11</sup> Diese und nachfolgende Zitate ebd.

<sup>12</sup> Cremer, ebd., S. 16.

<sup>13</sup> Vgl. [www.rundblick-niedersachsen.de/afd-ist-althaus-die-schluesselfigur-der-rechten-verschwoerung](http://www.rundblick-niedersachsen.de/afd-ist-althaus-die-schluesselfigur-der-rechten-verschwoerung)

<sup>14</sup> Z. n. MoPo, ebd.

<sup>15</sup> Z. n. Literatur-Spiegel, September 2017, S. 12.

## Privatsache Bildung?

# IM WUNDERLAND RECHTER LIBERTÄRER

RALF BEDUHN

*Völlige Privatisierung der Schulen und Hochschulen? Gelegentlich hört oder liest man Stellungnahmen, bei denen einem spontan die Äußerung ent-schlüpft: „Hallo, jetzt ist aber mal gut!“ Dieser spontane Abwehrreflex ist sicher-lich angebracht, wenn man beispiels-weise die Broschüre „Bildungsvielfalt statt Bildungseinfalt“ von Tomasz M. Froelich liest.*

Wir haben in Deutschland bekanntlich eine weitreichen-de Meinungsfreiheit, weshalb auch jeder Schrat seine obskuren Ansichten verbreiten darf. Aber bei Froelich handelt es sich keinesfalls um jemanden, der ein völlig belangloses Nischendasein führt. Denn er ist in Brüssel Bürovorsteher des AfD-Europaabgeordneten Jörg Meuthen. Und zudem ist er, wie er in seiner bildungspoliti-schen Broschüre selbst schreibt, bekennender „Anarcho-kapitalist“.

Dabei lehnt sich Froelich eng an den US-amerikanischen anarcho-libertären Staatstheoretiker Murray Rothbard an, für den „jeder Staat... durch einen Prozess von Ge-walt, Eroberung und Ausbeutung, kurzum auf eine Art, (die) individuelle Rechte verletzte“, entstanden sei.<sup>1</sup> Folglich seien, so Froelich, „Staatsgründungen nicht zu-letzt Akte der Aggression und ihrem Wesen nach fol-glich kriminell.“<sup>2</sup> Und da die staatlichen Institutionen ihren Aufgaben nur nachkommen können, wenn sie Steuern erheben, ist laut Rothbard „die Besteuerung Diebstahl, schlicht und einfach. Sie ist Zwangspfändung des Eigen-tums der Staatseinwohner bzw. seiner Untertanen.“<sup>3</sup> So gesehen sei der „Staat, der von der Besteuerung lebt, eine riesige kriminelle Vereinigung, weit größer und er-folgreicher als irgendeine ‚private‘ Mafia in der Geschich-te.“<sup>4</sup>

Derartig krude Thesen gehen weit über das hinaus, was man immer wieder aus den Reihen der sogenannten „wirtschaftsliberalen“ Kreise hört („Privat geht vor Staat! Steuersenkungen jetzt! Gegen Sozialstaatsextremis-mus!“). Denn Froelich will noch einen radikalen Schritt

weiter gehen: er strebt die Abschaffung sämtlicher staat-licher Institutionen und – in Anlehnung an Hans-Werner Hoppe – die Etablierung einer „Privatrechtsgesellschaft“ an. Im Klartext: jeder wäre sich dann selbst der nächste und Bildung, Gesundheitsversorgung, Alterssicherung, Sicherheit (durch Privatmilizen) und ähnliches müssten privat organisiert werden. Also Sozialdarwinismus pur ohne jegliche staatliche Sicherungen und Verantwort-lichkeiten.

## Entstaatlichung des Bildungswesens

Um seine Zukunftsvisionen argumentativ zu untermau-ern, konstruiert Froelich ein Zerrbild der gegenwärtigen Bildungslandschaft und des in den Schulen lehrenden Personals. Durchgängig benutzt er den Terminus eines alles beherrschenden staatlichen „Bildungsmonopols“, wobei er beflissentlich unterschlägt, dass ja bereits in zunehmendem Maße erhebliche Teile unseres Bildungswesens privatisiert (und staatlich bezuschusst) sind. Das Statistische Bundesamt verzeichnete für das Schuljahr 2019/20 mit 3.681 allgemeinbildenden Privatschulen einen Anteil von 11,4 Prozent, inklusive der privaten be-ruflichen Schulen sogar von 14 Prozent. Vor allem in den östlichen Bundesländern ist der Anteil der privaten Bil-dungsinstitutionen zum Teil noch erheblich höher; so ist „in Mecklenburg-Vorpommern knapp jede fünfte allge-meinbildende Schule in privater Hand, in Sachsen knapp die Hälfte der Berufszentren.“<sup>5</sup> Diese Tendenzen zu einer Privatisierung des Bildungswesens dürften Froelich ge-fallen. Denn „jeder Schritt weg vom Staat in Richtung Freiheit ist begrüßenswert. Konkret auf das Bildungs-wesen bezogen heißt das: Aufhebung der Schulpflicht, Erlaubnis alternativer und privater Bildungsangebote und -methoden, wie etwa Homeschooling und in letzter Konsequenz die komplette Entstaatlichung des Bildungs-wesens zugunsten seiner Privatisierung. Es wäre jedoch naiv anzunehmen, dass der Staat das einfach zulassen würde. Deshalb gilt es, ihm die Zügel zu entwenden.“<sup>6</sup> Allerdings könne gegenwärtig „von einem Aufstand der Massen gegen das staatliche Bildungssystem wahrlich nicht die Rede sein.“<sup>7</sup>

## „Handlanger des Staates“

Ursache für die mangelnde Rebellion sei wiederum das staatliche Bildungsmonopol, orchestriert von der Rolle der Pädagog\*innen als „Handlanger des Staates“. Denn „um den Staatsglauben allen näher zu bringen, zwingt

der Staat die Eltern durch (die)... Schulpflicht, sein Bildungsangebot wahrzunehmen. Kinder und Jugendliche würden durch den Schulzwang halbtägig zu „Staatseigentum“ (Froelich), was nichts anderes bedeuten würde, als ein „vom staatlichen Gewaltmonopol betriebenes Massenkidnapping der Kinder und Jugendlichen zum Zwecke der beliebigen Indoktrination.“<sup>8</sup> Ist diese Argumentation schon kaum erträglich, so wird es bei Froelichs Charakterisierung des lehrenden Personals an den Schulen nur noch beleidigend. Angeblich würden die im Staatsdienst beschäftigten Lehrer\*innen den „freien Bildungsmarkt, auf dem nach Leistung und Bedarf bezahlt werden würde“ ablehnen, da diese sich ihrer „Unfähigkeit“ und ihres „mangelnden Talents“ bewusst seien und deshalb den „Wettbewerb mit fähigeren und talentierteren Mitstreitern“ vermeiden wollten. „Für unfähige Pädagogen, Lehrer und Wissenschaftler bietet daher das staatliche Bildungswesen mit all seinen Privilegien... den idealen Arbeitsmarkt“<sup>9</sup>, weshalb bei ihnen die ausgeprägte Tendenz vorherrsche, „gegen den Ruf nach mehr Markt und weniger Staat entschieden vor(zu)gehen.“<sup>10</sup>

### Radikale in AfD-Netzwerken

Es stellt sich die Frage, weshalb der Bundesvorsitzende und EU-Parlamentarier Jörg Meuthen an einen radikalen Ideologen wie Tomasz M. Froelich einen einflussreichen Posten vergibt. Denn Meuthen ist sicherlich kein „Anarchokapitalist“, er vertritt stattdessen eher sogenannte „marktradikale“ Positionen, die von dem Sozialforscher Prof. Andreas Zick auch schon mal als „marktförmiger Ex-

tremismus“ bezeichnet werden. Allerdings ist die „Causa Froelich“ keineswegs eine Ausnahme, im Gegenteil. Denn die AfD beschäftigt zum Beispiel in der Bundestags- und den Landtagsfraktionen zahllose radikale junge Mitarbeiter, die ehemals Mitglieder der NPD, der Identitären Bewegung, der extrem rechten Burschenschaftsszene oder ähnlichem waren. Und auch die staatsfeindlichen bildungspolitischen Phantasien des Bürochefs von Jörg Meuthen sind keineswegs völlig außerhalb des AfD-Universums. Die „Minimalstaats“-Konzeption im AfD-Grundsatzprogramm von 2016 stellt unter anderem die ersatzlose Streichung des Bildungsministeriums in Aussicht. Explizite Unterstützung finden die Visionen Froelichs durch den Oldenburger AfD-Aktivist Enno Samp. Samp tritt in jüngster Zeit immer wieder als Aktivist bei Querdenken-Aktionen in der Region in Erscheinung<sup>11</sup>. Beruflich ist Samp im Musikmanagement tätig, unter anderem für die Deutsche Kammerphilharmonie Bremen und als (ehemaliger) Pressesprecher der Kinderband „Blindfische“. Seit 2017 hat er es sich zudem zur Aufgabe gemacht, die Kinderbuch-Reihe „Tuttle Twins“ ins Deutsche zu übersetzen und zu vertreiben. Autor dieser inzwischen siebenbändigen Kinderbuchreihe ist der US-Amerikaner Connor Boyack, Gründer und Präsident des libertären Libertas Institute in Utah. Schon in der Buchankündigung des ersten Bandes mit dem Titel „Die Tuttle Zwillinge und das Gesetz“ wird deutlich, welche Ausrichtung die durchgängig im Comic-Stil präsentierte Buchreihe hat. Demnach „lernen die Kinder in diesem Buch unter anderem, dass Steuern Diebstahl und somit unethisch sind.“<sup>12</sup> ■

<sup>1</sup> Murray Rothbard: Die Ethik der Freiheit. Sankt Augustin 2000, S. 231; z.n. Tomasz M. Froelich: Bildungsvielfalt statt Bildungseinfalt. Fürstenberg 2015, S.21.

<sup>2</sup> Froelich, ebd. S. 22.

<sup>3</sup> Rothbard, z.n. Froelich, ebd. S.22

<sup>4</sup> Ders., z.n. Froelich, ebd.

<sup>5</sup> Erziehung und Wissenschaft 02/21, S. 18.

<sup>6</sup> Froelich, ebd. S.88.

<sup>7</sup> Ebd. S.53

<sup>8</sup> Roland Baader: Totgedacht. Warum Intellektuelle unsere Welt zerstören. Gräfelfing 2002, S. 85; z.n. Froelich, ebd. S. 34.

<sup>9</sup> Froelich, ebd. S. 54

<sup>10</sup> Ebd.

<sup>11</sup> Vgl. [www.nikaolwhv.blackblogs.org/2020/12/31/update-was-treibt-die-afd-in-wilhelmshaven-oldenburg-und-umzu](http://www.nikaolwhv.blackblogs.org/2020/12/31/update-was-treibt-die-afd-in-wilhelmshaven-oldenburg-und-umzu)

<sup>12</sup> [www.kinder-der-freiheit.com](http://www.kinder-der-freiheit.com)

## Wahlrecht nur noch für Wohlhabende?

# DER VERGOLDETE SAUM DES RECHTEN RANDES

RALF BEDUHN

*Die Faktenlage ist eindeutig. Aktuelle Forschungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zufolge ist die extreme soziale Spaltung in Deutschland noch ausgeprägter als bisher angenommen. Während die materielle Lage der Unter- und Mittelschichten immer schon gut erforscht wurde, gab es bisher erhebliche Datenlücken bei Millionären und Milliardären.*

Das hängt auch damit zusammen, dass ab 1997 keine Vermögenssteuer mehr erhoben wurde und somit die Datengrundlage erheblich ausgedünnt ist. Doch verstärkend kommt hinzu, dass Millionäre und Milliardäre „kaum zu bewegen sind, über ihr Vermögen freiwillig Auskunft zu geben.“<sup>1</sup>

Die DIW-Studie hat nun Licht in dieses Dunkel gebracht. Demnach besitzt das reichste ein Prozent der deutschen Bevölkerung 35,3 Prozent des Netto-Gesamtvermögens. Bisher war man von „nur“ 22 Prozent ausgegangen. Und die obersten zehn Prozent der Deutschen besitzen 67,3 Prozent. Bisherige Untersuchungen kamen auf einen Wert von 58,9 Prozent.<sup>2</sup>

Doch es gibt – im Wortsinne – einflussreiche Kreise, denen diese krasse soziale Ungleichheit immer noch nicht reicht. Sie blicken nicht nur mit Verachtung auf die zahllosen Verarmten und Abgehängten, sondern träumen von einem Staatswesen, das ihrer ungebremsten Habsucht erheblich weitere Freiräume bietet. Dazu bedürfe es einer radikalen Umgestaltung der parlamentarischen Demokratie, in einer Extremversion sogar die vollständige Abschaffung staatlicher Strukturen hin zu einem „Anarcho-Kapitalismus“ auf rein privatrechtlicher Grundlage.<sup>3</sup> Wer nun glaubt, das seien Hirngespinnste völlig isolierter sozialdarwinistischer Spinner, die nicht weiter zu beachten sind, sieht sich getäuscht. Ein wichtiger Propagandist einer autoritären Wende in Richtung Raubtierkapitalismus ist der auch als „Crash-Prophet“ titulierte Unternehmensberater Markus Krall. Krall veröffentlichte im Frühjahr 2020 das Buch „Die bürgerliche Revolution“, eine Publikation, die sofort nach Erscheinen auf Platz 2 der SPIEGEL-Bestseller-

liste sprang und sich mehrere Wochen in den oberen Regionen der meistverkauften Sachbücher hielt. Auch wenn man davon ausgehen kann, dass nicht alle Käufer\*innen des Bestsellers Fans der Krall'schen Propaganda sind, wirkt dieser Verkaufserfolg doch ein beunruhigendes Schlaglicht auf die Seelenlage des „verrohten Bürgertums“ (Heitmeyer) in diesem Lande.

## „Es wählt, wer beiträgt“

In Hinblick auf Wahlrechtsveränderungen will Krall nach der von ihm gewünschten „Konterrevolution“ die Menschen radikal nach Nützlichkeit und Produktivität sortieren. „Es wählt, wer beiträgt“<sup>4</sup>, lautet sein Credo. Das bedeutet: alle diejenigen, die Geld vom Staat annehmen, also Rentner\*innen, Student\*innen, Hartz-IV-Empfänger\*innen, Beamt\*innen und so weiter, aber auch staatlich subventionierte Unternehmer\*innen und deren Beschäftigte, werden als „unmündig“ erklärt und verlieren ihr Wahlrecht. Denn das gegenwärtige Wahlrecht führe zu einer Tyrannei der Mehrheit mit der Folge einer „Beraubung der Minderheit“.<sup>5</sup> Derartige bizarre Vorstellungen sind nicht neu, sondern sie wabern schon länger im Milieu eines „wirtschaftslibertären“ Bürgertums. Schon Friedrich Karl Hayek, Nobelpreisträger in Wirtschaftswissenschaften, hatte gefordert: „Wer Geld vom Staat erhält, darf nicht wählen.“<sup>6</sup> Ganz in diesem Sinne hatte der Herausgeber des „libertären“ Magazins „eigentümlich frei“, André Lichtschlag, 2006 in einem Beitrag für die Tageszeitung Die Welt einen „Wahlrechtsentzug für die Unproduktiven“ ange-regt.<sup>7</sup> Karl Adam, ab 2013 zusammen mit Bernd Lucke und Frauke Petry Mitglied im dreiköpfigen Gründungsvorstand der AfD, äußerte daraufhin in einem Leserbrief Sympathie für die Überlegungen Lichtschlags, denn, so Adam: „Das Übergewicht der Unproduktiven ... zerstört den Willen zur Zukunft.“<sup>8</sup>

## „Finale Auseinandersetzung“

Markus Krall hat bereits wiederholt einen Crash des herrschenden Wirtschaftssystems vorausgesagt. Sein Szenario in diesem Zusammenhang: „Wenn sich die Wirtschaftskrise entfaltet, wird es zur finalen Auseinandersetzung kommen. Einige Tausend zu allem entschlossene, gewaltbereite Fußtruppen der Antifa, verstärkt durch ein Heer gewaltbereiter Islamisten, stehen dann gegen die bürgerliche freiheitliche Ordnung in Europa. Sie werden die Not, die Arbeitslosigkeit, die Existenzangst der Menschen im Sinne einer kommunistischen Revolution zu nutzen suchen. Es stellt sich dann die

Frage nach unserer freiheitlichen und zivilisatorischen Existenz. Dann stellt sich die Frage nach der Konterrevolution.<sup>9</sup> Und wenn Krall von Konterrevolution spricht, dann „geht es um eine blutige Revolution, in der das bestehende System, welches Krall als ‚sozialistisch‘ bezeichnet, durch ein ‚freies‘ ersetzt werden soll.“ (Kemper)

In einem von Krall entworfenen 100-Tage-Programm nach dem Sieg der „bürgerlichen Revolution“ springt die Mischung aus Demokratiefindlichkeit und Klassismus ins Auge. „Eigentum verpflichtet, es kapitalistisch einzusetzen“<sup>10</sup>, lautet dabei seine Leitlinie, eine weitere, die „Ochlokratie“, das heißt die „Herrschaft der Minderwertigen“, zu beenden und den Einfluss und die Bedeutung staatlicher Institutionen weitgehend zurückzudrehen. Das angestrebte Ziel lautet „Minimalstaat“, soll heißen, der Staat wird so lange beschnitten, bis die „Heilungskräfte des marktwirtschaftlichen Immunsystems sich gegen den Krebs der Umverteilung“<sup>11</sup> durchgesetzt haben. Nach der Direktwahl eines Kanzlers soll dieser dann vier Minister ernennen, und zwar für die Ministerien Äußeres, Verteidigung, Finanzen und Inneres/Justiz. Alle anderen Ministerien werden „ersatzlos gestrichen“. Auch ein derartiges Staatskonzept ist nicht neu. So forderte beispielsweise Marcus Pretzell, Ex-Landeschef der AfD in NRW, MdEP bis 2019 und Sympathisant der Strömung „Libertäre Alternative“, schon 2015 die Etablierung eines „Minimalstaates“. Das hätte eine radikale Privatisierung elementarer Lebensbereiche (Alterssicherung, Gesundheit, Bildung, Kultur, Wohnen und so weiter) zur Folge und eine damit einhergehende massive Senkung der Staatsquote; nach den Vorstellungen Kralls in Höhe von lediglich 12,5 Prozent, wie im deutschen Kaiserreich<sup>12</sup>. Und die Orientierung am Kaiserreich treibt noch weitere Blüten. Krall schwebt nämlich die Wiedereinführung der Monarchie vor, konkret die Wahl eines Königs auf Lebenszeit, wobei dieser Monarch ein Vetorecht besitzen soll gegenüber den Gesetzesvorlagen, die von dem nach Mehrheitswahlrecht auf lediglich 201 Abgeordnete reduzierten Parlament beschlossen werden. Auch mit dieser Idee befindet sich Markus Krall keineswegs völlig im politischen Abseits. So wurden beispielsweise im Internet-Blog „Freie Welt“ des Ehepaars Sven und Beatrix von Storch (ehemals: Beatrix Prinzessin von Oldenburg) bereits in der Gründungsphase der AfD die Bücher Friedrich Carl Albrechts, in denen er die Wiedereinrichtung einer Monarchie fordert, auffallend positiv besprochen<sup>13</sup>. Und Friedrich Carl Albrecht ist immerhin der Bruder des früheren niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht, dem Vater der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.<sup>14</sup>

### „Natürlich gibt es Klassenkampf“

Es deutet vieles darauf hin, dass Kralls wichtigster Protegé der Multimilliardär Baron August von Finck ist. Baron von Finck, der schon in der Vergangenheit durch finanzielle Zuwendungen an rechtslastige (Bund freier Bürger) und radikal rechte Parteien (AfD) bekannt wurde<sup>15</sup>, ist unter

anderem Besitzer der Firma Degussa Goldhandel. Seit September 2019 ist Markus Krall Hauptgeschäftsführer dieses Unternehmens. Allerdings geht der Kenner und Kritiker der AfD und ihrer Hintergrundstrukturen, Andreas Kemper, davon aus, dass die Haupttätigkeit Kralls nicht darin besteht, Goldbarren gewinnbringend zu verkaufen. Es fällt nämlich auf, dass Krall erhebliche Zeit dafür verwendet, in Vorträgen Werbung für eine „Bürgerliche Revolution“ zu machen. Bereits einen Tag nach seiner Ernennung zum Degussa-Manager reiste er zu einem Vortrag bei der AfD-Fraktion in Schleswig-Holstein. Und in den folgenden Wochen sind zahlreiche weitere Vorträge zum Beispiel bei verschiedenen Sektionen der Hayek-Gesellschaft (so in Hannover und Oldenburg) nachweisbar. Deshalb wirft Kemper die Frage auf, ob es sich bei Degussa Goldhandel, unter dessen Dach sich auch der libertäre Thinktank Mises-Institut und das Netzwerk „Atlas Initiative“ befinden, nicht im Kern um eine politische Organisation handelt. Denn natürlich bereiten sich auch die Reichen und Privilegierten auf zukünftige ökonomische Krisen und politische Verwerfungen vor. Und es gilt nach wie vor die Feststellung des US-amerikanischen Multimilliardärs Warren Buffet: „Natürlich gibt es Klassenkampf. Und den führen wir von oben. Und wir werden gewinnen.“ ■

<sup>1</sup> Ulrike Herrmann: Die wenigen Reichen besitzen fast alles. In: taz, 16. Juli 2020.

<sup>2</sup> Alle Daten ebd.

<sup>3</sup> Vgl. Hans-Werner Hoppe: Der Wettbewerb der Gauner. Vom Unwesen der Demokratie und dem Ausweg in die Privatrechtsgesellschaft. 2013.

<sup>4</sup> Markus Krall, Rede beim Hayek-Klub Hannover, Herbst 2019. Als Video-Mitschnitt unter: [www.heimdallwardablog.wordpress.com/atlas-initiative](http://www.heimdallwardablog.wordpress.com/atlas-initiative)

<sup>5</sup> Ebd.

<sup>6</sup> Z. n. [www.andreaskemper.org/2020/09/04/markus-kralls-demokratiefindlichkeit](http://www.andreaskemper.org/2020/09/04/markus-kralls-demokratiefindlichkeit)

<sup>7</sup> Z. n. Andreas Kemper: Rechte Euro-Rebellen, 2013, S.67.

<sup>8</sup> Z. n. ebd.

<sup>9</sup> Markus Krall: Die bürgerliche Revolution. 2020, S.21.

<sup>10</sup> Rede Krall, ebd.

<sup>11</sup> Ebd. Auch das Grundsatzprogramm der AfD (beschlossen am 1. Mai 2016) fordert eine „Konzentration auf die vier klassischen Gebiete: Innere und äußere Sicherheit, Justiz, Auswärtige Beziehungen und Finanzverwaltung. Aufgaben jenseits dieser vier Kerngebiete bedürfen besonderer Rechtfertigung.“

<sup>12</sup> Vgl. i. F. Rede Krall, ebd.

<sup>13</sup> Vgl. zum Beispiel Friedrich Carl Albrecht: Was nun, Deutschland? 2012.

<sup>14</sup> Vgl. Kemper, 2013, S.65.

<sup>15</sup> Vgl. [www.lobbypedia.de/wiki/August\\_von\\_Finck](http://www.lobbypedia.de/wiki/August_von_Finck)

Desiderius-Erasmus-Stiftung

# STAATLICHE FÖRDERUNG FÜR VOLKSVERHETZER

RALF BEDUHN

*Die Fördersumme ist erheblich: Vorläufige Schätzungen gehen von 70 Millionen Euro aus. So viel staatliche Zuschüsse soll die AfD-affine Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES) erhalten; eine Stiftung, die von „Rassentheoretikern, Verschwörungsideologen, völkischen Pseudowissenschaftlern und knallharten Rechtsextremisten“<sup>1</sup> geführt wird.*

Wenn die AfD Ende September zum zweiten Mal in den Bundestag einzieht, stehen nach dem derzeit gültigen Stiftungsgesetz der parteinahen Stiftung staatliche Gelder in erheblicher Höhe<sup>2</sup> zu. Daneben kann sie, wie bisher schon nach ihrer Gründung im Jahre 2017, Spendengelder in unbegrenzter Höhe entgegennehmen.<sup>3</sup> Das Konzept der Stiftung geht von einem Personalbedarf von 921 Stellen aus, darunter 528 Fachleute in der politischen Akademie sowie 325 Mitarbeiter\*innen und Referent\*innen im Bildungswerk.<sup>4</sup> Mit diesem erheblichen Personalstock will die Stiftung ins Bildungssystem hineinwirken, in Schulen, Universitäten sowie zivilgesellschaftliche Organisationen. Meron Mendel, der Direktor der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt/Main, weist warnend auf die Folgen hin: „Schüler, Studenten, Nachwuchswissenschaftler werden mit großzügigen Stipendien versorgt, sofern sie passende Positionen vertreten. Sehr bald werden wir mit Doktorarbeiten und Studien überschüttet, die geschichtsrevisionistische und verschwörungstheoretische Thesen vertreten, ‚Konversionstherapien‘ für Homosexuelle befürworten und den Klimawandel leugnen.“<sup>5</sup> Vorsitzende der Erasmus-Stiftung ist die ehemalige CDU-Politikerin Erika Steinbach. Als sie im Sommer 2018 auf dem AfD-Bundesparteitag von den knapp 600 Delegierten auf diesen Posten gewählt wurde, sagte sie in einer bejubelten Rede: „Deutschland ist ein Fall für den Psychiater. Mit der Stiftung möchten wir die Therapeuten sein, um diesen deutschen Selbstwertdefekt heilen zu helfen.“<sup>6</sup> Neben der Ex-Vertriebenenfunktionärin Steinbach, die damit den angeblichen „Schuldskult“ und die „Umerziehung“ der Deutschen geißelte, bestehen das Kuratorium und der Vorstand der Stiftung aus einer

„Melange unappetitlicher Gestalten“ (Meron Mendel). Stellvertretender Kuratoriumsvorsitzender ist zum Beispiel Karlheinz Weißmann, ehemals Oberstudienrat für Geschichte und Religion am Corvinianum-Gymnasium in Northeim. Weißmann gilt als führender Kopf der sogenannten Neuen Rechten. Im Jahr 2000 gründete er zusammen mit Götz Kubitschek das Institut für Staatspolitik (IfS) in Schnellroda.<sup>7</sup> Das IfS ist ein einflussreiches Schulungszentrum und eine Kaderschmiede der Neuen Rechten, in der sich auch Björn Höcke nach Eigenangaben von Zeit zu Zeit sein „geistiges Manna“ holt. Strategisches Ziel der Neuen Rechten ist es nicht vorrangig, Mehrheiten in den Parlamenten zu erringen, sondern die „kulturelle Hegemonie“. Denn „man kann keinen politischen Apparat umstürzen, ohne vorher die kulturelle Macht gesichert zu haben, von der letzten Endes die politische Macht abhängt. Man muss zunächst ... auf die Ideen, die Sitten, die Denkweisen, die Bedeutungsinhalte der Werte, die Künste, die Erziehung einwirken.“<sup>8</sup> Mit diesem metapolitischen Ansatz passt der beabsichtigte Tätigkeitsbereich der Erasmus-Stiftung perfekt zu dieser Strategie.

Infolge der massiven staatlichen Förderung nach den Bundestagswahlen im September 2021 werden den neurechten Kräften ungeahnte Ressourcen zur Verfügung stehen. Mit einem fast schon beunruhigten Unterton schreibt Erika Steinbach in einem Rundbrief der Bundesstiftung im Oktober 2020: „Sollten wir aber in 2022 in die Stiftungsfinanzierung einbezogen werden, müssen wir uns jetzt schon in die Lage versetzen, organisatorisch und finanziell diese Mittel für unsere Aufgaben direkt und umfassend nutzbar zu machen. Unsere Stiftungsaktivitäten müssten von einem Jahr zum anderen geradezu explodieren. Anstatt heutzutage mit ca. 70 Veranstaltungen pro Jahr müssten wir ab 2022 in einem Jahr mindestens 400 und im Folgejahr dann mindestens 800 auf die Beine stellen.“<sup>9</sup> Ausgesprochen beunruhigend sind angesichts dieser Perspektive aber auch die Untätigkeit und der formaldemokratische Liberalismus der etablierten Parteien. Eindringliche Warnungen angesichts der sich abzeichnenden Förderung einer extrem rechten Stiftung blieben bisher folgenlos. Initiativen für eine Änderung des Stiftungsgesetzes versandeten. Der Direktor der Bildungsstätte Anne Frank machte folgende frustrierende Erfahrung: „Als ich vor zwei Jahren dazu eine Petition initiierte und mit mehr als 6.000 Unterschriften an den Bundesinnenminister schickte, kam vom Ministerbüro nicht einmal eine Eingangsbestätigung. Spricht man mit Politikern, wird einem das schnell bestätigt: ‚Ja, das ist

nicht schön‘ hört man dann, ‚uns bereitet das auch Sorgen, aber...‘ Egal, wen man auf diesen Skandal hinweist, überall hört man dieses ‚Aber‘. Parteien und somit auch ihre Stiftungen, wird argumentiert, müssen alle gleichbehandelt werden, auch wenn uns ihre Ausrichtung nicht gefällt, so sei das eben in einer Demokratie. Alle fügen sich dem vermeintlichen Determinismus.“<sup>10</sup>

Währenddessen schreitet die Verankerung der Stiftung in der Fläche voran. In den Ländern gründeten sich DES-Landesstiftungen als eingetragene Vereine, so zum Beispiel die Desiderius-Erasmus-Stiftung Niedersachsen e.V. mit Sitz in Buxtehude unter der Leitung von Anke Lindszu, AfD-Ratsfrau vor Ort. Und in Hamburg steht eine ausgesprochen schillernde Figur aus der niedersächsischen Politik an der Spitze der dortigen Landesstiftung.<sup>11</sup> Es handelt sich um Thorsten Thümler (jetzt: Prenzler), von 2003 bis 2005 niedersächsischer Landtagsabgeordneter und bis 2010 Mitglied der CDU. Thümler geriet 2005 bundesweit in die Schlagzeilen, weil er während seiner Zeit als Landtagsabgeordneter wiederholt kriminellen Aktivitäten nachgegangen war. So hatte er sich in drei Luxushotels auf Binz und Rügen als Reisejournalist vorgestellt, um sich und seiner Lebensgefährtin Frauke Prenzler kostenlose Übernachtungen zu erschleichen. Im Juni 2006 erfolgte deshalb eine Verurteilung wegen Betrugs. 2013 trat (nach Heirat und Namensänderung) Prenzler in die kurz vorher gegründete AfD ein und wurde in Hamburg ab 2015 Geschäftsführer der AfD-Bürgerschaftsfraktion. Im Januar und März 2021 meldeten die Medien Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaften Stade und Hamburg gegen ihn wegen Urkundenfälschung sowie Unterschlagung und Diebstahl von Baumaterialien im Wert von 10.000 Euro für Prenzlers Einfamilienhaus in Buchholz/Nordheide. Diese Privatadresse Prenzlers, der seit 2018 auch Geschäftsführer der Hamburger Zweigstelle der Desiderius-Erasmus-Stiftung ist, ist ausgerechnet auch Geschäftssitz eben jener Stiftung. Angesichts der kriminellen Biografie Prenzlers ist sicherlich folgende Wertung nicht von der Hand zu weisen: „Die politische Sprengkraft, die mit der Funktion Prenzlers als Stiftungsvorsitzender verbunden ist, ergibt sich daraus, dass er für die Verwaltung und Thesaurierung von Fördergeldern verantwortlich ist.“<sup>12</sup>

## Kuratorium der Landeszentrale

Die politische Haltung der etablierten Politik gegenüber der DES erinnert – wenngleich mit weniger dramatischen Folgen – an den Einzug eines AfD-Vertreters in das Kuratorium der niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Nachdem die AfD in den Landtag eingezogen war, erhielt auch ihre Fraktion die Möglichkeit, einen Vertreter zu entsenden. Die GEW-Landesvorsitzende Laura Pooth protestierte damals zurecht gegen diesen Vorgang. Daraufhin wurde sie (nicht nur von der AfD) zum Teil recht rüde auf die demokratischen Gepflogenheiten sowie die Satzung der Landeszentrale hingewiesen. Unter den

Tisch fiel hierbei jedoch, dass man die Satzung der Landeszentrale schon vor dem Einzug der AfD in den Landtag hätte ändern können. Analog dazu hätten schon längst gesetzliche Initiativen erfolgen müssen, das Stiftungs-gesetz so zu ändern, dass extrem rechte Parteien nicht in den Genuss großzügiger staatlicher Fördergelder gelangen. Stattdessen sind, um erneut Meron Mendel zu zitieren, „nach einer verquerten Logik alle der Ansicht, dass auch Feinde der Demokratie in den Genuss ihrer Vorzüge kommen müssen.“<sup>13</sup>

Die Weimarer Republik ist auch deshalb gescheitert, weil sie mehrheitlich nicht gewillt und in der Lage war, gegen den rechten Rand entschieden vorzugehen, sondern im Gegenteil auch der NSDAP alle Parteiprivilegien zugestand. Joseph Goebbels hat das in seiner bekannt zynischen Art schon 1928 in der Zeitung „Der Angriff“ so ausgedrückt: „Wir werden Reichstagsabgeordnete, um die Weimarer Gesinnung mit ihrer eigenen Unterstützung lahm zu legen. Wenn die Demokratie so dumm ist, uns für diesen Bären dienst Freifahrkarten und Diäten zu geben, so ist das ihre Sache. ... Uns ist jedes gesetzliche Mittel recht, den Zustand von heute zu revolutionieren. ... Wenn es uns gelingt, bei diesen Wahlen Agitatoren und Organisatoren unserer Partei in die verschiedenen Parlamente hineinzustecken, so wird der Staat selbst in Zukunft unseren Kampfapparat ausstatten und besolden. Wir kommen als Feinde! Wie der Wolf in die Schafherde einbricht, so kommen wir.“<sup>14</sup> ■

<sup>1</sup> [www.fr.de/politik/desiderius-erasmus-stiftung-afd-bund-millionen-euro-zuschuss](http://www.fr.de/politik/desiderius-erasmus-stiftung-afd-bund-millionen-euro-zuschuss).

<sup>2</sup> Die genaue Fördersumme steht noch nicht fest. Die FR ging in einem Update kürzlich von einer geringeren Millionenförderung aus.

<sup>3</sup> Die Stiftung wurde 2017 in Lübeck als Verein gegründet, jedoch erst 2018 von der AfD offiziell anerkannt.

<sup>4</sup> Lt. tagesschau.de vom 9. März 2018.

<sup>5</sup> Meron Mendel: Wie die AfD-nahe Erasmus-Stiftung Millionen Steuergelder an ihre Spießgesellen verteilt. In: taz, 2. Februar 2021.

<sup>6</sup> Z. n. Die Harke, 2. Juli 2018.

<sup>7</sup> 2013 verließ Weißmann nach Differenzen mit Kubitschek das IfS. Seit 2017 gibt er das neurechte Magazin CATO heraus.

<sup>8</sup> Pierre Krebs, z. n. Feit, Margret: Die ‚Neue Rechte‘ in der Bundesrepublik. Frankfurt/M. 1987. Krebs war Anfang der 80er Jahre Gründer des neurechten ‚Thule Seminars‘ in Kassel.

<sup>9</sup> <https://facebook.com/Desiderius-Erasmus-Stiftung-Niedersachsen-eV-454586008666499/posts>.

<sup>10</sup> Mendel, ebd.

<sup>11</sup> Alle Fakten nach: [https://wikipedia.org/wiki/Thorsten\\_Prenzler](https://wikipedia.org/wiki/Thorsten_Prenzler)

<sup>12</sup> Ebd.

<sup>13</sup> Mendel, ebd.

<sup>14</sup> Z. n. [www.geschichtsforum.de/thema/goebbels-leitartikel-in-der-angriff](http://www.geschichtsforum.de/thema/goebbels-leitartikel-in-der-angriff)

## Nach dem Landesparteitag der AfD

# HANDLUNGSANLEITUNG:

---

## „KREIDE FRESSEN!“

---

RALF BEDUHN

*„Selbstverharmlosung“ lautete die taktische Leitlinie, die der neurechte Strategie Götz Kubitschek der AfD empfahl, nachdem das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) im letzten Jahr eine über 400-seitige Analyse über diese extrem rechte Partei vorgelegt hatte. Denn die Schlussfolgerungen des BfV, die in dem Bericht zu dem von Björn Höcke repräsentierten und von Kubitschek unterstützten (scheinaufgelösten) „Flügel“ gezogen wurden, waren eindeutig.*

„Das durch den ‚Flügel‘ propagierte Politikkonzept ist primärer auf die Ausgrenzung, Verächtlichmachung und weitgehende Rechtlosstellung von Ausländern, Migrant\*innen, insbesondere Muslim\*innen und politisch Andersdenkenden gerichtet. Es verletzt alle Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, die Menschenwürdegarantie sowie das Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip. Die Relativierung des historischen Nationalsozialismus ist zudem prägend für die Aussagen der ‚Flügel‘-Vertreter.“<sup>1</sup>

Diese Feststellungen des BfV hatten zur Folge, dass der „Flügel“ im Januar 2019 zum Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes erklärt wurde. Auf der Grundlage der daraufhin verstärkten Überwachung verkündete schließlich mit Datum vom 12. März 2020 das BfV, dass „Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung sich verdichtet haben“ und er „nunmehr als eine gesichert rechtsextremistische Bestrebung [...] eingestuft“ werden könne.“<sup>2</sup>

### AK BANI gegen LfV

Während insbesondere in den östlichen Bundesländern schon lange die Flügel-Vertreter\*innen und -Sympathisant\*innen dominieren, war die Situation in Niedersachsen bis zum Landesparteitag am 12./13. September 2020 in Braunschweig nicht so eindeutig. Es gab zwar auch hier eine stetig wachsende und gut vernetzte Flügel-Strö-

mung, aber auch Gegenkräfte unter Führung der bis dahin amtierenden Landesvorsitzenden Dana Guth.

Allerdings wuchs auch schon vor dem Landesparteitag unter AfD-Mitgliedern, insbesondere bei denjenigen, die im Öffentlichen Dienst beschäftigt waren, die Nervosität für den Fall, dass das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) ihre Partei verstärkt überwachen würde. Denn bereits Anfang September 2019 hatte das LfV die AfD als sogenannten Prüffall eingestuft. Und Innenminister Boris Pistorius hatte – auch vor dem Hintergrund des Terroranschlags in Halle – geäußert, dass AfD-Mitglieder, die das Gedankengut des Höcke-Flügels teilen, dem Bild widersprechen würden, „das das Grundgesetz von Richtern, Staatsanwälten, Lehrern, Polizisten und Finanzbeamten hat.“<sup>3</sup> Reflexartig war die Niedersachsen-AfD daraufhin in die bekannte Opferrolle geschlüpft und hatte die „parteiliche Instrumentalisierung des Verfassungsschutzes“ beklagt.<sup>4</sup> Harm Rykena, vor seinem AfD-Abgeordnetenmandat im Landtag Konrektor einer Grundschule in Ahlhorn, genügte allerdings dieser Opfermythos nicht, sondern er wollte präventiv Widerstandsstrukturen aufbauen für den Fall, dass die Landesregierung „unter Umständen in näherer Zukunft gegen AfD-Mitglieder, die sich im Staatsdienst befinden“<sup>5</sup>, disziplinarrechtliche Maßnahmen ergreifen würde. Deshalb sollte ein „Arbeitskreis Beamte und Angestellte des Öffentlichen Dienstes in der niedersächsischen AfD“ (kurz: AK BANI) gegründet werden. Die geplante Gründungsversammlung des Arbeitskreises am 8. Dezember 2019 in Achim bei Bremen geriet allerdings zum Fiasko, da der Wirt des Hotels kurzfristig davon erfahren hatte, wer sich in seinem Tagungsraum versammeln wollte, und daraufhin den Mietvertrag annullierte.

### Geflügelte Strategie

Nach dem Landesparteitag Mitte September in Braunschweig hat sich die Lage für die AfD-Mitglieder im öffentlichen Dienst erheblich verschärft. Denn bei den Vorstandswahlen haben sich auf breiter Front flügelnahe Vertreter durchgesetzt, darunter auf den Beiratsposten unter anderem radikal rechte Protagonisten wie Andreas Iloff (Kreisverband Diepholz) und Maik Schmitz (Northeim). Aber auch die neben dem neuen Landesvorsitzenden Jens Kestner gewählten stellvertretenden Vorsitzenden Stefan Bothe, Christopher Emden und Uwe Wappler können dem rechten Rand der Landes-AfD zugeordnet werden. Es ist also nicht übertrieben, wenn man recht pauschal von einer Machtübernahme durch den verfassungsfeindlichen „Flügel“ in Niedersachsen spricht.

Was bedeutet das nun für die verbeamteten und angestellten AfD-Mitglieder des öffentlichen Dienstes in Niedersachsen? Interessanterweise ist bereits zwei Wochen vor dem Landesparteitag AfD-intern ein ausführliches, fast viereinhalb Seiten langes Strategiepapier veröffentlicht worden – mit dem Titel „Handlungsanweisungen für Beamte, Soldaten und Angestellte des öffentlichen Dienstes in der AfD“.<sup>6</sup> Als Zielstellung des Strategiepapiers wird genannt, „das Spannungsfeld zwischen politischer Treuepflicht und parteipolitischem Engagement zu beleuchten und in diesem Zusammenhang konkrete Handlungsoptionen zur Vermeidung beruflicher Nachteile aufzuzeigen.“ Auf eine Kurzformel gebracht lautet die Interpretation der Empfehlungen: Kreide fressen, Maul halten, preisgünstigen Rechtsschutz organisieren! In wohlgesetzteren Worten ausgedrückt werden in dem Strategiepapier auch folgende konkrete Tipps gegeben: „Zum Kern der freiheitlichen Grundordnung gehört unter anderem der demokratische Staatsaufbau. In diesem Sinne sollten z.B. Äußerungen vermieden werden, die dahingehend missverstanden werden könnten, dass das Demokratieprinzip in Deutschland abgeschafft werden solle.“ Auch müssten pauschale Forderungen nach einem „Systemwechsel“ vermieden werden. „Besser ist es in einem solchen Zusammenhang die Forderungen zu konkretisieren und einen klaren Bezug zu einem bestimmten Politikfeld (z.B. Sozialsystem) herzustellen.“ Als „besonders sensibel und anfällig für Missinterpretationen“ wird der Bereich der Migrationspolitik hervorgehoben. Deshalb seien Pauschalurteilungen von Flüchtlingen als „Asylbetrüger“ zu unterlassen. Stattdessen sollte „stets deutlich gemacht werden, dass sich die geäußerte Kritik nicht pauschal auf alle Personen einer Gruppe, sondern lediglich auf Teil (sic!) des genannten Personenkreises bezieht.“ Also Rassismus à la Carte als angeblich verfassungskonformes Verhalten?

### Rechtsschutz abgreifen?

Für das konkrete berufliche Umfeld wird in dem Strategiepapier die Empfehlung gegeben, das politische Engagement und den Beruf strikt voneinander zu trennen. „In diesem Sinne ist zu empfehlen, jegliche Gespräche im beruflichen Umfeld über Politik zu vermeiden.“ Allerdings könne überlegt werden, „proaktiv das Gespräch mit dem eigenen Dienstvorgesetzten über die bestehende Parteimitgliedschaft zu suchen“. Wenn vom Dienstvorgesetzten trotz alledem der Vorwurf einer Dienstpflichtverletzung erhoben worden ist, sollte „frühzeitig

professioneller anwaltlicher Rat hinzugezogen werden.“ Da durch die anwaltliche Vertretung erhebliche Kosten entstehen könnten, „empfiehlt es sich eine Rechtsschutzversicherung abzuschließen.“ Und wenn es ums Geld geht, dann fallen bei AfD-Mitgliedern offensichtlich alle ideologischen Barrieren! Denn während ansonsten die DGB-Gewerkschaften diffamiert und bekämpft werden, gibt das Strategiepapier den Tipp: „Eine günstige Alternative zur Rechtsschutzversicherung kann der Beitritt zu einer Gewerkschaft sein, da im Rahmen der Gewerkschaftsmitgliedschaft oft auch eine Arbeitsrechtsschutzversicherung besteht.“ Werden wir also in nächster Zeit Mitgliedsanträge von Harm Rykena, Thorsten Althaus, Holger Teuteberg (Berufsschullehrer, KV-Vorsitzender AfD Cloppenburg/Vechta) und weiteren im Schulbereich tätigen Personen auf dem Tisch liegen haben? Und werden ver.di und die Gewerkschaft der Polizei ähnliche Beitrittsersuche erleben? Oder hilft ein Unvereinbarkeitsbeschluss, wie er auf unserer letzten Landesdelegiertenkonferenz mit klarer Mehrheit beschlossen wurde, vor versicherungsrechtlichen Billigheimern aus dem rechten Lager?

### Fraktion weg. Job weg?

So viele Fragen, doch eines ist klar: durch den massiven Rechtsruck der niedersächsischen AfD wird in absehbarer Zeit das LfV diese Partei zum Beobachtungsobjekt erklären. In diesem Fall, so heißt es warnend in dem AfD-internen Strategiepapier, sei „für die weitere politische Betätigung äußerste Vorsicht geboten. Der sicherste Weg, um berufliche Konsequenzen zu vermeiden, wäre es, die eigenen politischen Aktivitäten zunächst einzustellen, bis eine gerichtliche Überprüfung der Einstufung durch den Verfassungsschutz stattgefunden hat.“ Es bleibt also spannend. Die AfD-Fraktion im Landtag ist mit dem Austritt von Dana Guth, Stefan Wirtz und Jens Ahrends schon weg. Wird der Job für einige AfD-Funktionäre, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, in absehbarer Zeit auch weg sein? ■

<sup>1</sup> Z.n. DER SPIEGEL, 4/2019, S.28.

<sup>2</sup> Z.n. [www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/presse/pm-20200312/](http://www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/presse/pm-20200312/)

<sup>3</sup> Z.n. Andreas Speit: Wie sich AfD'ler beim Staat rüsten gegen Überwachung. In: taz nord, 14. November 2019

<sup>4</sup> Z.n.ebd.

<sup>5</sup> Z.n. ebd.

<sup>6</sup> Die Handlungsanleitung mit Datum 28. August 2020 liegt vor und ist ohne Verfasserangabe

## Das Prinzip Selbstverharmlosung

# KORNBLUMEN ZÜCHTENDE GESCHICHTSREVISIONISTEN

RALF BEDUHN

*„Es ist nicht überraschend, dass auch an Schülerinnen und Schülern nicht spurlos vorbeigeht, wenn sich in der gesamten Gesellschaft die Grenzen des Sagbaren verschieben“<sup>1</sup>, äußerte im vergangenen Jahr der langjährige Geschäftsführer der Stiftung niedersächsischer Gedenkstätten, Jens-Christian Wagner.*

Wagner, der seit Oktober 2020 Leiter der Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora ist, nahm mit seiner Äußerung Bezug auf die Tatsache, dass es in den letzten Jahren eine Tendenz zu Provokationen und Störungen durch Schüler\*innen, aber auch von anderen Personenkreisen, gab. Beispielsweise<sup>2</sup> die Behauptung aus den Reihen einer Schulklasse, die hohe Todesrate in Bergen-Belsen sei von den Alliierten verursacht worden, da ihre Luftangriffe zu einer Versorgungskrise geführt hätten. Oder, wie in Buchenwald, der Eintrag in einem Gästebuch, dass man die Lager wieder brauche, wenn man zu viele Ausländer habe. Auch gezielte Provokationen aus der rechten Szene gab es in der Vergangenheit, zum Beispiel im November 2019 in der KZ-Gedenkstätte Moringen durch polizeibekanntes Rechtsextreme. Und die Liste der Sachbeschädigungen reicht vom eingeritzten Hakenkreuz auf einem Transportbehälter für Leichen bis zu einem Brandanschlag auf eine Baracke in der KZ-Gedenkstätte Buchenwald. „Es schwindet der Respekt vor den Orten und den Opfern“<sup>3</sup>, bilanziert der Vorgänger von Wagner in Buchenwald, Volkhard Knigge. Und Juliane Wetzels vom Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung stellt fest: „Dieser Hass, der über die sozialen Netzwerke verbreitet wird, bricht sich Bahn in der Realität beim Besuch einer Gedenkstätte.“<sup>4</sup> Aber es sind nicht nur die sozialen Netzwerke, die beispielsweise Jugendliche und junge Erwachsene verhetzen und indoktrinieren. Es ist auch das Milieu der AfD, und dabei speziell ihres Führungspersonals, das eine Uminterpretation und Verfälschung der jüngeren deutschen Geschichte in öffentlichen Reden verbreitet.

## Vergangenheit zurückholen

Auf dem Kyffhäusertreffen des AfD-„Flügels“ im Sep-

tember 2017 erklärte Alexander Gauland, dass man das Recht habe, „nicht nur unser Land, sondern auch unsere Vergangenheit zurückzuholen.“<sup>5</sup> Für diese angekündigte geschichtsrevisionistische Offensive lieferte er dann selbst einige markante Beispiele. Auf dem Treffen äußerte er: „Wir haben das Recht, stolz zu sein auf Leistungen deutscher Soldaten in beiden Weltkriegen“<sup>6</sup>. Und knapp ein Jahr später, auf dem Bundeskongress der Jungen Alternative: „Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in der 1.000 Jahre erfolgreichen deutschen Geschichte.“<sup>7</sup> Auch der Landesvorsitzende der AfD Niedersachsen, Jens Kestner, liegt mit Gauland auf einer Linie mit seiner Behauptung, die Wehrmacht sei „eine der besten Armeen (gewesen), die es in der Welt gab.“<sup>8</sup> Bei derartigen Äußerungen fühlt man sich an den letzten Wehrmachtsbericht des Hitler-Nachfolgers, Großadmiral Karl Dönitz, erinnert, der am 9. Mai 1945 über den Reichssender Flensburg verlauten ließ: „Der deutsche Soldat hat, getreu seinem Eid, im höchsten Einsatz für sein Volk für immer Unvergessliches geleistet. Die einmalige Leistung von Front und Heimat wird in einem späteren gerechten Urteil der Geschichte ihre endgültige Würdigung finden.“<sup>9</sup> Es dauerte fast auf den Tag genau 50 Jahre, bis durch die Eröffnung der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ im März 1995 das Bild der angeblich ehrenhaft kämpfenden Wehrmacht gewaltige Risse bekam. Nunmehr wurde einer breiten Öffentlichkeit vor Augen geführt, dass die Wehrmacht insbesondere in Osteuropa einen Völkermordkrieg geführt und eine aktive Rolle beim Holocaust gespielt hatte. Diese Erkenntnis hat seitdem in Teilen der Gesellschaft Raum gegriffen, sie wird in der breiten Öffentlichkeit aber immer noch überlagert von Mythen über die Wehrmacht sowie die familiären Verstrickungen („Opa war kein Nazi!“). An diese Mentalität docken Gauland, Höcke und Kestner an und fordern, wie die AfD Niedersachsen in einer Presseerklärung vom 20. Dezember 2016, den „irren Schuldskult aus Deutschland zu verbannen.“<sup>10</sup>

## Das freundliche Gesicht des NS

Nachdem das Bundesamt für Verfassungsschutz in einem ausführlichen Gutachten den „Flügel“ innerhalb der AfD im Januar 2019 zum Verdachtsfall erklärt hatte und die gesamte AfD zum Prüffall, verordnete sich die AfD für ihr Auftreten in der Öffentlichkeit das Prinzip der „Selbstverharmlosung“. In internen Chats ergibt sich aber auch geschichtspolitisch ein völlig anderes Bild. Aktuell im Focus stehen dabei geleakte Chats des AfD-Vizechefs in

Nordrhein-Westfalen, Matthias Helferich.<sup>11</sup> Der Jurist aus Dortmund hat aufgrund seines Listenplatzes gute Chancen, in den nächsten Bundestag einzuziehen. Auf Facebook soll Helferich den Recherchen des WDR zufolge ein Foto von sich „als das freundliche Gesicht des NS“ kommentiert, Adolf Hitler zitiert und mit seinen guten Kontakten zur militanten rechten Szene geprahlt haben. Seinem Parteikollegen Markus Mohr soll er geschrieben haben: „markus, der führer schreibt: ‚jahrelang mussten mir den Frieden predigen, um den Krieg vorzubereiten.‘“ (Fehler im Original) Dazu passt, dass er an anderer Stelle beteuert, sein bürgerliches Image nur zum Schein zu pflegen und sich als „Kornblumenzüchter“ bezeichnet. Denn, so Helferich: „Die Kornblume: geheimes Symbol der Nationalsozialisten während des Verbots in Österreich.“ Dass derartige interne Äußerungen keineswegs singulär sind, bestätigt der AfD-Aussteiger Christian Hirsch, der kürzlich den Roman „Machtergreifung“ veröffentlichte. Hirsch war Fraktionsgeschäftsführer im Landtag von Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern sowie im Berliner Abgeordnetenhaus. Er habe, so Hirsch, in seiner Zeit als Mitarbeiter zahlreiche AfD-ler kennengelernt, die sich sehr mit Geschichte beschäftigt hätten und die Nazi-Diktatur keineswegs als Warnung, sondern vielmehr als Blaupause gesehen hätten.

## Geschichtslehrer Höcke

Der Faschist Björn Höcke, der immer stärker an Einfluss und Rückhalt gewinnt und den Landesvorstand der AfD

Niedersachsen an seiner Seite hat, machte schon vor Gründung der AfD Werbung für die NS-Diktatur. Allerdings war der Geschichtslehrer Höcke zu diesem Zeitpunkt noch verbeamteter Gymnasiallehrer im hessischen Schuldienst, deshalb veröffentlichte er unter dem Pseudonym Landolf Ladig.<sup>12</sup> Im Magazin „Volk in Bewegung“ des NPD-Vorstandsmitglieds und Rechtsrock-Unternehmers Thorsten Heise schrieb Ladig/Höcke im Jahre 2011: „Nicht die Aggressivität der Deutschen war ursächlich für zwei Weltkriege, sondern letztlich ihr Fleiß, ihre Formenliebe und ihr Ideenreichtum. Das europäische Kraftzentrum entwickelte sich so kräftig, dass die etablierten Machtzentren sich gezwungen sahen, zwei ökonomische Präventivkriege gegen das Deutsche Reich zu führen. Der zweite Weltkrieg war allerdings nicht nur ökonomisch motiviert, sondern darf auch als ideologischer Präventivkrieg angesprochen werden, hatte sich im nationalsozialistischen Deutschland doch eine erste Antiglobalisierungsbewegung staatlich etabliert, die, wären ihr mehr Friedensjahre zur Erprobung vergönnt gewesen, wahrscheinlich allerorten Nachahmer gefunden hätte.“<sup>13</sup> Derartige geschichtspolitische Thesen sind so unsinnig, dass sich eine Kommentierung erübrigt. Oder allenfalls mit dem Satz: Und ist es auch Wahnsinn, so hat es doch Methode. Nämlich die, ein positives Bild von der NS-Diktatur zu verbreiten, um politisch und ideologisch daran anknüpfen zu können. Trotz der Schlappe, die die AfD beispielsweise bei den Kommunalwahlen am 12. September in Niedersachsen eingefahren hat, sind also fundierte Aufklärung und konsequenter Widerstand auch zukünftig unabdingbar. ■

<sup>1</sup> Z.n. [www.news4teachers.de/2020/01/immer-mehr-provokationen-in-kz-gedenkstaetten](http://www.news4teachers.de/2020/01/immer-mehr-provokationen-in-kz-gedenkstaetten)

<sup>2</sup> Vgl. i.F. ebd.

<sup>3</sup> Z.n. ebd.

<sup>4</sup> Z.n. ebd.

<sup>5</sup> Z.n. Anke Hoffstadt/Michael Sturm: Geschichte für Patrioten und Volksliedsänger. In: Gegenwartsgestirge. Hrsg. vom Kollektiv des Gesprächskreises Geschichte. Berlin 2021.

<sup>6</sup> Z.n. ebd.

<sup>7</sup> [www.youtube.com/watch?v=78spEzkbUAM](http://www.youtube.com/watch?v=78spEzkbUAM)

<sup>8</sup> Z.n. Brief Wagner vom 15. Januar 2020. Faksimile siehe Anm. (1)

<sup>9</sup> Z.n. Jens Westermeier: „So war der deutsche Landser“ – Wehrmachtbilder von 1945 bis heute. In: Jens Westermeier (Hrsg.): „So war der deutsche Landser...“ – Das populäre Bild der Wehrmacht. Bonn 2020, S. 5.

<sup>10</sup> Z.n. Brief Wagner

<sup>11</sup> Vgl. i.F.: Gareth Joswig: Die Zucht der Kornblumen. In: taz, 2. August 2021. Am 10. August stimmte der AfD-Bundesvorstand mit 14 zu 9 Stimmen gegen einen Parteiausschluss. Damit ist der Weg frei für Helferichs Einzug in den nächsten Bundestag.

<sup>12</sup> Vgl. <https://andreaskepfer.org/2019/06/23/ladig-hoecke-synapse>

<sup>13</sup> Landolf Ladig: Krisen, Chancen und Auftrag. In: Volk in Bewegung

## Zur Strategie der Neuen Rechten

# „SOZIALISTISCH“ OHNE ROT ZU WERDEN

RALF BEDUHN

*In jüngster Zeit wird von bestimmten politischen Kreisen wieder verstärkt das Hufeisen ins Spiel gebracht. Allerdings nicht von Pferdenarren, sondern von politischen Narren. Die Äquidistanz zum faschistischen Höcke-Flügel und dem LINKEN-Politiker Bodo Ramelow durch eine selbsternannte Mitte lassen die sozialwissenschaftlich längst verstaubte Extremismus-Theorie wieder auf der Bildfläche erscheinen.*

Irritieren wird es vermutlich in dieser aktuellen politischen Gemengelage, dass ausgerechnet Björn Höcke, der Posterboy des extrem rechten Flügels in der AfD, von der Notwendigkeit einer sozialistischen Gesellschaft spricht. In einem Artikel für die Zeitung „Alternative Gewerkschaft“, die anlässlich der Betriebsratswahlen zur Unterstützung der DGB-feindlichen rechten Listen im Frühjahr 2018 erschien, schreibt er: „Die AfD muss den sozialistischen Auftrag übernehmen, den die Linke verraten hat: als Anwalt der Arbeiter und sozial Schwachen die Gegenwehr gegen das internationale Finanzkapital organisieren, das die Völker zerstört.“<sup>1</sup> Höcke versucht neuerdings auch verstärkt in Niedersachsen, seine politisch kruden Thesen zu verbreiten, so beispielsweise Anfang Februar bei einem geheimen Treffen in Wedemark-Bissendorf und geplant – aber wohl durch die Corona-Krise verhindert – am 15. April an einem bisher nicht bekannten Ort.

## „Semantische Piraterie“

Vordergründig könnte man vermuten, dass es angesichts der sozialen Spaltung und der verbreiteten Zukunftsängste, zum Beispiel durch prekäre Beschäftigung, Niedriglohn, zu geringe Renten und so weiter, ein gezielter sozialdemagogischer Schwindel des rechten AfD-Flügels ist, um noch stärker als bisher unter Arbeiter\*innen und sozial Abgehängten Wähler\*innenstimmen abzugreifen. Diese Interpretation ist nicht falsch, greift allerdings zu kurz. Denn die Sozialismus-Propaganda und die Pose als

sozialer Kümmerer haben tiefe historische Wurzeln. Die Neue Rechte wildert erkennbar bei den politischen Konzepten und Begrifflichkeiten der Vertreter der „Konservativen Revolution“ nach dem ersten Weltkrieg. Volker Weiß spricht in diesem Zusammenhang von einer „Strategie semantischer Piraterie“.<sup>2</sup> Ein Protagonist dieser Strategie war Oswald Spengler, Verfasser so erfolgreicher Bücher wie „Der Untergang des Abendlandes“ sowie „Preußentum und Sozialismus“, einer Schrift, die „letztlich ein ideologischer Wegbereiter für den Nationalsozialismus“ war.<sup>3</sup> Der Sozialismus-Begriff Spenglers ist explizit antimarxistisch und fußt auf einer „ethisch idealisierten Version einer völkischen Solidargemeinschaft“<sup>4</sup> mit einem autoritären Staatsapparat an der Spitze. Verbot von Streiks, die Entmachtung der Gewerkschaften und die Festlegung angeblich leistungsgerechter Löhne durch einen elitären ‚Wirtschaftsrat‘ sollten den Klassenkampf verhindern und soziale Spannungen beseitigen. Denn ein gespaltenes Volk würde die Nation innenpolitisch lähmen und damit außenpolitisch handlungsunfähig machen.<sup>5</sup>

## Politische Mimikry

Die heutige Neue Rechte bezieht ihre Ideologie und Praxis zudem aus den vor allem in den 1970er Jahren sich bildenden kleinen rechten Theoriezirkeln und Zeitschriftenprojekten. Mit einem Vokabular, das nicht auf den ersten Blick als neofaschistisch zu erkennen war, versuchte man, an den Mobilisierungen der Anti-AKW- und Friedensbewegung anzuknüpfen und sich ein progressives Mäntelchen umzuhängen. Diese Mimikry hat Thora Ruth 1973 unverhohlen auf den Punkt gebracht: „In der Fremdarbeiter-Frage erntet man mit der Argumentation ‚Die sollen doch heimgehen‘ nur verständnisloses Grinsen. Aber welche Linke würde nicht zustimmen, wenn man fordert: ‚Dem Großkapital muss verboten werden, nur um des Profites willen ganze Völkerscharen in Europa zu verschieben. Der Mensch soll nicht zur Arbeit, sondern die Arbeit zum Menschen gebracht werden‘. Der Sinn bleibt der Gleiche: Fremdarbeiter raus! Die Reaktion der Zuhörer aber wird grundverschieden sein.“<sup>6</sup> Entsprechend dieser Strategie sollte auch die in linken Milieus verbreitete Perspektive in Richtung einer sozialistischen Gesellschaft in ein nationalistisches Fahrwasser gebracht werden. Doch „im Gegensatz zum marxistischen Sozialismus-Begriff handelt es sich bei der neurechten Variante um ein Anti-Klassenkampf-Konzept, ein harmonistisches Modell, das sich an einem biologisch begründeten Volksbegriff orientiert.“<sup>7</sup> In diesem Konzept wird „die soziale

Frage der nationalen untergeordnet (und) in den Dienst der nationalen Aufgabe gestellt. Da wundert es nicht, dass jegliche Reibung, jeglicher Konflikt als störend empfunden wird.“<sup>8</sup> Und als „Störfaktoren“ werden dabei insbesondere der DGB und seine Einzelgewerkschaften gesehen, die das neurechte „Angebot einer illusionären Gemeinschaftlichkeit, das gegensätzliche soziale Interessen verdecken soll“<sup>9</sup>, konterkarieren.

### Minenfeld Rente

Bei den Zukunftsängsten der Deutschen belegt das Thema Rente einen Spitzenplatz. Eine repräsentative Umfrage der OECD aus dem Jahre 2019 kommt zu dem Ergebnis, dass sich 78 Prozent der Befragten Sorgen um ihre finanzielle Situation im Alter machen. Und hier öffnet sich ein Einfallstor für neurechte Politik. Bereits im Herbst 2018 hatte Jürgen Elsässer, der Herausgeber des extrem rechten Magazins COMPACT, der AfD geraten, das Thema Altersarmut zu besetzen. Ein geschickter Schachzug, allerdings für die AfD auch ein Problem. Denn sie verfügt auch sieben Jahre nach ihrer Gründung immer noch nicht über ein abgestimmtes Rentenkonzept. Das hat wesentlich damit zu tun, dass sie sozialpolitisch in starkem Maße polarisiert ist. Auf der einen Seite die Strömung des „marktförmigen Extremismus“ (Andreas Zick) um Jörg Meuthen und Alice Weidel, auf der anderen Seite der national-„sozialistische“ Flügel um Björn Höcke. Parteichef Meuthen will die gesetzliche Rentenversicherung abschaffen und stattdessen eine steuerfinanzierte Mindestrente einführen. Darüber hinaus soll jede\*r, soweit möglich, freiwillig eine private Versicherung draufsatteln. Im deutlichen Gegensatz dazu steht das Rentenkonzept der AfD-Landtagsfraktion in Thüringen, das die Handschrift Höckes trägt. Vorgesehen ist die Beibehaltung der gesetzlichen Rente sowie ein deutlich höherer Zuschuss aus Steuergeldern, wodurch ein Rentenniveau von 50 Prozent des durchschnittlichen Jahresentgelts erreicht werden soll. Zudem soll es eine steuerfinanzierte Aufstockung zu einer „Staatsbürgerrente“ geben. Allerdings nur für Menschen, die die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen! Also die typische neurechte Verbindung von sozialem Versprechen und völkisch-nationalistischen und rassistischen Weichenstellungen.

### „Fridays gegen Altersarmut“

Für den 24. Januar wurden in etwa 230 Städten in Deutschland Kundgebungen einer sich im Internet herausbildenden Initiative „Fridays gegen Altersarmut“

angemeldet. Jedoch wurden etwa 30 Kundgebungen im Vorfeld bereits wieder abgesagt, da von den Anmelde\*rinnen die Gefahr einer rechten Unterwanderung befürchtet wurde. Diese Bedenken waren vielfach nur zu berechtigt.<sup>10</sup> Erleichtert wurde die Unterwanderung dieser Kampagne durch den in einem zentralen Flyer verbreiteten Grundsatz: „Wir schließen niemanden aus, egal welcher Partei oder Bewegung er angehört, so lange er als Privatperson auftritt.“ Und so tummelten sich dann auch bei den Kundgebungen in Niedersachsen und Bremen zahlreiche „Privatpersonen“ aus dem rechten Spektrum. Beispielsweise in Hannover, wo aus dem Kreis von rund 100 Personen eine antifaschistische Gegenkundgebung angegriffen wurde. Oder in Salzgitter, wo sich unter den lediglich 15 Teilnehmer\*innen auch der Bereichsleiter der NPD Salzgitter-Wolfenbüttel befand. In Braunschweig und Bremerhaven wurden die Mini-Kundgebungen fast vollständig von der Nazi-Sekte DIE RECHTE dominiert. Insgesamt war die Teilnehmer\*innenzahl an den bundesweiten Kundgebungen mehr als überschaubar. Eine Massenmobilisierung von rechts zu diesem Thema ist bisher nicht feststellbar. Da die Angst vor Altersarmut und die Verärgerung über die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben aber verbreitet ist, bedeutet das nicht, dass dieses Thema nicht von rechts okkupiert werden kann. ■

<sup>1</sup> Höcke, Björn: Widerstand gegen den Raubtierkapitalismus. In: Alternative Gewerkschaft, Frühjahr 2018, S. 8.

<sup>2</sup> Zitiert nach Andrea Becker/Simon Eberhardt/Helmut Kellershohn (Hrsg.): Zwischen Neoliberalismus und völkischem ‚Antikapitalismus‘. Münster 2019, S.32.

<sup>3</sup> Ebd., S.33.

<sup>4</sup> Ebd., S.32.

<sup>5</sup> Ebd., S.29.

<sup>6</sup> Thora Ruth: Leserbrief an: La-Plata-Ruf (Buenos Aires), September 1973; zitiert nach Feit, Margret: Die ‚Neue Rechte‘ in der Bundesrepublik. Frankfurt/M; New York 1987, S. 150.

<sup>7</sup> Feit, ebd., S.118. Allerdings hat sich mittlerweile die biologische Abgrenzung in eine kulturelle und religiöse gewandelt.

<sup>8</sup> Ebd., S.117.

<sup>9</sup> Schönwälder, Karen: Auf der Suche nach der deutschen Identität. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/1985, S. 1454; zitiert nach Feit, ebd. S. 119.

<sup>10</sup> Vgl. [www.volksverpetzer.de/recherche-afd/so-rechts-fridays-altersarmut](http://www.volksverpetzer.de/recherche-afd/so-rechts-fridays-altersarmut)

## Gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

# MORAL ALLEIN REICHT NICHT

RALF BEDUHN

*Der Fußball-Profi Anthony Ujah äußerte vor einiger Zeit in Bezug auf den grassierenden Rassismus auch in unserer Gesellschaft: „Kein Kind wird rassistisch geboren oder wacht auf und sagt: ‚Ja, ich will Rassist sein.‘“ Die ganze Gesellschaft sei deshalb in der Pflicht, so Ujah, dass rassistische Vorurteile und Diskriminierungen abgebaut werden. Das bedeute: „Jedes Elternteil spielt eine Rolle, jede Schule spielt eine Rolle.“ Und John Guidetti, Berufsfußballer unter anderem bei Hannover 96, wünschte sich: „Wo du herkommst und die Farbe deiner Haut sollten keine Rolle spielen! Wir sind gleich, wir sind gleich viel Wert, wir sollten alle die gleichen Rechte haben.“*

Diese moralischen Appelle sind sicherlich berechtigt, doch gleichzeitig sehen sie an den strukturellen Problemen vorbei. Denn was ist, wenn die Eltern der Kinder selbst rassistisch sind? Die Heitmeyer-Studien unter dem Titel „Deutsche Zustände“ (2002-2011) sowie die Untersuchungen zur politischen Orientierung der „Mitte“ (Brähler et.al.) zeigen in dieser Hinsicht ein beunruhigendes Bild.<sup>1</sup> Und die Schule? In unserem immer noch weitgehend gegliederten Schulsystem geht es nicht nur um Lesefähigkeit, sondern auch um Auslesefähigkeit. Und schulische Segregation befördert nicht nur soziale Auslese, sondern auch strukturelle rassistische Benachteiligung. Oder wie soll man es nennen, wenn laut Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes von 2018 über 70 Prozent aller Menschen ohne Schulabschluss einen ‚Migrationshintergrund‘ haben<sup>2</sup> und im Jahre 2019 rund 18 Prozent aller migrantischen Jugendlichen die Schule noch nicht einmal mit einem Hauptschulabschluss verließen?<sup>3</sup>

## Kultur der Unsicherheit

Im Kampf gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wird die Gesellschaft über moralische Appelle nur hinauskommen, wenn sie die strukturellen Ursachen sowie deren subjektive Verarbeitungsformen in den Blick nimmt. Mario Candeias hat hierzu in seinem Aufsatz „Den Aufstieg der radikalen Rechten begreifen“<sup>4</sup> wichtige Hinweise gegeben. Der gegenwärtige Diskussionsstand ist laut Candeias dadurch gekennzeichnet, dass sich „eine Erklärung entweder folgenlos an die nächste reiht oder gegen die anderen diskutiert“ wird. Wahlweise sei der Aufstieg der radikalen Rechten „ein Ergebnis der Globalisierung (bzw. ein Phänomen der Globalisierungsverlierer), des rechten Kulturkampfes gegen Vielfalt und Diskriminierung, eine Reaktion traditioneller Männlichkeit auf feministische Errungenschaften, Ausdruck eines spezifisch ostdeutschen Rassismus, Folge der ‚Kolonisierung des Ostens‘, der medialen Aufmerksamkeitsökonomie oder des Zusammenwirkens längst vorhandener Einstellungen.“<sup>5</sup> Fast jeder dieser Erklärungsansätze habe seine Berechtigung, erklärt allerdings nur einen bestimmten Aspekt. Zu erforschen wäre deshalb, ob es einen spezifischen Zusammenhang zwischen diesen Einzelphänomenen gibt. Als verbindende Klammer formuliert er die These von einer „verallgemeinerten Kultur der Unsicherheit, die unterschiedliche gesellschaftliche Dimensionen aufgreift und die in einem Zusammenhang mit der Krise des Neoliberalismus“<sup>6</sup> steht.

## Ende des Fordismus

Von zentraler Bedeutung für ein verbreitetes Klima der Unsicherheit sind sozioökonomische und arbeitsweltliche Veränderungen nach dem Epochenjahr 1989. Zwei dominante Resultate sind dabei in den Blick zu nehmen: einerseits die deutsch-deutsche (Wieder-)Vereinigung und der Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ in den Ostblockstaaten. Zum anderen die „Abwicklung des westdeutschen und westeuropäischen Fordismus.“<sup>7</sup> In der Folge wurde „der Osten zum Experimentierfeld für neoliberale Flexibilisierungs- und Prekarisierungsstrategien“<sup>8</sup>, die nach und nach auch nach Westen transferiert wurden und auch dort die Kräfteverhältnisse verändert haben. Die Prekarisierung der Arbeit, zum Beispiel durch Niedriglöhne, Minijobs und Werkverträge, wird, so Klaus Dörre, „zur Modellierung gefügiger Arbeiter und Bürger genutzt.“<sup>9</sup> „Der implizite gesellschaftliche Vertrag – harte Arbeit gegen gesellschaftliche Absicherung und Anerkennung –

wurde einseitig aufgelöst. Das führt zu Enttäuschungen und Aggressionen, die gegen Gruppen gerichtet werden, die diesen Zumutungen scheinbar ausweichen können, vermeintlich weniger leisten müssen und trotzdem gut leben, etwa Geflüchtete, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger.“ Und „die Angst vor dem Abstieg wirkt auch in die vermeintlich gesicherten Milieus hinein. Diejenigen, die nach ihrer Selbstwahrnehmung Leistungsträger sind und ihre sozioökonomische Position halten oder verbessern konnten, machen die Erfahrung, dass dies nur gelingt aufgrund erhöhter Arbeitslast, ausufernder Arbeitszeiten und hoher kräftezehrender Flexibilität.“<sup>10</sup> Oliver Nachtweyh hat dies sinnbildlich in Form einer Rolltreppe, die nach unten fährt, ausgedrückt. Man darf nicht stehenbleiben, wenn man den Niedergang verhindern will; und man muss sich sehr anstrengen, um gegen die Fahrtrichtung ein Stückchen nach oben zu gelangen. Oben ankommen tun die wenigsten. Der Eintritt in die oberen Klassen ist versperrt, die Vermögenden schotten sich ab.

## Um was es geht

Solche Ängste, Unsicherheiten und Ohnmachtserfahrungen werden von rechts aufgegriffen, indem die Bevölkerung als passives Opfer übermächtiger Gegenspieler inszeniert wird. Die radikale Rechte knüpft hier mit ihrer doppelten Abgrenzung an, einerseits „des Volkes“ oder der „anständigen und fleißigen Mitte“ nach oben gegen die Eliten und andererseits nach unten gegen die Ausgegrenzten. Denn „mit dem Tritt nach unten lässt sich am eigenen Leibe erfahrene Verunsicherung in Stärke verwandeln.“<sup>11</sup> Und mit dieser Strategie ist die AfD, wie man an ihren Wahlerfolgen ablesen kann, durchaus erfolgreich.

Allerdings hat es momentan den Anschein, als habe die AfD ihre Erfolgsspur verlassen und durchlebe eine innere Zerreißprobe. Vordergründig scheint es bei dem Streit um eine Grenzfestlegung nach rechts zu gehen. Doch im Kern ist es ein ideologischer Kampf zwischen der markt-radikalen und der völkischen Variante, oder, wie es ein Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Martin Hess ausdrückte, um die Entscheidung zwischen autoritärem Liberalismus und nationalem Sozialismus.<sup>12</sup> Unabhängig davon, wie der Machtkampf in der AfD konkret ausgeht: Erwartbar ist, dass der Höcke-Flügel mit seinem Konzept einer völkischen Sozialpolitik zukünftig weiter gestärkt wird. Denn die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Corona-Pandemie, selbst wenn sie im nächsten

Jahr abklingen sollte, sind absehbar: Überschuldung der Staatshaushalte, Firmenpleiten, Massenarbeitslosigkeit, Ausweitung des Niedriglohnsektors, staatliche Einsparprogramme sowie eine weitere Verstärkung der sozialen Spaltung. Ein derartiges Szenario schafft vielfältige Anknüpfungspunkte für die völkisch-soziale Propaganda des Flügels. In der niedersächsischen AfD gibt es eine einflussreiche Fraktion, die diese Politik unterstützt. So war es auch kein Zufall, dass es auf dem Parteikonvent am 20./21. Juni 2020 die vier „geflügelten“ niedersächsischen Delegierten (Armin-Paul Hampel, Stephan Bothe, Thorsten Althaus, Dr. Manfred Otto) waren, die einen Misstrauensantrag gegen Jörg Meuthen einbrachten.<sup>13</sup> Zwar wurde der Antrag mit 23:27 Stimmen abgelehnt, aber das bemerkenswert knappe Ergebnis zeigt deutlich den gewachsenen Einfluss der völkischen Strömung.

Was folgt daraus aus gewerkschaftlicher Sicht? Gegen die Kaperung der sozialen Frage hilft nur eine deutliche Profilierung linker Politik. Die Parole „Die Reichen sollen für die Krise zahlen“ wäre zu konkretisieren durch Forderungen wie die (Wieder-)Einführung der Vermögenssteuer, die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, eine Erhöhung der Erbschaftssteuer für millionenschweres „leistungsloses Einkommen“, eine Lastenausgleichs-Abgabe und so weiter. Der Philosoph Jürgen Habermas mahnte bei der Verleihung des deutsch-französischen Medienpreises im Juli 2018, dass die politische Linke, und in erster Linie die sozialdemokratischen Parteien, ihre Wähler\*innen „normativ unterfordern“ würden. Wer Mehrheiten gewinnen wolle, müsse seine Ideen auch um den Preis der Polarisierung verteidigen.<sup>14</sup> ■

<sup>1</sup> Vgl. taz 20. Juni 2020.

<sup>2</sup> Ebd.

<sup>3</sup> [www.zeit.de/gesellschaft/schule/2019-8/bildungsmonitor](http://www.zeit.de/gesellschaft/schule/2019-8/bildungsmonitor)

<sup>4</sup> Mario Candeias: Den Aufstieg der radikalen Rechten begreifen. In: Mario Candeias (Hrsg.): Rechtspopulismus, radikale Rechte, Faschisierung. Berlin 2018, S.40f.

<sup>5</sup> Ebd., S.34.

<sup>6</sup> Ebd., S.35

<sup>7</sup> Der Fordismus, ein Begriff, der von Antonio Gramsci geprägt wurde, beruht auf den Entwicklungen des New Deals beziehungsweise des Korporatismus, der „Konzertierten Aktion“ und der Sozialpartnerschaft, das heißt auf sozialen Sicherungssystemen, lebenslanger Anstellung und einer weitgehenden Vollbeschäftigung. Die Arbeiter sollen demnach am Wohlstand beteiligt werden, so steigt der Absatz und die kapitalistische Akkumulation kann sich fortsetzen.

<sup>8</sup> Candeias, ebd.

<sup>9</sup> Zit. n. ebd., S. 36

<sup>10</sup> Ebd.

<sup>11</sup> Thomas Gebauer: Politik der Angst. In: Medico-Rundschreiben 4/2019, S.6.

<sup>12</sup> Vgl. Timm Kühn: Die Spaltung der Spalter. In: taz 17. Juni 2020.

<sup>13</sup> Vgl. [www.fluegelstutzen.org](http://www.fluegelstutzen.org)

<sup>14</sup> Vgl. Gebauer, ebd.

# DEPRIVATION UND ARBEITSWELTLICHE ZUSPITZUNGEN

RALF BEDUHN

*Zweifellos wählen und unterstützen auch Mitglieder der besitzenden Oberschicht sowie aus Adelskreisen die AfD, überdurchschnittliche Wahlerfolge erzielt die Partei jedoch in der Schicht der Prekarierten, der (unteren) bürgerlichen Mitte und der vormaligen Nichtwähler\*innen.*

Die Psychologie-Professorin Eva Walter hat vor diesem Hintergrund drei Konfliktlinien ausgemacht, die erklären sollen, warum gerade diese Bevölkerungskreise bei der immer mehr nach rechts driftenden AfD ihr Kreuzchen machen. Ihrer Analyse zufolge sind es eine ökonomische, eine identitätsbezogene und eine Vertrauenslinie, die mit deprivierten, also nicht erfüllten menschlichen Bedürfnissen dieser Wähler\*innen kollidieren. Zum einem ist es das Bedürfnis nach existenzieller Versorgung und materieller Sicherheit. Angesichts der Finanzkrise und deren Folgen sowie der sich zuspitzenden sozialen Ungleichheit, unter anderem durch die Agenda 2010, richtet sich das staatliche Handeln nach Ansicht dieser AfD-Wähler\*innen nicht mehr an diesem elementaren Bedürfnis aus. „Das Gefühl materieller Sicherheit“, betont Walther in diesem Zusammenhang, „ist ja nie ein absolutes, sondern hängt vom Vergleich mit anderen ab. Manche haben das Gefühl, dass man selbst zu kurz kommt.“<sup>1</sup> Bei der zweiten Konfliktlinie hat man es mit Menschen zu tun, die sich nicht mehr wertgeschätzt fühlen. „Die Gesellschaft hat sich durch Liberalisierung und Modernisierung so verändert, dass viele althergebrachte Quellen der Wertschätzung nicht mehr existieren: Das Familienoberhaupt, die enge Bindung an den Betrieb, das gibt es nicht mehr. Hier sind die Konservativen anfällig, die nicht die Vergangenheit wiederhaben wollen, sondern sogar eine schönere Vergangenheit. Sie spricht die AfD zum Beispiel durch die Leugnung des Klimawandels oder durch ihre Geschlechterpolitik an.“<sup>2</sup> Und schließlich die dritte Konfliktlinie, die die bisherigen Nichtwähler\*innen zur Wahl der AfD motiviert: sie sind schon seit längerem frustriert und wütend über die herrschende Politik. Ihnen wird „das Angebot gemacht, den etablierten Parteien den Marsch zu blasen.“<sup>3</sup>

## Arbeitsweltliche Zuspitzung

Die sich in vielen Beschäftigungsbereichen auflösende „enge Bindung an den Betrieb“ sowie die sich stetig steigenden arbeitsweltlichen Zuspitzungen sind bisher in der Analyse der nach rechts driftenden Wahlpräferenzen eher selten untersucht worden. Grundlegende Erkenntnisse zu diesem Themenfeld haben Dieter Sauer et.al. mit dem Buch „Rechtspopulismus und Gewerkschaften“ vorgelegt.<sup>4</sup> In einer Zusammenfassung der praxisnahen Forschungsergebnisse legen Detje/Sauer<sup>5</sup> dar, dass aus den Betrieben berichtet wird, „dass seit dem Einzug der AfD in die Landesparlamente und den Bundestag eine ‚Enttabuisierung‘ der Neuen Rechten stattgefunden hat.“ Demnach sei eine politische Dynamik zu beobachten, deren Ausmaß und Verbreitung im Betrieb auch von Seiten der Gewerkschaften unterschätzt worden sei. Ressentiments, die bei manchen schon immer vorhanden gewesen seien, würden nun offen ausgesprochen. Insbesondere mit dem starken Zustrom von Flüchtlingen im Jahre 2015 sei eine betriebliche „Klimaveränderung“ feststellbar gewesen, die einmündete in den Tenor: „Die nehmen uns was weg.“

Ein weiterer, auf arbeitsweltlicher Ebene anzuesiedelnder, Nährboden für das Anwachsen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist die Wahrnehmung und Erfahrbarkeit eines schon seit längerer Zeit andauernden Krisenprozesses. „Als krisenhaft werden der fortwährende Druck und die permanente Unsicherheit von Beschäftigung, Einkommen und Arbeitsbedingungen erlebt. Trotz gesunkener Arbeitslosigkeit ist die Angst um die Sicherheit des Arbeitsplatzes nicht verschwunden. Beständige Restrukturierung der Abläufe im Betrieb, Aufspaltungen, Verlagerungen, Standortkonkurrenz, Kostensenkungsprogramme, zunehmender Leistungsdruck“ und eine „sich abzeichnende Transformation der Arbeitswelt aufgrund von Digitalisierung und Dekarbonisierung“<sup>6</sup> kennzeichnen den Arbeitsalltag. Insbesondere bei älteren Beschäftigten entwickelt sich deshalb ein „Gefühl der Überforderung, des Nicht-mehr-Mitkommens, des Abgehängt-Werdens.“<sup>7</sup> In den Gesprächen, die von der Forschungsgruppe um Sauer et.al. protokolliert wurden, ist vielfach von „Kontrollverlusten und Abstiegsängsten, von Abwertungserfahrungen, von Gefühlen der Macht- und Perspektivlosigkeit“<sup>8</sup> die Rede.

Angesichts dieser Ängste und Erfahrungen fühlen sich viele Beschäftigte von den etablierten Parteien nicht mehr vertreten. Die Folgen sind eine verbreitete Wut auf die politischen Repräsentant\*innen sowie eine Anti-

Establishment-Haltung. „Besonders tief sitzt die Enttäuschung über die Sozialdemokratie, die sich von ihrem Anspruch, Interessenvertreterin der Lohnabhängigen zu sein, vollständig verabschiedet habe. Auch von der Linken erwartet man sich nicht viel, die Arbeitswelt wird mit ihr kaum in Verbindung gebracht.“<sup>9</sup> Demgegenüber können die Gewerkschaften „noch einen gewissen Kredit und eine interessenpolitische Legitimation für sich beanspruchen. Doch auch ihr Kreditspielraum scheint geringer zu werden.“<sup>10</sup>

### „Nation als letzte Garantie“

Diese politische Repräsentationslücke bietet ein ideales Einfallstor für die Neue Rechte. Ihre Propaganda kommt in dieser Situation als ein „Sicherheits- und Ordnungsversprechen“ (Detje/Sauer) ins Spiel. In der zu den Betriebsratswahlen 2018 herausgegebenen Zeitung „Alternative Gewerkschaft“ schrieb Björn Höcke: „Die AfD muss den sozialistischen Auftrag übernehmen, den die Linke verraten hat. Als Anwalt der Arbeiter und der sozial Schwachen die Gegenwehr gegen das internationale Finanzkapital organisieren, das die Völker zerstört.“<sup>11</sup> Neben dem Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit auf der vertikalen Ebene wird also ein „Insider-Outsider-Gegensatz“ (Detje/Sauer) auf der horizontalen Ebene imaginiert. Gezielt werden Volk und Nation ins Spiel gebracht, als „Ersatz für Integrationsfaktoren in einer desintegrierten Gesellschaft. Wenn die Gesellschaft zerfällt“, so Miroslav Hroch, „erscheint die Nation als letzte Garantie.“<sup>12</sup> Und dieses ideologische Grundmuster wird von der AfD von der Bundesebene bis in die kleinsten Verästelungen der Partei durchdekliniert. Im Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl wurden der Dexit, also der Austritt aus der EU, die Rückkehr zur Deutschen Mark sowie die strikte Ablehnung des Familiennachzugs für hier lebende Flüchtlinge als politische Perspektive propagiert. Im Kommunalwahlprogramm der AfD Niedersachsen wird gefordert, dass die „niedersächsische Abschiebep Praxis sich zukünftig allein an den Interessen der Bürger des Landes orientieren muss“ und „wiederholtes integrationswidriges Verhalten aufenthaltsrechtliche Konsequenzen hat.“ Wobei „integrationswidriges Verhalten“ für die AfD Niedersachsen schon beim „Tragen von Kopftüchern im öffentlichen Dienst“ beginnt... Und schließlich ganz unten: auf örtlicher Ebene erwiderte der (gewählte) Stadtratskandidat der AfD in Wildeshausen den Vorwurf, angeblich für die sozialen Interessen der „kleinen Leute“ eintreten zu wollen, andererseits aber eine radikale Sen-

kung des Spitzensteuersatzes mit Mindereinnahmen von jährlich mindestens 20 Milliarden Euro zu unterstützen, mit dem Gegenargument, als Ausgleich dafür jegliche staatliche Unterstützung für hier lebende Flüchtlinge zu streichen.

### Grundlegende Systemfragen

Auf das Propagandafeuerwerk der Neuen Rechten sowie auf die Abstiegs- und Zukunftsängste der Beschäftigten müssen, so Detje und Sauer, „Antworten gefunden werden, die letztlich vor Systemfragen nicht haltmachen. Das wird auch von den befragten Kolleg\*innen gefordert. Das ist deshalb notwendig, weil sich in der rechten Argumentation und in den rechten Strategien durchaus systemkritische Elemente finden, die Linke und Gewerkschaften in ihrem Sinne bearbeiten müssen.“<sup>13</sup> Ein weiterer zentraler Aspekt, der dringend diskutiert werden muss, ohne dabei in nostalgische Träumereien zu verfallen, ist folgender: einer technologischen Innovationspolitik zum Zwecke der Gewinnmaximierung muss eine technische Entwicklungslogik entgegengesetzt werden, die die Lebensqualität der gesellschaftlichen Mehrheit ins Zentrum stellt. Angesichts eines am Horizont aufziehenden ökologischen Desasters und sich (weltweit) verschärfender sozialer Spaltung kann ein zukünftiger rechter Vormarsch nur durch eine radikale Umverteilungs- und Umweltpolitik gestoppt werden.<sup>14</sup> ■

<sup>1</sup> Interview mit Eva Walther, in: taz, 15. Oktober 2019.

<sup>2</sup> Ebd.

<sup>3</sup> Ebd.

<sup>4</sup> Sauer, Dieter/Stäger, Ursula/Bischoff, Joachim/Detje, Richard/Müller, Bernhard: Rechtspopulismus und Gewerkschaften. Eine arbeitsweltliche Spurensuche. Hamburg 2018.

<sup>5</sup> Detje, Richard/Sauer, Dieter: Betriebliche Zustände. – Ein Nährboden des Rechtspopulismus. In: Becker, Karina/Dörre, Klaus/Reif-Spirek, Peter (Hrsg.): Arbeiterbewegung von rechts? Frankfurt/M. 2018.

<sup>6</sup> Ebd. S.202.

<sup>7</sup> Ebd.

<sup>8</sup> Ebd. S.203.

<sup>9</sup> Ebd. S.205.

<sup>10</sup> Ebd.

<sup>11</sup> Björn Höcke: Widerstand gegen den Raubtierkapitalismus. In: Alternative Gewerkschaft. Hrsg.: Ein Prozent e.V., Frühjahr 2018.

<sup>12</sup> Z.n. Detje/Sauer, ebd. S.204.

<sup>13</sup> Ebd. S.207.

<sup>14</sup> So forderte beispielsweise Heribert Prantl von der Süddeutschen Zeitung kürzlich in einem Kommentar, „mit einer fundamentalen Umverteilungspolitik zu beginnen.“ (Heribert Prantl: Das All gehört allen – und nicht abgehobenen Milliardären. Prantls Blick, 25. Juli 2021).

## Rechte Mobilisierungserfolge

# „DAS MACHEN DIE HERREN SELBST..“

RALF BEDUHN

*Die fortschreitende, sich aktuell jedoch dynamisch ausbreitende Rechtsentwicklung war erwartbar. Die sich mit dem Ukrainekrieg zuspitzende soziale und politische Krise ist jedoch nicht der Auslöser. Allenfalls ist der Ukrainekrieg die in Brand gesetzte Lunte am sozialen und politischen Pulverfass, das sich bereits über einen längeren Zeitraum füllte. Worthülsen wie „Sozial ist, was Arbeit schafft“<sup>1</sup>, „Damit es uns weiterhin gut geht“<sup>2</sup>, „Soziale Marktwirtschaft“<sup>3</sup> und „Sozialen Zusammenhalt sichern“ zerbröseln an den alltagspraktischen Erfahrungen der bundesdeutschen Mehrheitsbevölkerung.*

Schon vor der Coronakrise und dem Ukrainekrieg lebten im Jahre 2017 laut Marcel Fratzscher vom DIW 40 Prozent der Bundesbürger\*innen ohne nennenswertes Vermögen, auf das sie im Alter oder im Krankheitsfall zurückgreifen konnten. „Demnach lebten über 32 Millionen Menschen gewissermaßen von der Hand in den Mund, waren sie doch nur eine Kündigung oder einen schweren Unfall von der Armut entfernt.“<sup>4</sup> So stieg die Armutsrisikoquote bei Rentner\*innen von 14 (2007) auf 19,8 Prozent (2017). Angehörige dieser Altersgruppe laufen also Gefahr, „bis zu ihrem Tode sozial ausgegrenzt zu werden und isoliert zu bleiben.“<sup>5</sup> So wies Deutschland unter den Eurostaaten vor Österreich die höchste Vermögensungleichheit auf und blieb beim Einkommen und Vermögen hinsichtlich Ungleichheit (Gini-Koeffizient) „den USA direkt auf den Fersen.“<sup>6</sup> So war feststellbar, dass „die politisch Verantwortlichen zur Verschleierung des Reichtums und zur Verharmlosung der Armut“ neigten.<sup>7</sup> Der stromlinienförmig zugerichtete Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2016) war ein beredtes Beispiel. So gab und gibt es „fast kein anderes Industrieland, das Vermögen so gering und Einkommen aus Arbeit so hoch

besteuert wie Deutschland.“<sup>8</sup> So haben die rot-grünen Finanzmarkt-Reformen der Agenda 2010 dazu geführt, „dass große internationale Fonds den deutschen Wohnungsmarkt geentert und im großen Maßstab Wohnungen der Kommunen aufgekauft haben.“ Mietenexplosion hausgemacht!<sup>9</sup> So kamen Westermeier und Grabka trotz statistischer Unsicherheiten wegen der Nichterhebung der Vermögenssteuer zu dem Ergebnis, dass die reichsten zehn Prozent in diesem Lande über 74 Prozent der Nettovermögen verfügen, die reichsten ein Prozent über 31 bis 34 Prozent.<sup>10</sup> Gleichzeitig lebte annähernd jedes fünfte Kind in Armut<sup>11</sup> – Niedersachsen weist hierbei 21 Prozent aus.

## Gezieltes Staatsversagen

Die bewusst herbeigeführte Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums wird zusätzlich gesteigert durch kriminelle Aktivitäten im Finanzsektor. Nach Berechnungen des Recherchezentrums „Correctiv“ wurden seit Anfang der 2000er Jahre durch „Cum-ex-“ und „Cum-Cum“-Betrügereien mindestens 150 Milliarden Euro aus öffentlichen Kassen gestohlen. Der größte Teil entfällt dabei auf Deutschland (36 Milliarden Euro), gefolgt von Frankreich (33,4 Milliarden Euro) und den Niederlanden (27 Milliarden Euro). Bislang konnten nur sehr geringe Summen von Banken und Angeklagten zurückgeholt werden, laut Bundesfinanzministerium bis Ende 2020 lediglich 135 Millionen Euro.<sup>13</sup> „Diese Untätigkeit liegt auch teilweise darin begründet, dass der Staat gegen öffentliche Landesbanken vorgehen muss, die ebenfalls in lukrative Geschäfte involviert waren. So kooperierten etwa Sparkassen mit der baden-württembergischen LBBW bei euphemistisch umschriebenen ‚rendite-optimierten Aktien-Leihen‘. Auch die ehemaligen Landesbanken HSH Nordbank und WestLB hatten sich am Steuerraub beteiligt: wohlgemerkt zwei Landesbanken, die politisch kontrolliert waren und als sogenannte systemrelevante Finanzinstitute während der Finanzkrise 2008 vom Staat Milliardenhilfen bekommen hatten.“<sup>14</sup> Noch deutlich höhere Schäden für die öffentlichen Kassen erzeugt ein „globales Schattenbankensystem, das auf Steuerhinterziehung beruht und gigantische Geldtransfers ermöglicht.“<sup>15</sup> Auskunft darüber gab erstmals die Veröffentlichung der „Offshore Leaks“ im April 2013 durch das Internationale Netzwerk Investigativer Journalismus. Der Datensatz enthielt Informationen über 130.000 Personen weltweit. Seitdem gab es zahlreiche weitere Leaks, wie die „Swiss Leaks“ (2015), die „Panama Papers“ (2016), die „Pando-

ra Papers“ (2021). Eine ganze Industrie von Vermögensverwaltungen hilft dabei den Wohlhabenden, „Millionen auszugeben, um ihre Milliarden zu verstecken.“<sup>16</sup> Staatliche Organe hingegen scheinen unwillig bis unfähig, diesen milliarden schweren Steuerraub zu unterbinden und zu ahnden.

Ganz anders dagegen der investigative Eifer staatlicher Stellen bei Hartz-IV-Empfänger\*innen und Aufstocker\*innen. Akribisch wird nach möglicherweise verborgenen Besitztümern geforscht, sogar die Erlöse durch Betteln und das Sammeln von Flaschenpfand werden als abzugsfähige Nebeneinkünfte definiert. Und während der 9-Euro-Ticket-Phase wurde in einigen Bundesländern sogar die Ersparnis gegenüber den im Hartz-IV-Satz enthaltenen Fahrtkosten für das Schülerticket angerechnet. Der Status der Bittsteller wird in solchen Szenarien gegenüber Menschen zelebriert, die laut einer Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowieso schon in großer Zahl psychisch krank sind. „Zu den Krankheiten zählen Angststörungen, Depressionen, bipolare Störungen.“<sup>17</sup>

## Armut in Kauf genommen

Vom Kapitalstandpunkt ist Armut, gerade auch unter dem Damoklesschwert des neu-alten Bürger-Hartz IV, durchaus funktional. Ist die Angst vor dem Absinken in Armut doch geeignet, „Prozesse der Flexibilisierung und Deregulierung zu unterstützen und Arbeitnehmer\*innen zu disziplinieren.“<sup>18</sup> Bereits vor über zwanzig Jahren schrieb Jens von Dangschart zutreffend: „Arbeitslosigkeit, eingeschränkte Sozialstaatlichkeit, Armut und sozial(räumliche) Ausgrenzung sind kein Missgeschick und kein Unfall – sie sind Folge und Voraussetzung einer ‚Freien Marktwirtschaft‘ und als solche Bestandteil einer neoliberalen Gesellschaftsordnung. Insofern ist die Öffnung der sozialen Schere gewollt, wird zumindest so lange in Kauf genommen, wie die Auswirkungen gesellschaftlicher Spaltungen erträglich bleiben.“<sup>19</sup>

Doch der Grad der Erträglichkeit ist nunmehr ganz offensichtlich überschritten. Eine neue „Wutbürger“-Massenbewegung, nicht nur, aber insbesondere im Osten Deutschlands, ein deutlicher Wahlerfolg und damit eine Trendumkehr für die AfD in Niedersachsen sowie Umfragehochs für die AfD in den östlichen Bundesländern weisen auf einen Epochenwandel hin. Die sich ausbreitende Existenznot der vor dem Ukrainekrieg bereits abgehängten Bevölkerungsschichten und die realistische Abstiegsangst der ohnehin schon geschrumpften Mit-

telschicht haben politisch den Bogen überspannt. Eine Repräsentationskrise der politischen Institutionen ist unübersehbar. Ein deutliches Warnsignal war bereits die extrem geringe Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen mit 55 Prozent. In Niedersachsen mit einer Beteiligung von gerade einmal 60,3 Prozent, in den Armutsregionen wie Delmenhorst beispielsweise (lediglich 49,6 Prozent) und Wilhelmshaven (51,4 Prozent), verstetigt sich dieser Trend. Wahlabstinenz breitet sich aus. Auf der anderen Seite stehen Wahllentscheidungen für die extrem rechte AfD; sei es, weil man tatsächlich ihren populistischen und sozialdemagogischen Parolen glaubt, sei es, um diffusen Protest gegen die etablierten Parteien zum Ausdruck zu bringen. Hilferufe aus den Reihen der etablierten Parteien, bitte doch jetzt im gemeinsamen Kampf gegen rechts zusammenzustehen, ist der berühmte Satz von Max Horkheimer entgegenzuhalten: „Wer aber nicht vom Kapitalismus reden will, sollte vom Faschismus schweigen.“ Gegen breite Bündnisse ist nichts einzuwenden, sie sind sogar nötig zur Eindämmung kultureller Hegemonie von rechts. Aber dann doch bitte mit der Ausrichtung auf eine Umverteilung des riesigen gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten. ■

<sup>1</sup> Dagegen Christoph Butterwegge: „Sozial ist, was Armut abschafft.“ Christoph Butterwegge: Die zerrissene Republik. Weinheim 2020, S. 274.

<sup>2</sup> Angela Merkel im Bundestagswahlkampf 2017.

<sup>3</sup> Für Dieter Lattman eher ein „Kosenamen für den Kapitalismus“. Z.n. Butterwegge, ebd. S. 146.

<sup>4</sup> Butterwegge, ebd. S. 222.

<sup>5</sup> Ebd. S. 223.

<sup>6</sup> Ebd. S. 221.

<sup>7</sup> Ebd. S. 205.

<sup>8</sup> Interview mit Marcel Fratzscher. In: taz, 27. August 2022.

<sup>9</sup> Interview mit Carmen Lay. In: taz, 28. September 2022.

<sup>10</sup> Vgl. Butterwegge, ebd. S. 221f.

<sup>11</sup> Vgl. Meike Grams/Ralf Beduhn: Kinderarmut in einem reichen Land. E&W Nds. 2/2021.

<sup>12</sup> Vgl. www.gmx.net/magazine/wirtschaft/ostdeutsche-verdienen-12200-euro-jahr-westdeutsche-37277822.

<sup>13</sup> Vgl. Andreas Kallert: Wer hat, der nimmt. In: ak, 22. September 2022.

<sup>14</sup> Ebd.

<sup>15</sup> Ibrahim Warde: Wer sind die Oligarchen? In: Le Monde diplomatique. September 2022, S. 16.

<sup>16</sup> So die Analyse von Frank Vogt, dem Mitbegründer von Transparency International, z.n. ebd.

<sup>17</sup> Maike Rademacher: Mehr Geld ist keine Lösung. In: taz, 21. September 2021.

<sup>18</sup> Butterwegge, ebd. S.196.

<sup>19</sup> Z.n. ebd.

## AfD und Reichsbürger

# „DIE DEMOKRATIE STURMREIF SCHIESSEN“

RALF BEDUHN

*In vielen Behörden und Verwaltungen gab es in der Vergangenheit einen Ordner mit der Rubrik „Irre und Spinner“. Darin wurden zumeist Vorfälle mit sogenannten Reichsbürgern dokumentiert, also mit Menschen, die sich zum Beispiel weigerten, ihre Steuern und Strafmandate zu bezahlen, ihren selbstgebastelten Pass oder Führerschein präsentierten und sogar ihr Grundstück zum eigenständigen Staatsgebiet erklärten.*

Wobei es „die“ Reichsbürger genau genommen nicht gibt. Der Fachjournalist Andreas Speit unterscheidet vier Strömungen: 1) Rechtsextreme nach 1945, die ein Weiterbestehen des Deutschen Reiches behaupten. 2) Insbesondere seit den 1980er Jahren Anhänger\*innen des Konzepts, ein neues Preußen aufzubauen und sich in diesem Zusammenhang eigene Phantasie-Dokumente herzustellen. 3) Seit den 2000er Jahren sogenannte Selbstverwalter, die eigene Pseudo-Königreiche und -Staaten gründeten. 4) Souveränitist\*innen, die behaupten, die Bundesrepublik Deutschland sei kein souveräner Staat.<sup>1</sup>

Die Pathologisierungsthese bekam allerdings deutliche Risse, als am 19. Oktober 2016 der Reichsbürger Wolfgang Plan im Rahmen einer Razzia in Georgensgmünd einen SEK-Polizisten erschoss und drei weitere Beamte verletzte. Diese Tat löste eine Debatte über die Verbindungen zwischen Reichsbürger\*innen und der politisch aktiven rechten Szene aus. Zu diesem Zeitpunkt waren zahlreiche Reichsbürger\*innen bereits Mitglieder in der AfD, gelegentlich auch in Funktionen, wie zum Beispiel Kreisvorsitzende und Mandatsträger\*innen.

So behauptete beispielsweise der damalige stellvertretende Kreisvorsitzende der AfD Kulmbach, Edwin Hübner: „Wir sind besetzt, ja, ja ... Nach jeder Bundestagswahl muss der gewählte Bundeskanzler mit dem Außenminister nach Amerika, und weiß man ja, dass die dann ihre Anweisungen kriegen.“<sup>2</sup> Und das AfD-Vorstandsmitglied Sebastian Schulze (Märkischer Kreis) organisierte im November 2016 einen Kongress mit dem Referenten Peter

Feist, der forderte: „70 Jahre Terror der Besatzungsmacht muss vorbei sein, wir brauchen endlich die Souveränität, weil wir die Souveränität nicht haben, weil wir fremdgesteuert sind.“<sup>3</sup> Dass dies keine zu vernachlässigenden Ausreißer in Richtung Reichsbürgerszene waren, beweist auch die Tatsache, dass auf dem AfD-Programmparteitag in Stuttgart mindestens 50 Parteimitglieder den Antrag unterstützten, im Programm festzuhalten: „Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Staat, sondern eine Verwaltungsorganisation ohne Verfassung.“<sup>4</sup>

## Vorfeldorganisation Reichsbürger

Nach dem Polizistenmord in Georgensgmünd bezeichnete der damalige Parteivorsitzende Alexander Gauland die Reichsbürger zwar als „arme Irre“. Aber Franz Eibl, der als Bezirksvorsitzender der AfD Unterfranken wegen des Rechtsrucks seiner Partei ausgetreten war, vermutet eine andere Strategie: „Der Herr Gauland hat ja die Reichsbürger über Jahre hinweg verharmlost, auch in öffentlichen Auftritten hat er gesagt, das wäre zwar Unsinn, was sie sagen, aber deswegen wären sie genauso willkommen in der AfD. Ich glaube, die (AfD) will sich gar nicht davon trennen. Die fahren ja ganz gut mit dieser Position, die Wahlerfolge geben ihnen recht.“ (5) Der Politikwissenschaftler Johannes Hillje, der kürzlich ein Buch über die Kommunikationsstrategie und die Identität der AfD veröffentlichte, bewertet das aktuelle Verhältnis von Reichsbürgerszene und AfD wie folgt: „Die Reichsbürger gehören zum erweiterten Vorfeld der AfD. Nicht als institutionalisierte Partner wie die Jugendorganisation Junge Alternative oder die Erasmus-Stiftung, aber sie sind in jedem Fall ein Resonanzraum. Sie spielen auf einer ähnlichen Klaviatur von verschwörungsideologischen Begriffen.“ Und genau diese Begrifflichkeit verwendete auch Björn Höcke bei seiner Rede am 3. Oktober 2022 in Gera, als er vor 10.000 Zuhörer\*innen behauptete, Deutschland sei ein „besetztes Land.“<sup>6</sup>

## „Wahnhafte Verschwörungsthesen“

Angesichts der langjährigen Verstrickungen von AfD-Mitgliedern in die Reichsbürger- und – in jüngster Zeit – in die Querdenken-Szene ist es nicht verwunderlich, dass bei der Großrazzia am 7. Dezember 2022 auch Aktivist\*innen aus diesem Milieu festgenommen und ihre Wohnungen durchsucht wurden. Die Bundesanwaltschaft wirft ihnen vor, eine terroristische Vereinigung mit dem Ziel gebildet zu haben, die politische Ordnung der Bundesrepublik

zu beseitigen. Unter den 52 Verdächtigen und 25 Festgenommenen der Gruppe stand die ehemalige AfD-Bundestagsabgeordnete Birgit Malsack-Winkemann medial im Fokus. Während sie 2019 von Parteichefin Alice Weidel noch als „tolle Politikerin“<sup>7</sup> gelobt wurde, habe sie nach Aussagen des Grünen-Abgeordneten Sven Kindler in Ausschusssitzungen „oft und lang ihre wahnhaften Verschwörungsthesen zu Corona, Impfen, Geflüchteten oder der UN ausgebreitet“.<sup>8</sup> Ebenfalls verhaftet wurde das AfD-Mitglied Christian Wendler, der bis Oktober 2020 Stadtrat in Olbernhau/Sachsen war und für den „Führungsstab“ der Umstürzler vorgesehen war.

### Verstrickungen in Niedersachsen

Unter den 25 Festgenommenen befinden sich auch drei Mitglieder aus Niedersachsen. Darunter der ehemalige Polizei-Hauptkommissar Michael Fritsch, der bereits wegen seiner gewaltpropagierenden öffentlichen Auftritte im Rahmen der Corona-Proteste aus dem Polizeidienst entlassen worden war. Fritsch hatte unter anderem im April 2021 auf einer Kundgebung Soldaten und Reservisten dazu aufgefordert, sich für einen Umsturz zu vernetzen.<sup>9</sup> Auch Fritschs Lebensgefährtin und Mitverschwörerin Melanie R., eine Ärztin aus dem Landkreis Peine, gehörte zu den Festgenommenen. Außerdem noch der Anwalt Paul G. aus Hannover. Die drei genannten sind weitgehend der radikalen Corona-Leugner\*innen-Szene zuzuordnen, die im Rahmen der Proteste einen Schulterchluss mit der AfD gesucht hatte. Michael Fritsch war zum Beispiel niedersächsischer Spitzenkandidat der Par-

tei „die Basis“ bei der Bundestagswahl 2021. Doch nicht nur Aktionseinheiten zwischen der niedersächsischen AfD und der „Basis“ waren in der Vergangenheit festzustellen. Auch zwischen AfD-Mitgliedern und Reichsbürger\*innen gibt es in Niedersachsen offensichtlich schon seit vielen Jahren gemeinsame Aktivitäten und Berührungspunkte. Eine Große Anfrage der CDU-Fraktion im niedersächsischen Landtag hatte bereits 2017 verschiedene Bezüge aufgelistet. Andreas Speit fasst die Ergebnisse der Anfrage wie folgt zusammen: „Ein Reichsbürger verantwortete AfD-Wahlkampfveranstaltungen im Bereich Braunschweig; im Bereich Osnabrück hatte eine AfD-Kandidatin einen ‚Reichsbürgerbezug‘ und im Bereich Göttingen und Lüneburg gehörte jeweils ein AfD-Mitglied auch zu den Reichsbürgern.“<sup>10</sup> Aktuell geht man von rund 900 Mitgliedern und Anhänger\*innen der Reichsbürger-Szene in Niedersachsen aus, wovon etwa 50 dem extrem rechten Bereich zuzuordnen sind.<sup>11</sup> Zu einem wichtigen Versammlungs- und Veranstaltungsort der Reichsbürger-Szene scheint sich in den letzten Monaten das Leibniz-Theater in Hannover zu entwickeln. Am 13. Dezember 2022 fand dort eine spontane Versammlung mit Matthes Haug, einem bei der Razzia Beschuldigten, statt. Und nur wenige Tage später, am 17. Dezember 2022, lauschten im Theatersaal rund 30 Besucher\*innen einem Vortrag von Erhard Golla aus Solingen mit dem Titel: „Der rechtliche Weg in die Verfassung 1871.“<sup>12</sup> Trotz bestehender strategischer und ideologischer Unterschiede zwischen Reichsbürger\*innen, Neonazi-Cliquen und der AfD bleibt festzuhalten: „Im Agieren treffen sie sich darin, die Demokratie sturmreif zu schießen.“ (Johannes Kiess)<sup>13</sup>. ■

<sup>1</sup> Interview mit Andreas Speit. In: taz nord, 7. Februar 2023.

<sup>2</sup> Z.n. [www.rbb/online.de/kontraste/Ueber\\_den\\_tag\\_hinaus/demokratie/Reichsbürger-Gedankengut-in-der-AfD.html](http://www.rbb/online.de/kontraste/Ueber_den_tag_hinaus/demokratie/Reichsbürger-Gedankengut-in-der-AfD.html)

<sup>3</sup> Z.n. ebd.

<sup>4</sup> Z.n. ebd.

<sup>5</sup> Z.n. Sebastian Erb: Ein Königreich für die AfD. In: taz, 16. Dezember 2022

<sup>6</sup> Zur Rede Höckes, in der er sein faschistisches Programm öffentlich verkündete, siehe: Thomas Willms: Sein Kampf. Björn Höckes nazistische Grundsatzrede vom 3. Oktober 2022 in Gera. Berlin 2022.

<sup>7</sup> Z.n. [www.tageschau.de/inland/innenpolitik/reichsbuerger-razzia-afd.101.html](http://www.tageschau.de/inland/innenpolitik/reichsbuerger-razzia-afd.101.html)

<sup>8</sup> Z.n. Konrad Litschko, Sebastian Erb, Gareth Joswig: Die Putschpläne des Prinzen. In: taz, 8. Dezember 2022.

<sup>9</sup> Vgl. Ralf Beduhn: Die Basis in Niedersachsen. In: E&W Niedersachsen, 1/2022.

<sup>10</sup> Andreas Speit: Alles nur linke Propaganda. In: taz, 14. Dezember 2022.

<sup>11</sup> Vgl. <https://ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Razzia-bei-Reichsbürgern-Drei-Festnahmen-in-Niedersachsen>

<sup>12</sup> Vgl. <https://hannover-entdecken.de/leibnitz-theater-ein-treff-der-reichsbuerger>

<sup>13</sup> DGB-Monatsberichte, Dezember 2022/Januar 2023, S. 9. Dr. Johannes Kiess ist stellvertretender Direktor des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für Demokratieforschung in Leipzig.

## Zur AfD in Niedersachsen

# VON BRAND-ANSTIFTERN UND EVANGELIKALEN PUTIN-FREUNDEN

RALF BEDUHN

*Die Danksagung auf der Facebook-Seite des Kreisverbandes der AfD Diepholzklang geradezu überschwänglich. „Der bekannte Journalist und Nahost-Experte Manuel Ochsenreiter, Chefredakteur der Zeitschrift ‚ZUERST‘, referierte bei unserem letzten Mitgliederabend. Thema: Deutsche Interessen 2018. Daran angeschlossen eine angeregte und interessante Diskussion. Es war ein informativer Abend – Vielen Dank für deinen Besuch, Manuel Ochsenreiter.“<sup>1</sup>*

Der „informativ Abend“ stand allerdings im deutlichen Kontrast zu einem streng geheimen Treffen, das Ochsenreiter bereits am nächsten Tag absolvierte. Nach seinem Vortrag im Landkreis Diepholz war er umgehend nach Berlin gereist und soll am Flughafen Tegel einem Mitglied der polnischen faschistischen „Falange“-Gruppe, Michal P., 1.000 Euro für einen wenige Tage vorher ausgeführten Brandanschlag übergeben haben.<sup>2</sup>

Am 4. April 2018 war von der „Falange“-Gruppe, die zu diesem Zeitpunkt die Separatisten in der Ostukraine unterstützte, ein Brandanschlag auf das Kulturzentrum der ungarischen Minderheit im ukrainischen Uschhorod verübt worden. Ziel dieses Anschlages war es, innenpolitische Spannungen zu provozieren. Michal P. und seine zwei Mittäter wurden gefasst und 2019 in Krakau vor Gericht gestellt. Vor Gericht sagte der Hauptangeklagte P. aus, Ochsenreiter habe ihn angestiftet, Personen zu suchen, die die Tat ausführen sollten. Außerdem habe Ochsenreiter den Tag des Anschlages bestimmt und konkrete Anweisungen zur Durchführung gegeben. Vor allem sei es ihm um sichtbare Rauchspuren am Gebäude gegangen. Nach dem Brandanschlag sei Ochsenreiter mit der Aktion sehr zufrieden gewesen. Für die Tat habe er 1.500 Euro und Geld für ein Flugticket erhalten. Ochsenreiter habe ihm zunächst 500 Euro in bar, versteckt in einem Buch, übersandt, die übrigen 1.000 Euro dann persönlich am Flughafen übergeben.<sup>3</sup>

## Politischer Hardliner

Ochsenreiter, der nach den gegen ihn eingeleiteten Ermittlungen untertauchte und völlig überraschend mit 51 Jahren am 18. August 2021 in Moskau verstarb, war ein umtriebiger politischer Aktivist und Hardliner.<sup>4</sup> Von 2001 bis 2004 leitete er das Ressort Innenpolitik der rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ und schrieb Artikel in der „Sezession“ des neurechten Instituts für Staatspolitik (IfS) sowie der Zeitschrift „eigentümlich frei“. Seit März 2011 war er Chefredakteur des vom Bundesamt für Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuften Magazins „Zuerst!“. Daneben war er unter anderem Referent beim IfS, der extrem rechten Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland (JLO) sowie verschiedenen rechten Burschenschaften. Im September 2014 war Ochsenreiter, der vielfältige Kontakte in den Nahen Osten hatte, Referent bei der Konferenz „New Horizon“ in Teheran. Diese Konferenz war ein Spitzentreffen von Holocaustleugner\*innen und radikalen Antisemit\*innen; passend dazu der Titel seines Referats: „Israelische Lobby in Deutschland.“<sup>5</sup> Ausgeprägte Auslandskontakte besaß Ochsenreiter in den vergangenen Jahren zu ultranationalistischen und faschistischen Politiker\*innen sowie Ideolog\*innen im Umfeld von Wladimir Putin. Nach einem Bericht der Wochenzeitung „Die Zeit“ gehen westliche Geheimdienste davon aus, dass Ochsenreiter für den Oligarchen und Inhaber der paramilitärischen Wagner-Gruppe, Jewgenij Prigoshin, gearbeitet hat. Enge Kontakte hatte er nachweislich auch zu einem Chefideologen Putin'scher Politik, zu Alexander Dugin.<sup>6</sup>

## Wunschziel „Eurasien“

Während Ochsenreiter Dugin verschiedentlich als „väterlichen Freund“ bezeichnete, betrauerte dieser wiederum seinen verstorbenen politischen Gefährten als „spirituellen Sohn“ und lobte ihn als „Feind der offenen Gesellschaft“.<sup>7</sup> Wichtig ist in diesem Zusammenhang: „Dugin ist Ideengeber einer extremen, intellektualisierten Neuen Rechten in Russland und gilt Beobachtern als Neofaschist und Vertreter eines eurasischen Imperialismus.“<sup>8</sup> Er vertritt antiwestliche und antiliberale Positionen und propagiert über internationale Netzwerke das geopolitische Konzept eines „Neo-Eurasismus“ auf der Basis eines großrussischen Reiches von Dublin bis Wladiwostok unter Führung Russlands. „In Politikwissenschaft und Medien wird er als ‚Vordenker‘, ‚Zuflüsterer‘ oder ‚Lehrmeister‘ Wladimir Putins bezeichnet“.<sup>9</sup>

## Evangelikaler Putin-Fan

Der wohl engagierteste und am besten vernetzte Unterstützer der russischen Expansionspolitik in der niedersächsischen AfD ist aktuell zweifellos Waldemar Herdt aus Neuenkirchen-Vörden. Der in Kasachstan geborene Herdt zog 2017 für die AfD in den Bundestag ein und beschäftigte dort (bis 2019) als parlamentarischen Mitarbeiter den „putintreuen Aktivisten“ (Magazin Focus) Heinrich Groth, der im Visier der Spionageabwehr des Bundesamtes für Verfassungsschutz stand. Sein Nachfolger, der Journalist Edgar Seibel, kündigte nach kurzer Zeit aufgrund der „unerträglichen Atmosphäre am Arbeitsplatz“. Herdt, der 2021 seinen Wiedereinzug in den Bundestag verfehlte, ist einer der beiden Sprecher des Vereins „Christen in der AfD“, Region Nord (Niedersachsen, Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein) sowie Mitglied im „Koordinationszentrum der Russlanddeutschen in der AfD“. Außerdem engagiert er sich in der evangelikalen Pfingstgemeinde „Lebensquelle“ in Osnabrück.<sup>10</sup> Doch damit nicht genug. Herdt ist aktiv daran beteiligt, ein weltweit agierendes Netzwerk fundamentalistischer Christen aufzubauen mit dem Ziel, die Rechte sexueller Minderheiten durch Einflussnahme auf die Gesetzgebung einzuschränken.<sup>11</sup> In jüngster Zeit ist er zudem am Aufbau eines anderen internationalen Netzwerks beteiligt. Mitte März 2023 fand in Moskau im Beisein des russischen Außenministers Lawrow die Gründungsversammlung einer „Internationalen Russophilen-Bewegung“ statt. Vertreter\*innen aus 42 Ländern waren angereist, um in ihrer Heimat „russophile“ Verbände auf-

zubauen. Auf der Bühne und am Mikrophon als Vertreter des „Volksrats der Russlanddeutschen“: Waldemar Herdt aus Neuenkirchen-Vörden. „Herdt begrüßte aus Russland mit der Verkündung, der Regenbogen der Schwulenbewegung sei die Flagge des Satanismus.“<sup>12</sup>

## Bizarren und zielgerichtet

So unterschiedlich die Initiativen von Ochsenreiter und Herdt in ihrer bizarren Ausprägung auch sein mögen, so eint sie doch ein gemeinsames Ziel: die Zerstörung von Demokratie und Diversität und die Unterstützung einer imperialistischen Expansionspolitik. Und das sind lediglich zwei Beispiele aus den Reihen beziehungsweise dem Umfeld der AfD. Die programmatische Rede Björn Höckes am 3. Oktober 2022 in Gera, in der er vor 10.000 begeisterten Zuhörer\*innen gegen das westliche „Regenbogenimperium“ hetzte und eine Symbiose deutscher Rationalität und „russischer Seele“ beschwor, ist in der Partei mehrheitsfähig. Deshalb ist es auch angemessen, ein Verbot dieser in weiten Teilen faschistischen AfD in die Wege zu leiten. Passivität und Ignoranz in dieser Frage könnten fatal sein eingedenk der Mahnung Erich Kästners nach dem zweiten Weltkrieg: „Die Ereignisse von 1933 bis 1945 hätten spätestens 1928 bekämpft werden müssen. Später war es zu spät. [...] Man darf nicht warten, bis aus dem Schneeball eine Lawine geworden ist. Man muss den rollenden Schneeball zertreten. Die Lawine hält niemand mehr auf. Sie ruht erst, wenn sie alles unter sich begraben hat.“<sup>13</sup> ■

<sup>1</sup> <https://facebook.com/afd.diepholz/posts/776942199179970>, Zugriff 1. Juni 2023

<sup>2</sup> Vgl. [www.tagesschau.de/inland/afd-ochsenreiter-anschlag-101.html](http://www.tagesschau.de/inland/afd-ochsenreiter-anschlag-101.html)

<sup>3</sup> Vgl. [https://de.wikipedia.org/wiki/Manuel\\_Ochsenreiter#Referentent%C3%A4tigkeit](https://de.wikipedia.org/wiki/Manuel_Ochsenreiter#Referentent%C3%A4tigkeit)

<sup>4</sup> Vgl. i.F.: [https://de.wikipedia.org/wiki/Manuel\\_Ochsenreiter](https://de.wikipedia.org/wiki/Manuel_Ochsenreiter)

<sup>5</sup> Eine sehr fundierte Dokumentation speziell zu Ochsenreiters internationalen Kontakten in der extrem rechten Szene gibt es unter: [www.volksverpetzer.de/recherche-afd/dugin-putin-nazi/6/](http://www.volksverpetzer.de/recherche-afd/dugin-putin-nazi/6/)

<sup>6</sup> Vgl. [https://de.wikipedia.org/wiki/Manuel\\_Ochsenreiter](https://de.wikipedia.org/wiki/Manuel_Ochsenreiter)

<sup>7</sup> Z.n. ebd.

<sup>8</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Alexander\\_Geljewitsch\\_Dugin](https://de.wikipedia.org/wiki/Alexander_Geljewitsch_Dugin)

<sup>9</sup> Z.n. ebd.

<sup>10</sup> Vgl. i.F. [https://de.wikipedia.org/wiki/Waldemar\\_Herd](https://de.wikipedia.org/wiki/Waldemar_Herd)

<sup>11</sup> <https://taz.de/Globale-Allianzen-der-neuen-Rechten!/5792401/>

<sup>12</sup> Z.n. [www.t-online.de/nachrichten/ukraine/id\\_100144276/afd-politiker-gruendet-mit-lawrow-neue-russland-bewegung](http://www.t-online.de/nachrichten/ukraine/id_100144276/afd-politiker-gruendet-mit-lawrow-neue-russland-bewegung)

<sup>13</sup> Z.n. Thomas Willms: Sein Kampf. Berlin 2022, S.22.

## Zur Rhetorik der parlamentarischen Rechten

# WAS HEISST HIER „WIR“?

DIETMAR BUCHHOLZ

*Sie sprechen von „Umvolkung“, von „Kopftuchmädchen“ und „Messermännern“, bezeichnen die Zeit des Nationalsozialismus als „Vogelschiss“, nehmen für sich in Anspruch, für „uns“ und „unser Deutschland“ zu sprechen. Aber was für ein „wir“ setzen sie da überhaupt voraus?*

Heinrich Deterding, Literaturwissenschaftler, setzt sich mit der Rhetorik der parlamentarischen Rechten auseinander, scharf und präzise, verknüpft in einem Buch von 60 Seiten. Er zeigt, „wie ihr Anspruch, für ‚das Volk‘ zu sprechen, in totalitäre Ermächtigungsvorstellungen, Rache- und Vernichtungsphantasie führt. Er legt offen, wie diese Sprache der Gewalt sich selbst verharmlosend verkleidet. Und er macht vor, wie sich solche Strategie durchschauen lassen“ (zitiert aus dem hinteren Klappentext). Für Heinrich Deterding sind „Vogelschiss“, „Entsorgung“ und „Messermänner“ Beispiele für eine „Verhexung des politischen Diskurses durch Wörter“, in denen es „seinen Verursachern nicht um argumentative Überlegenheit, sondern um die Erschließung und Besetzung diskursiver Felder“ geht. Er warnt davor, „die bösen Köder zu schlucken, an denen die hässlichen Wörter befestigt sind“. Distanz sei angebracht und ein gründliches Anschauen, „den Redegestus selbst im Blick zu behalten, dasjenige also, was die Weise des Sagens dem Gesagten hinzufügt, ohne dass es selbst ausgesprochen werden müsste“. „Dass nicht das Wort ‚Vogelschiss‘ böse ist, sondern seine Anwendung auf den industriell organisierten Massenmord an den europäischen Juden“. Deterding betreibt daher Stilanalyse und Überprüfung der eingesetzten Rhetorik anhand einzelner, gut bekannter Redetexte, Interviews, Twitter-Nachrichten und Facebook-posts der letzten Jahre.

Angeführt seien hier beispielhaft die Rede Alice Weidels vor dem Deutschen Bundestag am 16. Mai 2018 („Kopftuchmädchen, alimentierte Messermänner und sonstige Taugenichtse“), die Mitteilung Beatrix von Storchs über die „barbarischen, muslimischen, gruppenvergewaltigten Männerhorden“, der Auftritt Alexander Gaulands am 2. Juni 2016 („völlige Umkrempelung des deutschen Volkes mit der Aufpfropfung fremder Menschen“) – alle unter dem rhetorischen Vorzeichen: „Wir oder die Barbarei“.

„Charakteristisch ... erscheint eine Rhetorik, die vorgibt, entschieden und eindeutig Stellung zu beziehen, ebendiese Stellung aber noch im selben Atemzug wieder verlässt“, beispielhaft dargestellt an der unspezifischen

Allgemeinheit des Begriffes „System“ und einer damit einhergehenden Verwendung, die „nicht zufällig an die rechtsradikale Opposition gegen die Weimarer Republik“ erinnert. Gearbeitet wird mit kalkulierten Mehrdeutigkeiten und einer manipulativen Rhetorik des Behauptens und Ausweichens, entsprechend der Regel: „Widerspruch Behauptungen, die niemand aufgestellt hat“.

Einer ausführlichen Analyse unterzieht Deterding die berühmte Rede Björn Höckes („Denkmal der Schande“) in Dresden im Januar 2017, in der die einschlägigen Argumentations- und Redefiguren in mustergültiger Klarheit vorgeführt werden. Höckes Volk („wir“) – das sind zuerst nur seine Gesinnungsgenossen, gleich danach kommen die anderen, die Abtrünnigen oder demokratisch Verführten, die „zurückgeholt“ werden müssen. Die Ungeheuerlichkeit des rhetorisch verschleiern, aber sachlich unmissverständlichen Zusammenhangs der Rede Höckes: der Vernichtungsfeldzug der alliierten Kriegsführung gegen den physischen Bestand des deutschen Volkes mit der nach 1945 begonnenen „systematischen Umerziehung des deutschen Volkes“, die „Ausrottung“ von „uns“ mit „Stumpf und Stiel“, also die „Behauptung eines Vernichtungskriegs der Alliierten“ und das Ersetzen des Gedenkens an den Holocaust durch die Unterstellung eines „geplanten Völkermords an den Deutschen“, dies alles vorgetragen mit der „Kunst der subtilen Ambivalenz“. „Unser Volk“: „das, was am 8. Mai 1945 besiegt worden ist“. „Wer dagegen sich zu Demokratie, Westbindung offener Gesellschaft bekennt, Volksfeind und Verräter – im günstigsten Fall noch irgendwie zurück zu holen, an den schlechtesten mag man gar nicht denken“. Höcke verkörpert mit seiner Sprache für Deterding „das Führerprinzip ... geronnen zur autoritären Syntax“.

Fazit: Als jemand, der sich mit deutscher Literatur auseinandersetzt, ist für Deterding die Sprache der Rechten „nicht die Sprache Goethes und Fontanes. Sie ist bloß der schlecht verkleidete Jargon von Gangstern“. Aber die Leser\*innen mögen sich selber überzeugen. ■

**Heinrich Deterding: Was heißt hier „wir“?  
Zur Rhetorik der parlamentarischen Rechten,  
Reclam 2019, 6 €**

## Rechtsradikale in Polizei, Verfassungsschutz, Bundeswehr und Justiz

# EXTREME SICHERHEIT

DIETMAR BUCHHOLZ / RED.

*Immer wieder wird über rechtsextreme Vorfälle in Polizei, Verfassungsschutz, Justiz oder Bundeswehr berichtet. So flogen im Spätsommer 2020 mehrere Whats-App-Gruppen mit mindestens 30 Polizist\*innen in Nordrhein-Westfalen auf, die Hakenkreuze und Bilder von Flüchtlingen in Gaskammern teilten.*

Die zuständigen Politiker\*innen zeigten sich entsetzt und von der Dimension überrascht. Doch handelt es sich dabei nur um Einzelfälle oder gibt es rechts-extreme Gruppen und Netzwerke im staatlichen Sicherheitsapparat? Wie ist es um den Aufklärungswillen der Behörden bestellt? In diesem Gemeinschaftswerk investigativer Journalist\*innen von der FAZ bis zur taz, vom Bayerischen Rundfunk bis zum rbb, setzen sich die Autor\*innen systematisch und umfassend mit den extremen Rechten im Staatsdienst auseinander.

Sie verstehen ihre Recherchen als „Tiefenbohrung“ und fragen sich, wie viele Sorgen wir uns darum machen müssen, wer die demokratische Grundordnung schützt und wo sie plötzlich schutzlos scheint. Sei es der Staatsschutzbeamte, der sich bei einer Razzia einer als kriminellen Vereinigung eingestuften Neonazi-Band ein Autogramm von deren Sänger geben lässt, sei es der Ausbilder bei der Polizei, der seine Untergebenen beim Schießtraining wegen der „vielen Gäste“ in Deutschland auffordert, das Zielen zu lernen, sei es der Bundeswehrsoldat, der Neonazi-Lieder singt und zu Neonazi-Aufmärschen geht, sei es der langjährige Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz.

Ein Anlass, dieser Frage nachzugehen, reicht bis ins Jahr 2016 zurück, als im sächsischen Freital die Mitglieder der rechtsterroristischen „Gruppe Freital“ festgenommen wurden – auf Intervention des Generalbundesanwalts. Im Raum stand der Verdacht, dass Polizeibeamte die Gruppe mit Informationen versorgt und vor Maßnahmen von Kollegen gewarnt haben sollen. Vize-Ministerpräsident Martin Dulig (SPD) machte sich damals bei der Polizei äußerst unbeliebt mit seiner Aussage, dass „die Sympathien für Pegida und die AfD größer seien als im Bevölkerungsdurchschnitt“. Nach Einschätzung der Verfasser ein Phänomen, das seit dem Einzug der AfD in alle Länderparlamente und den Bundestag bundesweit zu beobachten ist. Praktisch fehle es jedoch an konkretem Zahlenmaterial, so dass die Innenminister der Länder wie auch das Verteidigungsministerium bei jedem neuen Skandal und jeder neuen Enthüllung beschwichtigend

von „bedauernden Einzelfällen“ sprechen können. Auch im Verfassungsschutzbericht 2018, von Bundesinnenminister Seehofer im Juni 2019 der Öffentlichkeit vorgestellt, finden sich keinerlei Aussagen über die in diesem Sammelband beschriebenen Vorfälle und Netzwerke von Rechten in Polizei, Bundeswehr und anderen Sicherheitsbehörden.

Der Grad der Besorgnis, so die Verfasser in diesem Buch, bemesse sich weniger an der Anzahl der bekannt gewordenen Fälle als vielmehr an den weitgehenden Befugnissen, Aufgaben und dem Insiderwissen von Polizisten und Soldaten. Die Rechtsentwicklung, die die bundesdeutsche Gesellschaft erlebe, könne wie unter einem „Brennglas“ gesehen werden. Statt sicher sein zu können, dass nicht auch Polizist\*innen, Bundeswehrsoldat\*innen, Staats-anwält\*innen oder Mitarbeiter-\*innen des Verfassungsschutzes unter denjenigen sind, die den Mord an Walter Lübcke in sozialen Netzwerken verherrlichen und die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung für das Attentat verantwortlich machen, führt die Spur der wiederholten Morddrohungen durch den „NSU 2.0“ gegen die Frankfurter Rechtsanwältin und Nebenklagevertreterin im NSU-Prozess, Seda Basar-Yildiz, zu einem Polizeicomputer in Frankfurt. Rechtsextreme Netzwerke, von SEK-Beamten und Bundeswehrsoldaten geführt, haben mehr als 25.000 Daten von politischen Gegnern zusammengestellt, so dass sich die Frage der Sicherheit für all diejenigen stellt, deren politische Meinung sie zu möglichen Feindbildern der Rechten macht.

So gehen die Autor\*innen der Frage nach, ob Rechte unterwegs auf dem Marsch durch die Institutionen sind und sich auf den Tag X, dann mit der Waffe in der Hand, vorbereiten. Eindeutig die Schlussfolgerung, dass die Wahlerfolge der AfD und die dadurch abgebildete gesellschaftliche Polarisierung dazu beigetragen haben, dass sich Rechte in Polizei, Bundeswehr, Verfassungsschutz und Justiz noch besser als vor Jahren vernetzen, ohne damit einen Generalverdacht gegen jeden Staatsbediensteten zu hegen.

Ein Buch, das eine dringend notwendige Debatte anstoßen will und dessen Warnungen angesichts des umfangreichen zutage geförderten Beweismaterials und der damit verbundenen erschreckenden Erkenntnisse ernst genommen werden sollten. ■

**Extreme Sicherheit – Rechtsradikale in Polizei, Verfassungsschutz, Bundeswehr und Justiz**  
**Matthias Meisner/Heike Kleffner (Hg.). Herder Verlag Freiburg im Breisgau 2019, 320 S., ISBN 3-451-38561-2, 24 Euro**

## Warum Rechtspopulisten so erfolgreich sind

# „DIE VOLKSVERFÜHRER“

DIETMAR BUCHHOLZ

*Rechtspopulisten haben derzeit Auftrieb, autoritäre Demagogen liegen im Trend. Wer aber wählt diese rechten Verführer und was treibt die „besorgten Bürger“ um? Ist es die Furcht vor wirtschaftlichem Abstieg, die Angst vor kultureller Veränderung oder sind es andere Verlustängste? Welche Rolle spielen die Medien? Ist linker Populismus die richtige Antwort? Daniel Bax zeigt in gut lesbarer Form die Gründe für den aktuellen Erfolg der Rechtspopulisten und wie wir dieser Entwicklung entgegenwirken können.*

Bax geht der Frage nach, ob es wirklich die „Abgehängten“ sind, die die rechten Populisten wählen. Ist es aus Protest gegen wachsende Ungleichheit, oder welche Motive treiben sie an? Welche Rolle spielt die Frage der Identitätspolitik der Globalisierung und der Migration? Was führt zu der allgemeinen Verunsicherung, die Menschen rechte Parteien wählen lässt? Und was ist überhaupt Populismus? Schwerpunktmäßig setzt sich der Autor mit der Frage auseinander, welche Rolle die etablierten Medien und die neuen sozialen Medien und Netzwerke beim Aufstieg des Populismus von heute spielen. Welche Möglichkeiten der Manipulation eröffnen sich dadurch? Warum verfangen die Parolen der Rechten so gut? Und vor allem: Was passiert, wenn Rechte – von Bax durchgehend als Populisten benannt – an der Macht sind, und was haben sie bereits erreicht?

Nicht zuletzt geht es dem Autor aber um die Antwort auf die Frage, was zu tun ist. Wo soll man ansetzen? Wer ist gefordert?

Populismus zeichnet sich meist durch einen auffälligen Personenkult aus, in dem Anführer behaupten, das „wahre Volk“ zu vertreten und zu verkörpern. Komplott-Vorwürfe und Verschwörungstheorien erfüllen dabei eine wichtige Funktion. Rechter Populismus ist exklusiv: er grenzt Gruppen von Menschen aus der als „Volk“ definierten Gemeinschaft aus und behauptet, die Interessen der einheimischen (und leistungsfähigen) Bevölkerung zu vertreten. Hierarchien werden eher verteidigt, Profilierung erfolgt vor allem auf dem Rücken von Minderheiten. Bax belegt dies anhand zahlreicher internationaler Beispiele.

„Identität“ ist dabei ein zentraler Begriff – der Anspruch, eine als homogen verstandene nationale Identität zu ver-

teidigen: gegen Internationalisierung, Globalisierung, Einwanderer, Flüchtlinge, „Überfremdung“ oder Islamisierung – negierend, dass „nationale Identität immer ein Konstrukt“ ist. Dass sich der Wahlerfolg der Rechten insbesondere aus den Stimmen der „Abgehängten“ speist, wird von Bax als Mythos entlarvt. Das Nettoeinkommen von AfD-Wähler\*innen liege über dem Durchschnitt, ein Drittel von ihnen soll sogar zum reichsten Fünftel der Bevölkerung zählen – ein sozialdarwinistisch eingestelltes, verrohtes Bürgertum, deutlich autoritärer und völkischer eingestellt als die Mehrheit der Bevölkerung. Verbreitet dabei auch ein Gefühl des „Ausgeliefertseins“ und des „Kontrollverlusts“ durch einen autoritären Kapitalismus (Wilhelm Heitmeyer) – ein „diffuses Gefühl einer allgemeinen sozialen Verunsicherung“, Resultat „ständigen Drucks und einer immer größeren Arbeitsverdichtung“ gekoppelt mit dem Denken, das „Menschen allein nach ihrer Leistungsfähigkeit und Produktivität beurteilt“. Das Rezept der AfD dagegen: eine nostalgisch verklärte Version der Vergangenheit, die sie zurückzubringen behauptet, wie es etwa in dem Ausspruch „Wir holen uns unser Land zurück“ (Alexander Gauland) zum Ausdruck kommt.

Ausführlich widmet sich Bax den Medien und zeichnet nach, wie sich Rechte ihrer virtuos bedienen, obwohl sie sich gern als „Opfer der Medien“ darstellen. Beispiele aus den USA und Deutschland dienen zur Illustration. Oft genug dienen dabei die Medien nach Bax' Auffassung als willige und unfreiwillige Helfer, die „kalkulierten Grenzüberschreitungen und sorgfältig geplanten Provokationen“ weiter zu verbreiten und mit an der „Eskalationsschraube“ zu drehen, um die eigene Sensationslust zu bedienen. Bax listet ein ganzes „Who is who“ der Vordenker der völkischen Rechten auf, die mittels entsprechender Verlage und Publikationen – rechte Echokammern – Einfluss auf die politische Meinungsbildung zu nehmen versuchen. Bax legt dar, wie gut Rechte das Netz für ihre Zwecke zu nutzen wissen und seziert das „Wörterbuch des Wutbürgers“. Sind Rechte erst einmal an der Macht, wird die Demokratie ausgehöhlt, wie Bax an internationalen Beispielen zeigt. Daher gilt es nach seiner Überzeugung, für die gesellschaftliche Vielfalt und politische Pluralität auf- und einzustehen und die Werte der Aufklärung zu verteidigen mittels entschiedener Reaktionen, „damit dieser rechtspopulistische Fortsetzungsroman kein böses Ende nimmt“. ■

**Daniel Bax: Die Volksverführer.  
Warum Rechtspopulisten so erfolgreich sind.  
ISBN: 978-3-86489-178-6,  
Westend, 288 Seiten, 20 Euro.**

## Der Kampf der Rechten gegen die ökologische Wende

# „KLIMARASSISMUS“

DIETMAR BUCHHOLZ / RED.

*In seiner neuen Veröffentlichung legt Matthias Quent (Hochschule Magdeburg-Stendal) gemeinsam mit Christoph Richter und Axel Salheiser (Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft Jena/Amadeus Antonio Stiftung) faktenbasiert und verständlich dar, wie Rechte aller Schattierungen gezielt Desinformationskampagnen lancieren, um gegen die ökologische Wende Stimmung zu machen.*

Sei es die Leugnung des Klimawandels oder die Instrumentalisierung von Verlustängsten: Das Klima wird auf vielfältige Weise angegriffen. Der Kampf gegen die ökologische Wende wird mit immer härteren Bandagen ausgetragen, folgt dabei knallharten Interessen um Macht, Geld und Vorherrschaft und ist zugleich die wichtigste Frage unserer Zeit.

Die drei Autoren zeigen in ihrem Buch, wie Rechtsextremismus, Rassismus und der Klimawandel zusammenhängen, decken Argumentationsweisen, ideologische Hintergründe, Strategien und Netzwerke des rechten Kampfs gegen die ökologische Wende auf. Sie liefern umfangliche Fakten und Argumente gegen die Agitation der Klimaleugner\*innen und beschreiben die Einflüsse, die die Politik der Klimaleugnung prägen. Aber sie bieten auch Strategien für den Umgang mit der Negierung und Ablenkung von der Klimakrise durch die völkische und libertäre Rechte.

„Klimarassismus“ beschreibt dabei zum einen die Auslagerung der ökologischen Kosten des industriellen Wohlstands des mehrheitlich weißen Westens auf Kosten mehrheitlich nicht weißer Regionen und Menschen, zum anderen die ideologischen und strategischen Hintergründe der Antworten der Rechten auf die Folgen des Klimawandels und auf Forderungen nach Klimagerechtigkeit.

Quent und seine Co-Autoren belegen: „Viele Rechte, die den menschengemachten Klimawandel leugnen, tun dies oft nicht aus Dummheit oder Unwissenheit, sondern weil sie knallharte Interessen vertreten.“ Und sie zitieren ihrerseits Enzensberger in seiner Einschätzung des Faschismus als Nutzung für Kapitalinteressen, aber auch zur Aufrechterhaltung anderer Privilegien, zum Beispiel als Weißer oder als Mann: „Schon einmal“ habe sich der Faschismus als „Retter in einer extremen Krisenlage ... bewährt. In einer Atmosphäre der Panik ..., das heißt im Fall einer un-

mittelbar und massenhaft wahrnehmbaren ökologischen Katastrophe, wird die herrschende Klasse nicht zögern, auf ähnliche Lösungen zurückzugreifen.“

Die Rechte weiß dabei Abwehrreflexe gegen den notwendigen gesellschaftlichen Wandel für sich nutzbar zu machen, da vor allem Menschen, die mit dem Handeln von Politiker\*innen seit langem unzufrieden sind, sich gegenüber der ökologischen Wende sperren, zweifelnd, dass „die da oben“ in ihrem Sinn handeln. Rechte Ideologie zielt darauf ab, diese Abwehrreflexe zu verstärken. Verbreitung findet die Propaganda dazu über die Kanäle der radikal rechten Medienlandschaft, vor allem in den sozialen Netzwerken mit erheblichen Mobilisierungs- und Radikalisierungspotenzialen gegenüber der „drohenden Klimadiktatur“. Dazu streuen sie Desinformationen und versuchen, Angst und Vorbehalte gegenüber der Demokratie zu befeuern. Quent, Richter und Salheiser formulieren pointiert: „Die Klimapolitik wird zum teuflischen Plan stilisiert, zur Weltverschwörung der Eliten, der man Widerstand entgegenbringen müsse ..., um Volk und Nation zu retten, und aus Notwehr, mit der letztlich sogar Gewalt als legitimes Mittel erscheint. In Wirklichkeit geht es dabei um die Verteidigung des vermeintlichen Rechts darauf, die Welt auf Kosten der Schwächsten zu ruinieren und dafür keine Verantwortung zu übernehmen.“

Bei ihren Recherchen in Deutschland, anderen europäischen Ländern, in Brasilien, den USA bis nach Russland sehen die Autoren die unablässigen Bemühungen, „mit rechten Feldzügen eine effektive Klimapolitik zu untergraben“. An zahlreichen Beispielen weisen sie nach, wie neoliberale und rechte Interessengruppen systematisch und weltweit vernetzt und finanziert von rechten und libertären Einzelpersonen und Industrieunternehmen einen beispiellosen Kulturkampf initiiert und finanziert haben, den sie für ihre Privilegien, gegen die Demokratie und gegen die ökologische Wende führen. Soll eine progressive Klimapolitik Erfolg haben, „bedarf es zur Durchsetzung einer starken Zivilgesellschaft, transparenter Lobbyregelungen, Mut zur globalen Perspektive und eine Politik, die aufhört, den rechten Einflüster\*innen Gehör zu schenken, die alle Priorität auf die Bekämpfung der Klimakatastrophe und den sozialen Ausgleich setzt. Globale Krisen erfordern globale Lösungsansätze, und in dem Sinne bedeutet Klimaschutz immer auch Klimagerechtigkeit.“ ■

**Matthias Quent, Christoph Richter, Axel Salheiser.**  
**Klimarassismus – Der Kampf der Rechten**  
**gegen die ökologische Wende, Piper Verlag**  
**München 2022, 286 Seiten, 20 Euro**  
**ISBN 978-3-492-06399-9**

## Wie die Mitte Extremisten zum Opfer fällt

# MASSENRADIKALISIERUNG

---

DIETMAR BUCHHOLZ

*Nach ihrem Buch „Radikalisierungsmaschinen“, 2020 mit großem Erfolg erschienen, legt die österreichische Wissenschaftlerin und Extremismusforscherin Julia Ebner mit „Massenradikalisierung“ ihre aktuelle Untersuchung vor, mit der sie vermitteln will, warum so viele Menschen für extremistische Ideen anfällig sind, welche Strukturen und Mechanismen dahinterstehen und was unternommen werden muss, wenn der Kampf um die Demokratie gewonnen werden soll.*

Ebner forscht am Institute for Strategic Dialogue in London sowie am Centre for the Study of Social Cohesion an der Universität von Oxford zu Extremismus. Sie berät Regierungsorganisationen und Polizeiorgane, aber auch die Weltbank und die UN. Mit der sich ausbreitenden Corona-Pandemie beginnt für Ebner eine für sie ungeahnte Eskalation der Radikalisierung, da eine Massenbewegung aus der Mitte der Gesellschaft heraus entsteht, die sich aus Querdenker\*innen, Anhänger\*innen von QAnon und Impfgegner\*innen speist. Für Ebner eine brandgefährliche Entwicklung. In ihrem Buch berichtet sie von ihren intensiven Beobachtungen und ihren gefährlichen verdeckten Aktionen im Internet unter der Benutzung verschiedener Identitäten, um das Wirken und Wesen dieser Massenradikalisierung zu enttarnen.

Als „Claire Lafeuille“ ist sie als Gegnerin von Black Lives Matter, von Aktivismus gegen den Klimawandel und von Corona-Impfungen mittels ihrer Social-Media-Profile im Netz unterwegs, als „Alex Williamson“ in der Rolle eines arbeitslosen weißen US-Amerikaners, der gegen feministische Bestrebungen eingestellt ist und sich aufgrund seines Frusts mit den Frauen der frauenfeindlichen Incel-Community angeschlossen hat. „Maria Petrova“, mit russischen Wurzeln in Bayern lebend, wiederum steht mit ihren Freunden seit Beginn des Ukrainekriegs auf Seiten Russlands, traut den Medien und der deutschen Regierung nicht mehr und chattet mit deutschen QAnon- und Impfgegner\*innengruppen oder beteiligt sich an von ihnen organisierten Protestkundgebungen.

Ebners ernüchternde Feststellung: „Wenn ich ausgehend von meiner Forschung einen zentralen Trend fürs kommende Jahrzehnt benennen sollte, würde ich sagen: das Mainstreaming von radikalem Gedankengut.“

Julia Ebner hat sich mittels falscher Identitäten mit Antifeministen, Rassist\*innen, Klimawandelleugner\*innen und Verschwörungstheoretiker\*innen getroffen und sich in die

Netzwerke von Neonazis aufnehmen lassen. Sie konnte Einblicke in die Frauenhasser-Community der Incels gewinnen und mit Anhänger\*innen der Verschwörungsbewegung QAnon Interviews führen. Wie kann es sein, so ihre Fragestellung, dass die Ideen der radikalsten Ränder der Gesellschaft bis in die Mitte Wirkung zeigen und diese schließlich sogar besetzen. Ebner geht den Mainstreaming-Strategien der Extremisten nach und versucht herauszufinden, warum sie so viel Erfolg damit haben. Wer ist für ihre radikalen Gedanken aus welchen Gründen heraus empfänglich? Wo vollzieht sich die stärkste gesellschaftliche Polarisierung und wie haben Extremisten diese Pole für sich besetzt?

Als die Autorin 2017 QAnon zum ersten Mal beitrug, verfügte dieses Netzwerk über nicht mehr als ein paar tausend Mitglieder in den USA, bindet aber inzwischen weltweit Millionen von Menschen an sich und beeinflusst Wahlergebnisse. Ähnliches gilt auch für weiße identitäre Bewegungen wie White Lives Matter und toxische Männlichkeitssubkulturen („Mannosphäre“), die mit ihren Kampagnen Begriffen wie „Feminismus“, „Diversity“ und „Globalismus“ im öffentlichen Diskurs einen negativen Stempel verpassen, während sie „Freiheit“, „Demokratie“ und „Menschenrechte“ in ihrem Sinne besetzen und für ihre Zwecke umdeuten. Eine von Ebner gewonnene schockierende Erkenntnis: die politische Mitte erodiert Stück für Stück, gesellschaftliche Fortschritte werden zurückgeschraubt und die Demokratie delegitimiert sich selbst. Sie führt die letzte Bielefelder „Mitte-Studie“ an, die belegt, wie weit extreme Ideen bis in die Mitte der deutschen Gesellschaft eingedrungen sind. Antidemokratische Einstellungen nehmen zu. Die Leipziger Autoritarismus-Studie kommt zu ähnlichen Ergebnissen. Ebner fasst zusammen: „Die Ursachen für die rasante Verbreitung menschen- und demokratiefeindlicher Ideen liegen in der globalen Vertrauenskrise.“ In Deutschland ist „Misstrauen die Standardemotion“. Klare „Gewinner dieser Krise: die AfD und staatliche Akteure wie Russland, die ein ... Interesse an der Erschütterung der liberalen Demokratien und existierenden Machtverhältnissen haben“. Ebner warnt: „Wir stehen am Beginn eines Jahrzehnts der Massenradikalisierung und der Hyperpolarisierung.“ Die Erstürmung des US-Kapitols und der Sturm auf den deutschen Bundestag von einer Menge rechter Verschwörungstheoretiker\*innen und Reichsbürger\*innen wie auch das im Dezember 2022 aufgedeckte deutschlandweite Netzwerk, das einen gewaltsamen Umsturz der Regierung plante, sollten Warnung genug sein.. ■

**Julia Ebner**  
**Massenradikalisierung – Wie die Mitte**  
**Extremisten zum Opfer fällt**  
**Suhrkamp Verlag Berlin 2023, 360 Seiten**  
**ISBN: 3-518-47314-6, 20 Euro**

**Impressum**

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
Landesverband Niedersachsen  
Berliner Allee 16 | 30175 Hannover  
Tel-Nr.: 0511 33804-0 | Fax-Nr.: 0511 33804-46

E-Mail: [email@gew-nds.de](mailto:email@gew-nds.de) | [www.gew-nds.de](http://www.gew-nds.de)

**Verantwortlich: Christian Hoffmann**

**Redaktionelle Mitarbeit:**

**Satz:** mediendesign | aronjungermann, Bad Münden  
[www.aronjungermann.de](http://www.aronjungermann.de)

**Druck:**

**Fotos:** Adobe Stock ©



**Stand: September 2023**

[www.gew-nds.de](http://www.gew-nds.de)